



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2013/2014

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und
Landwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	11
ELER - Übersicht nach Richtlinien	14
Zusammenfassung der Stellenübersicht	16
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2013	18
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2014	20
Kapitel 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	22
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	40
Kapitel 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)	57
Kapitel 11 026 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)	77
Kapitel 11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft	87
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	101
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	126
Kapitel 11 080 Forstwirtschaft	136
Kapitel 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	155
Kapitel 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg	177
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr	190
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	204
Kapitel 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -	222
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	231
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2013	243
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2014	246
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2013	249
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2014	252
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	255

VORWORT

VERZEICHNIS

der Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg:

A Behörden

Landesoberbehörde

Landesamt für Bauen und Verkehr - Kapitel 11 400

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung – Kapitel 11 101

B Einrichtungen

Landesbetrieb Straßenwesen - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Forst Brandenburg - Kapitel 11 080 und Wirtschaftsplan

Sonstige Einrichtungen

Stiftung Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt - Kapitel 11 032

C Landesbetriebe

Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Forst Brandenburg - Kapitel 11 080 und Wirtschaftsplan

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik, Baukultur
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnraumförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Agrarwirtschaft (Land und Ernährungswirtschaft), insbesondere Maßnahmen der Agrarstruktur, Agrarmarktstruktur und Sozialstruktur der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum
- Agrarmarkt, fachliche Begleitung der Ernährungswirtschaft, -vorsorge und -sicherstellung, Qualitätsprüfungen
- Beratung und Betreuung der Landwirtschaft, Versuchswesen, Agrarbildung und Agrarforschung
- Agrarordnung insbesondere Flurneuordnung, land- und forstwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, ländliche Siedlung und Dorferneuerung
- Forstwirtschaft, insbesondere Verwaltung und Bewirtschaftung des staatlichen Forstvermögens, Forstaufsicht, Förderung und Beratung des Privat- und Körperschaftswaldes
- Jagd und Fischerei
- Landesplanung, Raumordnung und -beobachtung, Regionalplanung, Braunkohleplanung und -sanierung
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit ,
- gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung, die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Für den weiteren Aufbau der Verkehrsinfrastruktur und der Stadtentwicklung sowie für die Förderung von Agrarforschungseinrichtungen sowie Produktions- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum werden dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie werden ESF-Mittel (veranschlagt im Kapitel 07 030, TG 74) für die überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft (Förderperiode 2007 bis 2013)

Kapitel 11 026 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft (Förderperiode 2014 bis 2020)

Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens

Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft

Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr

Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau

Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger und Verkehrssicherheit

Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 11 010 - Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam gem. Hauptstadtvertrag
- Zuschüsse an die Regionalen Planungsgemeinschaften

Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft (FP 2007 bis 2013)

Im Kapitel 11 025 sind in der Titelgruppe 80 die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum (OP 2007 – 2013) sowie in der Titelgruppe 62 die Einnahmen und Ausgaben aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Rahmenplan) dargestellt.

Die Kofinanzierungsmittel des Landes Brandenburg sind in der Titelgruppe 81 gesondert ausgebracht. In der Titelgruppe 85 sind die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages mit dem Land Berlin erforderlichen Ausgaben veranschlagt.

Kapitel 11 026 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft (FP 2014 bis 2020)

In diesem zum Haushaltsjahr 2014 neu angelegten Kapitel wird Vorsorge für die Finanzierung der Förderperiode 2014 bis 2020 getroffen.

Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Im Kapitel 11 032 sind die Ausgaben und Förderungen für den ländlichen Raum und die sonstigen Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft aus Landesmitteln sowie Sonderabgaben enthalten.

Die Mittel zur Förderung der beruflichen Bildung werden eingesetzt für Projekte, die nicht im Rahmen der Richtlinie „Ländliche Berufsbildung“ gefördert werden können. Ziel ist vor allem die Unterstützung von Akteuren bei der Ausbildungsqualität und der Fachkräftesicherung.

Die Zuschüsse für die Durchführung der „Überbetrieblichen Ausbildung“ dienen der Kofinanzierung der ESF Mittel gem. der Richtlinie zur Förderung der überbetrieblichen Bildung.

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG vom 28.11.1975 und den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur außeruniversitären Agrarforschung im Land Brandenburg beteiligt sich das Land an der Forschungsfinanzierung (Mehrländerinstitute). Die Finanzierung erfolgt durch Zuschüsse an die Betriebshaushalte, durch Förderung von Forschungsprogrammen und durch Investitionsförderungen.

Darüber hinaus sind in diesem Kapitel die Zuschüsse für die Stiftung „Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)“ eingestellt.

Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Das Kapitel enthält insbesondere die Ausgaben für die Städtebauförderung und das Programm zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt) auf der Grundlage der jährlich mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen nach Art 104b GG. Die Bundesfinanzhilfen sind durch das Land in gleicher Höhe zu komplementieren. Eine darüber hinausgehende landesseitige Förderung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt eine Förderung über folgende Programme

- o denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen
- o die Soziale Stadt
- o städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- o Stadtumbau-Ost mit den Teil Programmen Aufwertung und Rückbau
- o Aktive Stadtzentren
- o Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit
- o energetische Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt).

Der Masterplan Stadtumbau definiert als Grundlage der künftigen integrierten Förderpolitik im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik im Sinne des Grundsatzes „Stärken stärken“¹ die fachlichen und räumlichen Schwerpunkte der Förderung. Er enthält auch Aussagen zur Fördersystematik und zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK).

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Kommunen für Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt. Im Rahmen der Stadtsanierung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Aktive Stadtzentren“ werden für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen eingesetzt, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Im Programm „Die Soziale Stadt“ wird sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die der nachhaltigen sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile dienen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ werden zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in kleinen Städten und Gemeinden in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt. Hierdurch sollen kleine Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge und in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden. Förderfähig sind überörtlich zusammenarbeitende oder ein Netzwerk bildende Städte oder Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten bzw. kleinere Städte in Abstimmung mit ihrem Umland.

Energieeinsparung und Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung sowie die Bildungsförderung sind die Ziele des eigenständigen Bund-Länderprogramms zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt). Zur gebündelten Unterstützung der Ziele bildet hier die energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur den zentralen Ansatzpunkt. Gefördert wird die durchgreifende, energetische Erneuerung unmittelbarer oder mittelbarer öffentlicher Gebäude, die als soziale Infrastruktur genutzt werden (z. B. Schulen und Kindertagesstätten, Begegnungseinrichtungen, Mehrzweckhallen).

Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens

In diesem Kapitel sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Wohnraumförderung und das Wohngeld veranschlagt.

Nach Art. 143c GG erhalten die Länder vom Bund bis 2013 befristete, zweckgebundene Kompensationszahlungen für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung. Die Länder haben nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) aus diesen Zahlungen die Altverpflichtungen des Bundes aus der bisherigen Mischfinanzierung zu leisten. Die nach Abzug der Altverpflichtungen verfügbaren Mittel sind nach § 5 Abs. 4 EntflechtG für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen. Die Wohnraumförderung wird für spezielle Bedarfe wie generationengerechtes Wohnen (Wohnen für Familien mit Kindern und Senioren) eingesetzt. Gefördert wird gemäß den Vorgaben des Masterplans Stadtbau konzentriert in den innerstädtischen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie den Vorranggebieten Wohnen und Konsolidierungsgebieten der Regionalen Wachstumskerne, Stadtumbaustädte und Mittelzentren. Im Zuge integrierter Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik kommt der Kombination von Wohnraum- und Städtebauförderung große Bedeutung zu.

Die Ausgaben für das Wohngeld werden dem Land aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) zur Hälfte vom Bund erstattet.

Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft

Das Land Brandenburg ist zu 1/3 mit Wald bedeckt, das sind ca. 1.100.000 ha. 25% hiervon befinden sich im Eigentum des Landes, wobei dieser Landeswald in maßgeblichen Teilen zugleich wichtiger Erholungswald (z.B. Ruppiner Schweiz, Schorfheide, Spreewald, Fläming) oder naturschutzfachlich wertvoller Wald ist (z.B. Spreewald, Stechlin-Ruppiner Seengebiet, Schorfheide, Lieberoser Heide). Die Ziele der Landeswaldbewirtschaftung sind im Waldgesetz des Landes Brandenburg (§ 26), sowie in den beiden 2011 veröffentlichten Dokumenten „Waldprogramm 2011“ und „Waldvision 2030“ dargestellt.

Mit dem Privat-, Körperschafts- und Landeswald besteht in Brandenburg eine hohe forst- und holzwirtschaftliche Wertschöpfung in Form einer aktiven Forstwirtschaft und Holzindustrie, so dass der Wald und seine Produkte auch maßgeblich zum Einkommen und zur Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum beitragen.

Die Landesforstverwaltung besteht aus dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft als oberste Forstbehörde und dem Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) als untere Forstbehörde. Neben der Aufgabe als untere Forstbehörde ist der LFB mit Organisation und Durchführung der Landeswaldbewirtschaftung und der Verwaltungsjagd beauftragt. Im LFB besteht eine betriebswirtschaftliche und organisatorische Trennung der Geschäftsbereiche „Bewirtschaftung des Landeswaldes“ sowie „Gemeinwohl und hoheitliche Leistungen der Forstbehörde“.

Die durch den LFB mit seinen 14 Landeswaldoberförstereien, 30 Hoheitsoberförstereien, 7 Servicestellen und dem Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde (LFE) wahrzunehmenden Aufgaben werden in einem Wirtschaftsplan geführt. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil der Haushaltsplanung. Die Aufgaben werden auf der Grundlage eines differenzierten Produktplanes im LFB intern erfasst, betriebswirtschaftlich nachgewiesen und im Rahmen der Bilanz des LFB dargestellt. Dieses betrifft die Aufgabenschwerpunkte:

- Bewirtschaftung des Landeswaldes,
- Schutz und Sanierung von Waldbeständen,
- Verbesserung der Erholungseignung des Waldes und Umweltbildung,
- Beratung und Förderung des Privat- und Kommunalwaldes,
- Service- und Dienstleistungen für andere Waldbesitzer oder Dritte inkl. Betriebe gewerblicher Art
- Forstaufsicht und weitere hoheitlichen Aufgaben
- sonstige Leistungen der Forstbehörden
- Bewirtschaftung der forstlichen Liegenschaften im Rahmen des Forstgrundstocks.

Im LFB werden interne Steuerungs- und Führungsinstrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung, Doppik, Zielvereinbarung, dezentrale Budgetverantwortung und Controlling genutzt.

Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Das Landesamt mit Sitz in Frankfurt (Oder) unterstützt das Ministerium bei seinen Aufgaben in den Bereichen Land- und Ernährungswirtschaft, Gartenbau, Förderung des ländlichen Raumes und Flurneuordnung.

Daneben nimmt das Landesamt als obere Verwaltungsbehörde des IT gestützten Zahlungsverfahrens und die Vor – Ort – Kontrolle für die EU – Agrarförderung sowie Vollzugs- und Kontrollaufgaben insbesondere im Pflanzenschutz, der Saatenanerkennung, der Tierzucht und Tierhaltung und nach dem Berufsausbildungsgesetz wahr.

Das Landesamt ist darüber hinaus obere Flurneuordnungsbehörde sowie Flurbereinigungs – und Flurneuordnungsbehörde.

Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Die Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin - Brandenburg (GL) regelt der Landesplanungsvertrag. Der GL obliegt die Erarbeitung und Fortschreibung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms und der gemeinsamen Landesentwicklungspläne sowie von gemeinsamen Struktur- und Entwicklungskonzepten. Gemäß Landesplanungsvertrag werden die Ausgaben (außer bei Fachpersonal) zu gleichen Teilen durch die Länder getragen.

Die GL prüft und genehmigt die von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg aufgestellten Regionalpläne und nimmt die Aufgaben der Braunkohlen- und Sanierungsplanung sowie der Finanzierung der Braunkohlesanierung wahr.

Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr

Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Hoppegarten mit Außenstellen in Cottbus, Frankfurt, Potsdam, Schönefeld und Berlin. Sie ist Obere Verkehrsbehörde, Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Infrastrukturförderungsmittel für SPNV und ÖPNV sowie Bautechnisches Prüfamts des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Straßenverkehrsrecht, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr, in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung, in bautechnischen Angelegenheiten und nimmt die Aufgaben der Raumb Beobachtung wahr.

Es ermittelt wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Grundlagen und leitet die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse für das Land ab.

Zudem ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg eine Abteilung des Landesamtes, die auch die Luftaufsicht gemäß § 29 Luftverkehrsgesetz zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Luftverkehrs sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wahrnimmt.

Für die rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung der Aufgaben muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau

Im Land Brandenburg nimmt der Landesbetrieb Straßenwesen mit Sitz in Hoppegarten und seinen Niederlassungen die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr. Der Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet ca. 9.400 km Landes- und Bundesfernstraßen, davon ca. 3.600 Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Autobahnen); außerdem über 1.800 Brücken, davon rd. 1.200 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes sowie 700 km Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen und 1.600 km Ortsdurchfahrten an Landesstraßen.

Wesentliche Aufgaben des Landesbetriebes sind

- Unterhaltung, Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Planung, Neubau, Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich Nebenanlagen
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen
- Verwaltung der Landes- und Bundesfernstraßen und Nebenanlagen
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems
- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben und für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheit sowie Bewilligungsstelle für durch die EU geförderte Landesstraßen
- Ausbildungsbetrieb für den Beruf des Straßenwärters

In diesem Kapitel werden die Zuweisungen an den Landesbetrieb für Personal, Sach- und investive Ausgaben sowie die Zuweisungen für die Abwicklung des kommunalen Förderprogramms eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgaben sowie die Mittel für die Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger – ohne ÖPNV

Das Kapitel enthält Ausgabemittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Veranschlagt sind Mittel für grundsätzliche Untersuchungen zu strategischen Fragen des Verkehrs, zu prognostischen Einschätzungen der Verkehrsentwicklung und sich daraus ergebenden Fragen der Gestaltung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes.

Weiterhin sind Mittel für die Planfeststellung und Genehmigung nach Luftverkehrsgesetz (LuftVG) und für die Betriebsaufnahme nach Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg vorgesehen.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landeseisenbahnaufsicht gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) sind weitere Ausgabemittel im Kapitel veranschlagt.

Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und aus Kompensationsleistungen des Bundes auf Grundlage des EntflechtG i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen.

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr schließt das Land, als Aufgabenträger des SPNV, entsprechende Leistungsverträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Hierfür sind die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen. Diese enthalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß Investitionsrichtlinie (Rili ÖPNV-Invest) durch das Landesamt für Bauen und Verkehr bewilligt werden.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2011 und der Haushaltsansätze 2012 - 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Vorjahr gesamt	43	47	71	98	131	166
Zugänge						
- Ruhestand	3	23	26	32	34	28
- Hinterbliebene	1	1	1	1	1	1
Gesamt	47	71	98	131	166	195
IST-/Sollausgaben	1.748.824	2.721.200	3.868.700	5.326.600	6.952.300	8.412.000

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 11 020 bei Titel 432 10 veranschlagt.

Für den Haushalt 2013/2014 wurde der Bedarf bei den Versorgungsausgaben erstmals auf der Grundlage einer neuen Methode ermittelt. Dabei wurde auch der voraussichtliche Bedarf für 2012 neu ermittelt. Die vorstehenden Ausgaben entsprechen daher nicht dem Ansatz im Haushaltsplan 2012, sondern dem im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für 2013/2014 prognostizierten Bedarf.

Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ geleistet werden

Anzahl			Zuschlagssatz in v. H.	2013		2014	
bis 2012	2013 (kumulativ, einschl. bis 2012)	2014 (kumulativ, einschl. bis 2013)		Zuschlag in EUR	durchschnittl. Zuschlags- betrag in EUR	Zuschlag in EUR	durchschnittl. Zuschlags- betrag in EUR
0	0	0	28				
13	14	15	35	175.200	175.200	192.800	192.800
0	0	0	36				
0	0	0	43				
13	14	15		175.200		192.800	

Die Aufwendungen sind im Kapitel 11 020 bei Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die in 2011 eingestellten Beamten und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2011. Für die in den Jahren 2012 2013 und 2014 (geplant) eingestellten Beamten und Richter erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat. Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

- * Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:
- 28 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung
 - 35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung
 - 36 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug
 - 43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2007 bis 2013

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2007 -2013" bzw. von Mitteln des ELER aus dem „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin 2007 – 2013“ in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TGr. 94, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TGr. 74 und 76 und die Zuweisungen aus dem ELER bei Kapitel 11 025 TGr. 80 veranschlagt. Bei den Fonds sowie bei dem ELER erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE-, ESF- und ELER-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2013	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 94)

Nachhaltige Stadtentwicklung*		33.000	33.000	0	0
Agrarforschung - Mehrländerinstitute	11 025 TG 81	541	406	0	135
<u>Verkehr</u>		28.287	24.120	0	4.167
<u>davon</u> <u>Straßenbau</u>					
Zuschuss an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau	11 460/891 12	16.467	12.300	0	4.167
<u>davon</u> <u>SPNV</u>					
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen SPNV, einschließlich Zugangsstellen*		4.320	4.320	0	0
GVZ und kombinierter Verkehr*		7.500	7.500	0	0

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2013	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung*	11 040/547 10	1.270	1.255	0	15
LandAktiv	11 025/TG 81	472	354	0	118
Ausbildungsförderung in der Landwirtschaft (Rili PAV Punkt 4)	11 032/683 10	600	450	0	150

Finanziert aus ELER (EU-Mittel veranschlagt in Kap. 11 025, TGr. 80)

OP ELER und Rahmenplan GAK **	11 025 TGr. 81	233.386	194.909	18.875	19.602
-------------------------------	----------------	---------	---------	--------	--------

*

Kofinanzierung erfolgt durch die Antragsteller. Beim ESF werden Mittel der Technischen Hilfe für Durchführungsaufgaben aus Landesmitteln des MIL kofinanziert.

** Anteil MIL

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2014	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 94)

Nachhaltige Stadtentwicklung*		17.562	17.562	0	0
Agrarforschung - Mehrländerinstitute	11 025 TG 81	515	386	0	129
<u>Verkehr</u>		7.158	6.731	0	427
<u>davon</u> <u>Straßenbau</u>					
Zuschuss an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau	11 460/891 12	1.708	1.281	0	427
<u>davon</u> <u>SPNV</u>					
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen SPNV, einschließlich Zugangsstellen*		1.700	1.700	0	0
GVZ und kombinierter Verkehr*		3.750	3.750	0	0

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung*	11 040/547 10	116,4	110,8	0	
LandAktiv	11 025/TG 81	0	0	0	0
Ausbildungsförderung in der Landwirtschaft (Rili PAV Punkt 4)	11 032/683 10	80,5	60,4	0	20,1

Finanziert aus ELER (EU-Mittel veranschlagt in Kap. 11 025, TGr. 80)

OP ELER und Rahmenplan GAK	11 025 TGr. 81	108.685	79.902	13.431	15.352
----------------------------	----------------	---------	--------	--------	--------

*

Kofinanzierung erfolgt durch die Antragsteller. Beim ESF werden Mittel der Technischen Hilfe für Durchführungsaufgaben aus Landesmitteln des MIL kofinanziert.

** Anteil MIL

Übersicht über ELER 2007 bis 2013 in Mio € (Planung für 2013)

Ressort	Fördermaßnahme	EU-Mittel	Bundes- mittel	Landes- mittel	Gesamt	Landesmittel aus Haushalts- stelle
MIL	Ländliche Berufsbildung EU Code 111	1,125		0,375	1,500	11025/683 81
MIL	Einzelbetriebliche Investitionen und Diversifizierung EU Code 121; 311	22,115	2,033	2,109	26,257	11025/892 81
MIL	Gründung und Tätigwerden von Zusammenschlüssen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung	0,000	0,005	0,003	0,008	11025/892 81
MIL	Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien EU Code 124	0,353		0,118	0,471	11025/892 81
MIL	Förderung der Flurbereinigung EU Code 125	24,650	2,400	2,050	29,100	11025/537 81 11025/887 81
MUGV	Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes EU Code 125	2,796	2,100	2,990	7,886	10105/887 83 10105/TGr.83 10105/887 84
MUGV	Gewährleistung und Verbesserung des Hochwasserschutzes EU Code 126	31,000	10,912	7,274	49,186	10105/714 83 10105/TGr.83 10105/714 84
MIL	Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile EU Code 212	15,670	2,328	1,588	19,586	11025/683 81
MIL	Natura 2000 EU Code 213	3,480		0,870	4,350	11025/683 81
MIL	Agrrarumweltmaßnahmen (Kulap 2007) EU Code 214	34,977	5,275	3,352	43,604	11025/683 81
MIL	Forstwirtschaftliche Maßnahmen EU Code 226; 227	8,000	1,620	0,740	10,360	11025/686 81 11025/892 81
MIL	Integrierte ländliche Entwicklung EU Codes 125; 312; 313; 321; 322; 323; 331; SWP 4	80,800	2,332	5,175	88,307	11025/683 81 11025/883 81 11025/892 81
MIL	Breitband EU Code 321	0,739	0,089	0,059	0,887	11025/883 81
MUGV	Integrierte ländliche Entwicklung - natürliches Erbe EU Code 323	6,451	0,000	2,917	9,368	10105/547 40 10105/547 50
MIL	Genetische Qualität		1,200	0,800	2,000	11025/683 81
MUGV	Gewässersanierung		13,980	9,320	23,300	10105/887 83 10105/TGr.83 10105/715 84 10105/887 84
MUGV	Abwassermaßnahmen		3,000	2,000	5,000	10105/884 84
MIL	Sonstige Maßnahmen insbesondere Alterverpflichtungen		1,593	1,763	3,356	11025/662 81 11025/683 81 11025/892 81
MIL	Technische Hilfe	3,000		0,600	3,600	11025/547 81
	Gesamt	235,157	48,866	44,103	328,127	
MIL	Gesamt	194,909	18,875	19,602	233,386	
MUGV	Gesamt	40,247	29,992	24,501	94,740	

Übersicht über ELER 2007 bis 2013 in Mio € (Planung für 2014 gem. n+2 Regelung)

Ressort	Fördermaßnahme	EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel	Gesamt	Landesmittel aus Haushaltsstelle
MIL	Ländliche Berufsbildung EU Code 111	1,125		0,375	1,500	11025/683 81
MIL	Einzelbetriebliche Investitionen und Diversifizierung EU Code 121; 311	12,844	2,216	2,709	17,769	11025/892 81
MIL	Gründung und Tätigwerden von Zusammenschlüssen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung	0,000	0,005	0,003	0,008	11025/892 81
MIL	Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien EU Code 124	0,353		0,118	0,471	11025/892 81
MIL	Förderung der Flurbereinigung EU Code 125	10,013	1,800	4,420	16,233	11025/537 81 11025/887 81
MUGV	Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes EU Code 125	0,390	4,500	3,225	8,115	10105/887 83 10105/TGr.83 10105/887 84
MUGV	Gewährleistung und Verbesserung des Hochwasserschutzes EU Code 126	3,100	11,535	7,690	22,325	10105/714 83 10105/TGr.83 10105/714 84
MIL	Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile EU Code 212	0,000	2,250	0,000	2,250	11025/683 81
MIL	Natura 2000 EU Code 213	1,740		0,435	2,175	11025/683 81
MIL	Argrarumweltmaßnahmen (Kulap 2007) EU Code 214	17,488	2,440	1,676	21,604	11025/683 81
MIL	Forstwirtschaftliche Maßnahmen EU Code 226; 227	3,600	0,716	0,740	5,056	11025/686 81 11025/892 81
MIL	Integrierte ländliche Entwicklung EU Codes 125; 312; 313; 321; 322; 323; 331; SWP 4	30,539	1,700	2,140	34,379	11025/683 81 11025/883 81 11025/892 81
MIL	Breitband EU Code 321	0,000	0,000	0,000	0,000	11025/883 81
MUGV	Integrierte ländliche Entwicklung - natürliches Erbe EU Code 323	2,670	0,000	1,146	3,816	10105/547 40 10105/547 50
MIL	Genetische Qualität		1,200	0,800	2,000	11025/683 81
MUGV	Gewässersanierung		14,200	9,467	23,667	10105/887 83 10105/TGr.83 10105/715 84 10105/887 84
MUGV	Abwassermaßnahmen		5,200	3,467	8,000	10105/884 84
MIL	Sonstige Maßnahmen insbesondere Alterverpflichtungen		1,104	1,436	2,540	11025/662 81 11025/683 81 11025/892 81
MIL	Technische Hilfe	2,200		0,500	2,700	11025/547 81
	Gesamt	86,062	48,866	40,346	175,275	
MIL	Gesamt	79,902	13,431	15,352	108,685	
MUGV	Gesamt	6,160	35,435	24,995	66,590	

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2013 / 2014

Einzelplanübersicht

Bezeichnung	2012	2013	2014
1 Planmäßige Beamte und Richter	1.359,00	1.341,00	1.327,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00	0,00
3 Arbeitnehmer	3.912,00	3.693,00	3.551,00
Stellensoll (1-3)	5.271,00	5.034,00	4.878,00
Beamte im Vorbereitungsdienst	8,00	6,00	6,00
Auszubildende	195,00	160,00	160,00
Leerstellen			
Planmäßige Beamte und Richter	35,00	34,00	37,00
Arbeitnehmer	164,00	189,00	191,00
Summe Leerstellen	199,00	223,00	228,00

Haushaltsübersicht 2013

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		13.500	50.000		63.500	25.460.000
11020		4.242.500	750.000		4.992.500	3.955.600
11025		1.390.000	95.232.000	192.671.000	289.293.000	
11026						
11032	1.060.000	554.900		1.200	1.616.100	
11040		130.000	25.000	40.293.000	40.448.000	
11060		2.603.500	23.910.000	30.277.000	56.790.500	
11080						
11101		745.000			745.000	23.821.200
11200		770.000	1.307.000		2.077.000	
11400		1.434.300	99.300	105.700	1.639.300	10.922.700
11460				27.108.000	27.108.000	
11470		370.000			370.000	
11500		170.000	409.800.000	27.908.000	437.878.000	
Summe 2013	1.060.000	12.423.700	531.173.300	318.363.900	863.020.900	64.159.500
Summe 2012	1.060.000	10.708.800	538.035.000	300.736.800	850.540.600	64.331.400
Vgl. zu 2012		+1.714.900	-6.861.700	+17.627.100	+12.480.300	-171.900

Haushaltsübersicht 2013

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
7.917.200	113.000		36.900		33.527.100	-33.463.600
266.500	6.887.500		30.000	-14.750.400	-3.610.800	+8.603.300
21.850.000	94.591.800	41.912.000	147.072.100		305.425.900	-16.132.900
						0
1.080.500	10.539.000		210.100	1.200	11.830.800	-10.214.700
209.700	8.500		80.756.000		80.974.200	-40.526.200
127.700	47.820.000		30.292.000		78.239.700	-21.449.200
70.100	63.012.000		2.070.000		65.152.100	-65.152.100
7.410.000	820.000		349.000		32.400.200	-31.655.200
2.001.600	4.125.800		39.243.200		45.370.600	-43.293.600
2.804.000	60.000		230.600	105.700	14.123.000	-12.483.700
239.000	116.396.000		85.952.100		202.587.100	-175.479.100
1.307.000	617.000		450.000		2.374.000	-2.004.000
200.000	430.987.000		27.908.000		459.095.000	-21.217.000
45.483.300	775.977.600	41.912.000	414.600.000	-14.643.500	1.327.488.900	-464.468.000
38.299.700	786.791.200	53.745.000	403.855.800	-14.593.600	1.332.429.500	-481.888.900
+7.183.600	-10.813.600	-11.833.000	+10.744.200	-49.900	-4.940.600	+17.420.900

Haushaltsübersicht 2014

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		13.500	50.000		63.500	24.637.100
11020		4.235.000			4.235.000	5.413.300
11025		1.390.000	48.250.600	90.708.300	140.348.900	
11026						
11032	1.060.000	554.900		1.200	1.616.100	
11040		70.000		36.430.300	36.500.300	
11060		3.503.500	23.910.000	30.277.000	57.690.500	
11080			1.000.000		1.000.000	
11101		745.000			745.000	23.398.600
11200		2.050.000	1.277.000		3.327.000	
11400		1.434.300	99.300		1.533.600	10.517.800
11460				27.108.000	27.108.000	
11470		370.000			370.000	
11500		170.000	415.960.000	27.908.000	444.038.000	
Summe 2014	1.060.000	14.536.200	490.546.900	212.432.800	718.575.900	63.966.800
Summe 2013	1.060.000	12.423.700	531.173.300	318.363.900	863.020.900	64.159.500
Vgl. zu 2013		+2.112.500	-40.626.400	-105.931.100	-144.445.000	-192.700

Haushaltsübersicht 2014

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
8.453.500	113.000		36.900		33.240.500	-33.177.000
389.000	6.972.500		30.000	-15.564.800	-2.760.000	+6.995.000
20.912.000	40.860.600	14.635.200	75.673.100		152.080.900	-11.732.000
						0
1.080.500	10.145.500		222.700	1.200	11.449.900	-9.833.800
200.100	8.500		73.030.600		73.239.200	-36.738.900
138.600	47.820.000		30.282.000		78.240.600	-20.550.100
70.100	63.719.300		2.070.000		65.859.400	-64.859.400
7.345.200	820.000		362.500		31.926.300	-31.181.300
2.010.600	4.125.800		38.573.200		44.709.600	-41.382.600
2.915.000	60.000		138.600		13.631.400	-12.097.800
224.400	114.898.000		76.644.000		191.766.400	-164.658.400
1.182.000	617.500		450.000		2.249.500	-1.879.500
200.000	416.687.000		27.908.000		444.795.000	-757.000
45.121.000	706.847.700	14.635.200	325.421.600	-15.563.600	1.140.428.700	-421.852.800
45.483.300	775.977.600	41.912.000	414.600.000	-14.643.500	1.327.488.900	-464.468.000
-362.300	-69.129.900	-27.276.800	-89.178.400	-920.100	-187.060.200	+42.615.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	15.000 13.681	13.000	13.000
--------	-----	-----------------------------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Anpassung entsprechend der Ist-Einnahmen.

112 10	011	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0 15.000	0	0
--------	-----	--	-------------	---	---

119 10	011	Sonstige Einnahmen	0 1.791	0	0
--------	-----	--------------------	------------	---	---

119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	0	0
--------	-----	----------------------------------	--------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 020 Titel 531 20.

124 10	011	Mieten und Pachten	0 0	0	0
--------	-----	--------------------	--------	---	---

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	500 421	500	500
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500	500
	Summe	500	500

Summe HGr. 1:	15.500	13.500	13.500
---------------	--------	--------	--------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

271 61	011	Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale	50.000	50.000	50.000
			235.871		

*Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben der TG 61 verwendet werden.
 Die Einnahmen sind zweckgebunden und übertragbar.*

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 61	50.000	50.000	50.000
------------------------------	--	----------------------	---------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe Einnahmen der Titelgruppen	50.000	50.000	50.000
------------------------------	--	---	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge des Ministers	141.700	141.700	141.700
			141.726		

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich Dienstaufwandsentschädigung für den Minister. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beamte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	9.194.500	9.788.400	9.478.500
			8.067.671		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	9.788.400	9.478.500
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
Summe		9.788.400	9.478.500

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigent	2) B6	hD	2,00	2,00	2,00
davon ku: 2,00 nach B5 hD					
Ministerialdirigent	B5	hD	4,00	4,00	4,00
Ministerialrat	B2	hD	23,00	23,00	23,00
Ministerialrat	A16	hD	24,00	24,00	24,00
Regierungsdirektor	A15	hD	40,00	40,00	40,00
Oberregierungsrat	A14	hD	33,00	33,00	33,00
Regierungsrat	A13	hD	3,00	2,00	2,00
Oberamtsrat	A13	gD	40,00	40,00	40,00
Amtsrat	A12	gD	31,00	31,00	31,00
Regierungsamtmann	A11	gD	6,00	5,00	5,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	3,00	3,00	3,00
Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	8,00	8,00	8,00
Zusammen:			218,00	216,00	216,00

Leerstellen:

Ministerialrat	A16	hD	2,00	2,00	2,00
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			3,00	3,00	3,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.
- 2) ku nach Bes.Gr. B5 mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2013	2014			
Umwandlung / Umsetzung					
Abgänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen					
1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrat	Umwandlung nach A13 hD	Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Umwandlung nach A11 gD	Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Abgänge insgesamt			
<u>-2,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

422 20	011	Unterhaltszuschüsse der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	141.900 123.001	72.000	97.200
---------------	------------	--	---------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	72.000	97.200
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
Summe		72.000	97.200

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

BesGr./ LfbGr	Amtsbezeichnung	2012	2013	2014
A 13 hD	Regierungsbaureferendar	5	3	3
Summe		5	3	3

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Referendar	1) 2) A13	hD	8,00	6,00	6,00
Zusammen:			8,00	6,00	6,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Die Ausbildung dauert zwei Jahre.
- 2) Die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) erhalten Anwärterbezüge, deren Grundbetrag sich nach Anlage VIII Bundesbesoldungsgesetz bemisst.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2013	2014	
Abgänge:			
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)			
2,00	0,00	A13 hD	Referendar
Absenkung der Referendarausbildung			
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Sonstige Abgänge	
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Abgänge insgesamt	
<u>-2,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

427 10	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0 0	0	0
427 20	011	Entgelte für Aushilfen	160.000 167.901	160.000	160.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 427 20

Erläuterungen:

Es sind Mittel für jährlich 2-3 Aushilfen für diverse kurzfristige Projekte bis zu einem Jahr in verschiedenen Abteilungen geplant. Die Entgeltgruppen richten sich nach den noch festzulegenden Aufgaben.

428 10	011	Entgelte der Arbeitnehmer	15.766.400 13.020.842	15.282.900	14.744.700
--------	-----	---------------------------	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikanten geleistet werden.

Weniger wegen Einsparung entsprechend der Personalbedarfsplanung.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
AT I	7,00	7,00	7,00
E 15	15,00	15,00	15,00
E 14	11,00	13,00	13,00
E 13	4,00	0,00	0,00
E 12	0,00	32,00	32,00
E 11	55,00	25,00	25,00
E 10	5,00	1,00	1,00
E 9	4,00	24,00	24,00
E 8	36,00	15,00	15,00
E 6	11,00	7,00	7,00
E 5	2,00	0,00	0,00
E 4	0,00	2,00	2,00
Zusammen:	150,00	141,00	141,00

Leerstellen:

AT I		1,00	1,00	1,00
E 15	1)	2,00	2,00	2,00
E 12	1)	3,00	3,00	3,00
E 11	1)	3,00	3,00	3,00
E 10	1)	1,00	1,00	1,00
E 8	1)	2,00	2,00	2,00
E 7	1)	2,00	2,00	2,00
E 6	1)	21,00	21,00	21,00
E 5	1)	19,00	19,00	19,00
E 4	1)	1,00	1,00	1,00
E 2	1)	1,00	1,00	1,00
Zusammen:		56,00	56,00	56,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 55 Leerstellen für Beschäftigte des Brandenburgischen Haupt- und Landgestüts Neustadt/Dosse ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 10 Abs. 2 GestStG bzw. durch einzelvertragliche Regelung haben.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Zugänge:

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00 0,00 E 13
 2,00 0,00 E 4

Umsetzung von 11 460 / WP LS Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
 Umsetzung aus Kapitel 12 020 (Wirtschaftsplan des BLB)

3,00	0,00	Zugänge Haushaltsvollzug
3,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt
3,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

3,00	0,00	E 13	Umwandlung nach E 13	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
1,00	0,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
1,00	0,00	E 10	Umwandlung nach E 10	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
2,00	0,00	E 9	Umwandlung nach E 9	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
3,00	0,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
2,00	0,00	E 5	Umwandlung nach E 5	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015

12,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

12,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

-12,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Stellenhöherstufung:

sonstige Hebungen

2,00	0,00	von E 13	nach E 14	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
32,00	0,00	von E 11	nach E 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
3,00	0,00	von E 10	nach E 11	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
22,00	0,00	von E 8	nach E 9	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
1,00	0,00	von E 6	nach E 8	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

60,00 0,00 Sonstige Höherstufungen insgesamt

60,00 0,00 Stellenhöherstufungen insgesamt

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	32.400	15.000	15.000
			44.466		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Trennungsgeld	15.000	15.000
2. Umzugskostenvergütungen	0	0
3. Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
Summe	15.000	15.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4: **25.436.900 25.460.000 24.637.100**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	178.000	160.200	160.200
			153.592		

Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 511 10

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	50.200	50.200
2.	Bücher, Zeitschriften	64.000	64.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	46.000	46.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		160.200	160.200

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	76.900	69.300	69.300
			59.477		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	21.000	21.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	26.000	26.000
3.	Fernmeldegebühren	19.800	19.800
4.	Sonstiges	2.500	2.500
Summe		69.300	69.300

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0	0	0
			1.507		

514 25	719	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	311.000	210.000	210.000
			312.300		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	31.000	31.000
2.	allgemeinen Fahrdienst	179.000	179.000
Summe		210.000	210.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB für den Fahrzeugpool in Potsdam.

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	11.900	10.800	10.800
			10.587		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Heizung		
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf		
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung		
4.	Grundbesitzabgaben		
5.	Bewachungskosten		
6.	Sonstiges	10.800	10.800
Summe		10.800	10.800

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

518 10 011 **Mieten und Pachten** 2.300 2.100 2.100
1.125

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	2 Einzelobjekte	2.100	2.100
Summe		2.100	2.100

518 20 011 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 7.700 7.000 7.000
6.794

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Sanitärbehälter	4.500	4.500
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Faxgeräte	2.500	2.500
Summe		7.000	7.000

518 25 719 **Mietzahlungen an den BLB** 2.031.000 2.130.900 2.130.900
2.166.115

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	MIL, H.-von-Tresckow-Str. 2-8	1.399.600	1.399.600
2.	MIL, Lindenstraße 34	731.300	731.300
3.	MIL, Dortustraße 46	0	0
Summe		2.130.900	2.130.900

518 30 011 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 0 0 0
0

Erläuterungen:

519 10 011 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** 2.300 2.100 2.100
0

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

525 10 011 **Aus- und Fortbildung** 146.200 146.200 146.200
128.405

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten	144.200	144.200
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugschei- nes	2.000	2.000
Summe		146.200	146.200

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

526 10 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten **134.700** **121.200** **121.200**
 54.187

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

526 20 011 Aufwandsentschädigung für Beiratstätigkeit **1.400** **1.400** **1.400**
 1.591

527 10 011 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen **105.300** **105.300** **105.300**
 135.356

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

529 10 011 Verfügungsmittel **5.400** **5.400** **5.400**
 1.688

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Minister	3.100	3.100
2.	Staatssekretär	900	900
3.	Dienststellenleiter	1.400	1.400
	Summe	5.400	5.400

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muß die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

541 10 011 Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen **69.600** **70.000** **70.000**
 76.856

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligungen an Fachmessen, Durchführung von Konferenzen, Gesprächsreihen und Workshops, für zentrale Veranstaltungen der Landesregierung und für die Gestaltung von Ausstellungen und Präsentationen sowie für die Auslobung von Wettbewerben.

Mehr in Anpassung an den gestiegenen Bedarf.

546 10 011 Sonstiges **16.800** **0** **0**
 28.449

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 15 014 Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB **1.691.900** **1.991.100** **1.966.100**
 neu 2.494.483

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 020/546 15 (Ist 2011: 2.494.483 Euro, Ansatz 2012: 1.691.900 Euro).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 546 15

Entgelt an den Dienstleister (ZIT-BB)

		2013 EUR	2014 EUR
1	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	614.906	593.658
2	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	36.843	32.531
3	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	68.903	68.903
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Betrieb Fachverfahren	997.100	997.100
4.2	LVN-Kosten	73.972	73.952
4.3	Kommunikation	39.072	39.072
4.4	TK-Verbund	100.704	100.704
4.5	Datenverbund	34.600	34.600
4.6	IT-Weiterbildung	25.000	25.580
	Summe	1.991.100	1.966.100

Mehr wegen der neuen Verrechnungssätze des ZIT - BB.

Kapitel 11 020	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014
1	2		3		4		5	
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	267	254	71	69	80	80	26	26
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	12	9	8	8	6	6	0	0

546 20 011 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte **900** **900** **900**
 1.613

aus Titelgruppen: **2.828.600** **2.883.300** **3.444.600**

Summe HGr. 5: **7.621.900** **7.917.200** **8.453.500**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 011 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen **0** **0** **0**
 0

Erläuterungen:

Aussonderung:

2013/2014

1/	Arbeitsmaschine
1/0	Zusammen

812 10 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland **40.900** **36.900** **36.900**
 101.689

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	0
2	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Ausstattung von Büroräumen	36.900	36.900
	Summe	36.900	36.900

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

Summe HGr. 8:	40.900	36.900	36.900
---------------	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

Siehe Vermerk bei Titel 271 61.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.

428 61	011	Entgelte der Arbeitnehmer	0 0	0	0
547 61	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 93.479	0	0

Erläuterungen:

Die Erhebungskostenpauschale dient der Sicherung von Ausgaben, die durch die EU veranlasst sind. Dazu gehören Personalausgaben, Sachausgaben, Investitionen bzw. Rückzahlungen an die EU.

812 61	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungen	0 0	0	0
--------	-----	--------------------------------------	--------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

TGr. 62 Kosten für die EU-Zahlstelle im MIL

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

538 62	011	Ausgaben für Datenverarbeitung	2.187.500 2.037.965	2.250.000	2.800.500
--------	-----	--------------------------------	------------------------	-----------	-----------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		100.000			100.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		100.000			100.000

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Programmtechnische Umsetzung/Anpassung EGFL/ELER	441.100	982.100
2.	Service- und Pflegekosten Profil	572.000	572.500
3.	Betriebskosten für IVKS-Verfahren (ZIT-BB)	1.171.000	1.180.000
4.	Sicherheitsmanagement der IVKS-Verfahren	50.900	50.900
5.	Agrarantragstellung	15.000	15.000
	Summe	2.250.000	2.800.500

Mehr wegen erhöhter Kosten des Vorverfahrens Profil und Entgelten an den ZIT-BB.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

546 62	011	Ausgaben für GIS-InVeKoS	320.100	320.100	320.100
			307.995		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		100.000			100.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		100.000			100.000

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Aktualisierung Luftbildbestand	40.000	40.000
2.	GIS-Softwareentwicklung und -pflege	130.100	130.100
3.	Satellitenfernerkundung	100.000	100.000
4.	Erstellung Feldblockreferenz	50.000	50.000
	Summe	320.100	320.100

633 62	011	Sonstige Zuweisungen an die Kreise	0	0	0
			0		

671 62	011	Erstattung von Ausgaben für die Führung von Datenbanken	113.000	113.000	113.000
			89.349		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Betriebskostenanteil des Landes an die Zentrale IVKS-Datenbank (ZID)	88.000	88.000
2.	Betriebskostenanteil des Landes für die Internetanwendung AFIG	25.000	25.000
	Summe	113.000	113.000

812 62	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			2.620.600	2.683.100	3.233.600
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die auf Grund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2015 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
			0		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 422 79

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Ministerialrat	B2	hD	1,00	0,00	0,00
Regierungsdirektor	A15	hD	3,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 30.06.; BER)					
Regierungsrat	A13	hD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)					
Amtsrat	A12	gD	0,00	0,00	0,00
Regierungsamtmann	A11	gD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)					
Regierungsoberinspektor	A10	gD	1,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 30.06.; BER)					
Zusammen:			5,00	4,00	4,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung				
1,00	0,00	B2 hD	Ministerialrat	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
2,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektor	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
3,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
-3,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrat	Umwandlung von A13 hD
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Umwandlung von A11 gD
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 79	011	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
			0		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2012	2013	2014
E 14		2,00	2,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
E 13		3,00	5,00	4,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
E 11		9,00	9,00	6,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
	5,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
E 10		1,00	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
E 9		1,00	2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
E 8		3,00	4,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
E 6		6,00	9,00	6,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
E 5		9,00	9,00	5,00
davon kw:	4,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
	2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
Zusammen:		34,00	41,00	27,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

0,00	1,00	E 14	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
1,00	1,00	E 13	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
1,00	3,00	E 11	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
1,00	0,00	E 10	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
1,00	0,00	E 9	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
0,00	1,00	E 8	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
0,00	1,00	E 8	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
0,00	3,00	E 6	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
2,00	4,00	E 5	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung

6,00 14,00 Abgänge durch Personalbedarfsplanung

6,00 14,00 Stellen Abgänge insgesamt

-6,00 -14,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

3,00	0,00	E 13	Umwandlung von E 13	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
1,00	0,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
1,00	0,00	E 10	Umwandlung von E 10	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
2,00	0,00	E 9	Umwandlung von E 9	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
1,00	0,00	E 8	Umsetzung von 06 010 / 428 79	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
3,00	0,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
2,00	0,00	E 5	Umwandlung von E 5	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
13,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
13,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
13,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 **0** **0** **0**

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 011 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation **71.000** **95.900** **95.900**
 166.537

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Hardware (Pflege, Wartung Hardware APC)	56.500	56.500
2.	Pflege, Wartung Software	22.600	22.600
3.	Unterhaltung (weitere Wartungsverträge)	12.300	12.300
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	4.500	4.500
	Summe	95.900	95.900

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 99 011 Mieten **0** **0** **0**
 0

525 99 011 Aus- und Fortbildung **15.000** **15.000** **15.000**
 14.820

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
	Summe	15.000	15.000

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen **235.000** **202.300** **213.100**
 113.457

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 538 99

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	DPA- Selektionsgebühren	6.000	6.000
2.	IT-Sicherheit	15.000	15.000
3.	Juris-Gebühren	5.000	5.000
4.	WWI-Anpassungen	20.000	20.000
5.	Zeiterfassung	10.000	10.000
6.	VISkompakt	40.000	40.000
7.	Personalinformationssystem	10.000	10.000
8.	Nutzungsgebühr Bravors an MdJ	5.620	5.620
9.	Informationssystem Ernährungsnotfallsorge	7.800	7.800
10.	AMK Internet	1.900	1.900
11.	Ökol. Saatgutdatenbank nach RL EU 14/52/2003	4.400	4.400
12.	Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	11.000	11.000
13.	Beck-Online	4.030	4.030
14.	ISIP	23.650	23.650
15.	Forschungsinformationssystem Agrar/Ernährung	1.700	1.700
16.	BALVI	7.500	3.500
17.	Weitere Fachverfahren	10.000	10.000
18.	LEFIS Datenmodell	200	15.000
19.	Erstattung Landesrechtsdatenbank	12.500	12.500
20.	ProBauG	6.000	6.000
Summe		202.300	213.100

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	0	0
			81.547		

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **321.000** **313.200** **324.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **2.941.600** **2.996.300** **3.557.600**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.500	13.500	13.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	50.000	50.000	50.000
Gesamteinnahme		65.500	63.500	63.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	25.436.900	25.460.000	24.637.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	7.621.900	7.917.200	8.453.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	113.000	113.000	113.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	40.900	36.900	36.900
Gesamtausgabe		33.212.700	33.527.100	33.240.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-33.147.200	-33.463.600	-33.177.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	019	Rückflüsse aus Zuwendungen	10.000	10.000	10.000
			4.857		

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	0
			25.569		

Die Ist -Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 546 25.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0	0	0
			1.071		

119 32	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen Ziel-1-Gebiet Förderperiode 1994-1999	0	0	0
			2.700.908		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 676 68 verwendet werden.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von EU-Mitteln sind nach Abschlussrechnung der Förderperiode 1994 bis 1999 an die EU abzuführen.

119 40 neu	043	Gebühreneinnahmen der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Prüflingenieurere für Standsicherheit		7.500	0
---------------	-----	--	--	--------------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 40 verwendet werden.

119 43	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen GAK, Förderperiode 1994-1999	0	0	0
			20.167		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.

Erläuterungen:

Der Bundesanteil von Zinsen aus Rückzahlungen ist regelmäßig an den Bund abzuführen.

119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel	0	0	0
			1.009		

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).

119 53	521	Rückzahlungen von Zuschüssen der GAK, Förderperiode 1994-1999	0	0	0
			1.886.160		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	25.000	25.000	25.000
			59.513		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 132 10

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	25.000	25.000
	Summe	25.000	25.000

162 10	511	Zinsen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	1.238.300 831.973	800.000	800.000
--------	-----	--	-----------------------------	----------------	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

182 10	511	Tilgungen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	2.915.100 3.394.751	3.400.000	3.400.000
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

Summe HGr. 1:		4.188.400	4.242.500	4.235.000
---------------	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10 neu	719	Anteile der Länder zur Finanzierung der Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 537 20.

Erläuterungen:

Die Ländereinnahmen dienen der Finanzierung der Kommission.
Den Länderanteilen liegt der Königsteiner Schlüssel zugrunde.

aus Titelgruppen:		750.000	750.000	0
--------------------------	--	----------------	----------------	----------

Summe HGr. 2:		750.000	750.000	0
---------------	--	----------------	----------------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	851	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0 2.361.559	0	0
--------	-----	--	-----------------------	----------	----------

359 11	851	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	1.375.400 6.818.196	0	0
--------	-----	---	-------------------------------	----------	----------

Summe HGr. 3:		1.375.400	0	0
---------------	--	------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

287 62	423	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	750.000 0	750.000	0
--------	-----	--	--------------	---------	---

Erläuterungen:

In Ansatz gebracht ist die Schlusszahlung für die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II -Stadt Luckenwalde-.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62			750.000	750.000	0
-------------------------------------	--	--	---------	---------	---

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei den Ausgaben der TG 64.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

235 64	851	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

119 68	521	Zinsen aus Rückzahlungen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 1994-1999	0 3.815	0	0
--------	-----	---	------------	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 676 68 verwendet werden.

271 68	521	Erstattungen der EU aus Vorjahren	0 0	0	0
--------	-----	-----------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 68			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			750.000	750.000	0
--	--	--	---------	---------	---

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	3.219.600 1.748.824	3.868.700	5.326.600
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans.
 Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB).

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	34.400 20.449	26.500	26.500
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen worden.

Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	26.500	26.500
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0	0
3.	Sonstiges	0	0
	Summe	26.500	26.500

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

443 30	841	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	36.500 41.582	60.400	60.200
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.
 Mehr in Anpassung an den Bedarf.

462 10	881	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0 0	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

Summe HGr. 4:		3.290.500	3.955.600	5.413.300
---------------	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbeschädigtenangelegenheiten	10.600 10.234	10.600	10.600
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	160.000 137.561	145.000	145.000
--------	-----	------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 010, Titel 119 20 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 531 20

Erläuterungen:

Die Mittel sind zentral bei Kapitel 11 020 veranschlagt.

Veranschlagt sind Ausgaben für:

1. Laufende Veröffentlichungen des Ministeriums (z.B MIL aktuell), Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Dokumentationen und Informationen über Medien (z.B. Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen) zu fachpolitischen Einzelthemen, Kosten für Besucherbetreuung und interne Bürgerinformation.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung z.B. zur Modernisierungs- und Instandsetzungs- und Wohnungsbauförderung, zu Mietrecht und Wohngeld, zum Bau- und Planungsrecht, Landesplanung und Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

531 50	013	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	2.300	2.400	2.400
			2.281		

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den gestiegenen Bedarf

534 10	013	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	20.000	9.000	9.000
			2.943		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Regional- und Stadtentwicklung, des Wohnens, des Verkehrs und der Landwirtschaft. Die Intensivierung der Zusammenarbeit der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungs- und Mitarbeiteraustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Projekte, Besuche und den Empfang ausländischer Expertengruppen, Praktikantenaustausch.

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung und Anpassung an den Bedarf.

537 10	011	Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten	50.000	45.000	45.000
			13.150		

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei Problemstellungen mit dem MIL-Geschäftsbereich insgesamt prägenden bzw. interdisziplinären Charakter, bei der Optimierung der Aufbau- bzw. Prozessorganisation im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung/Aufgabenkritik, bei der Entwicklung des Informationsmanagements und des Verwaltungsmarketings des Ressorts nach Innen und Außen sowie bei der Lösung von ausgewählten Fachaufgaben mit hervorgehobener Bedeutung (insbesondere zu Fragen der öffentlich-privaten Partnerschaft).

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung und in Anpassung an den Bedarf.

537 20 neu	719	Ausgaben für die Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"		0	0
----------------------	------------	--	--	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Kommission ist mit dem Ziel der Begutachtung der zukünftigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet worden. Den Anteilen liegt der Königsteiner Schlüssel zugrunde.

542 10	291	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch	0	0	0
			0		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 542 10

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX).

546 10	011	Sonstiges	0	0	0
			7.609		

546 25	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	0
			25.569		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.

546 30	791	Vermischte Ausgaben	117.000	20.000	150.000
			53.489		

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg hat den Vorsitz für die Durchführungen der Agrarministerkonferenzen (AMK) und Amtschefkonferenzen (ACK) für das Jahr 2014. Es sind insgesamt 5 Sitzungen geplant. Die in 2013 veranschlagten Mittel werden für die notwendigen Vorbereitungen benötigt.

546 40	043	Aufwendungen der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Prüffingenieure für Standsicherheit		7.500	0
neu					

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 40 geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 119 40 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Prüffingenieure nehmen als Beliehene öffentlich-rechtliche Prüfaufgaben an Stelle der Bauaufsicht wahr. Gem. der Verordnung über die Anerkennung von Prüffingenieuren und über die bautechnischen Prüfungen im Land Brandenburg (Brandenburgische Bautechnische Prüfungsverordnung- BbgBauPrüfV) muss das Land für eine ausreichende Zahl an Prüffingenieuren sorgen. Die Anerkennung als Prüffingenieur erfolgt durch einen Prüfungsausschuss dessen Mitglieder für fünf Jahre berufen werden (§ 11 (3) BbgBauPrüfV). Es handelt sich hierbei um eine Pflichtaufgabe des Landes Brandenburg.

Die Aufgabe der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Standsicherheit ist nach Vereinbarung der beteiligten Länder durch das Land Brandenburg wahrzunehmen.

Die Einrichtung der Geschäftsstelle ist für die Funktionsfähigkeit des Prüfungsausschusses und ein ordnungsgemäßes Anerkennungsverfahren für Prüffingenieure und damit auch für die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe unerlässlich.

549 20	881	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 15)	014	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB			
----------	-----	---	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 010/546 15 (Ist 2011: 2.494.483 Euro, Ansatz 2012: 1.691.900 Euro).

aus Titelgruppen:			27.000	27.000	27.000
--------------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:			386.900	266.500	389.000
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	821	Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung	370.000 309.896	340.000	350.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Hauptgruppe 4 in Kapitel 11 010 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

613 12	821	Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag	0 1.028.100	0	0
--------	-----	---	----------------	---	---

Erläuterungen:

Veranschlagt waren die Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam für konsumtive hauptstadtbedingte Aufwendungen. Grundlage der Veranschlagung war der zwischen dem Land und der Stadt abgeschlossene Hauptstadtvertrag. Der Vertrag lief am 31.12.2011 aus.

Die durch Vorwegabzug aus der kommunalen Verbundmasse stammende Hälfte der bisher veranschlagten Mittel ist ab 2012 wieder Teil der Verbundmasse.

613 13	751	Zuweisung für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten und des Gutachters für Lärmschutz	100.000 100.000	106.400	106.400
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	321.600	
davon fällig:		
2014 bis zu	107.200	
2015 bis zu	107.200	
2016 bis zu	107.200	
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	100.000				100.000
2014			107.200		107.200
2015			107.200		107.200
2016			107.200		107.200
2017 ff.					
Summen	100.000		321.600		421.600

Erläuterungen:

Die Zuweisung beinhaltet Ausgaben für Personal und Sachkosten. Aufgrund der steigenden Miete und erforderlicher Lizenzen für Fachanwendungen erhöhen sich die Ausgaben.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

631 10	011	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel	0 1.009	0	0
--------	-----	---	------------	---	---

Angaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 631 10

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

631 11	521	Rückzahlungen an den Bund gemäß Lastentragungsgesetz	0	0	0
			846.668		

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

632 10	791	Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz	2.900	2.900	2.900
			2.547		

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft getragen.

632 20	791	Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung von länderübergreifenden Maßnahmen im Verkehrsbereich	6.200	6.200	6.200
			1.242		

Erläuterungen:

Im Rahmen der VMK und /oder der GKVS werden länderübergreifende Maßnahmen beschlossen, an denen sich das Land Brandenburg beteiligt.
Die Finanzierung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

633 20	422	Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften	1.833.800	1.833.800	1.833.800
			1.851.251		

Erläuterungen:

Nach § 10 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) gewährt das Land den fünf Regionalen Planungsgemeinschaften Zuschüsse nach einem in Höhe eines für jede Region nach Einwohnern und Fläche berechneten Betrages sowie einen Festbetrag.

Die RPG nehmen neue Aufgaben seit 2010 im Zusammenhang mit der Realisierung der Ziele der Energie- und Klimastrategie des Landes Brandenburg wahr. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Windenergienutzung.

Es ergeben sich folgende Beträge:

RPG Prignitz - Oberhavel	369.000 €
RPG Uckermark - Barnim	353.554 €
RPG Oderland - Spree	355.623 €
RPG Lausitz - Spreewald	378.248 €
RPG Havelland - Fläming	377.375 €

633 30	751	Ausgaben für Fluglärmberatung		300.000	300.000
neu					

671 10	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER	1.721.900	1.721.900	1.721.900
			1.960.907		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 671 10

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	3.400.000	
davon fällig:		
2014 bis zu	1.700.000	
2015 bis zu	1.700.000	
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			1.700.000		1.700.000
2015			1.700.000		1.700.000
2016					
2017 ff.					
Summen			3.400.000		3.400.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten der ILB für die nach Geschäftsbesorgungsvertrag ELER bearbeiteten Fördermaßnahmen des Epl. 11.

671 11	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds	4.000	4.000	4.000
			0		

Erläuterungen:

Die ILB ist für die Förderperiode 2007 bis 2013 durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskomplementärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskomplementärmittel des Einzelplans.

671 12	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskomplementärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Das Entgelt wird von dem MASGF zentral entrichtet.

671 13	511	Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen an den Bund	2.231.700	2.300.000	2.300.000
			2.565.860		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei den Titeln 162 10 und 182 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

671 53	521	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen GAK, Förderperiode 1994-1999	0	0	0
			1.143.007		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 671 53

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei den Titeln 119 43 und 119 53 geleistet werden.

685 10	011	Mitgliedsbeiträge	8.800	8.900	8.900
			8.783		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	600	600
2.	Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	520	520
3.	Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	600	600
4.	Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	650	650
5.	Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.030	1.030
6.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.900	3.900
7.	AG Deutscher Verkehrsflughäfen	1.600	1.600
	Summe	8.900	8.900

Durch die Einbindung des Landes werden für die Aufgabenbewältigung unabdingbare Fachinformationen zugänglich gemacht, die andernfalls teuer als Fachdokumentationen, Tagungsunterlagen und Fortbildungsmaßnahmen eingekauft werden müssten. Beim Besuch von Veranstaltungen der Vereinigungen werden Vergünstigungen hinsichtlich der Tagungsgebühr gewährt bzw. kostenloser Zugang ermöglicht. Der bundesweite Erfahrungsaustausch wird gefördert, weil hierin auch andere Bundesländer Mitglieder sind.

685 20	419	Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik	241.800	200.000	245.000
			196.170		

Erläuterungen:

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung). Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil aus dem Einzelplan 11.

Die Übersicht über den Haushaltsplanentwurf 2014 liegt noch nicht vor. Die Ansätze wurden daher überrollt.

Nr.	Einnahmen	Ist 2011	Soll 2013 EUR	Soll 2014 EUR
1.	Eigene Einnahmen	13.594.200	13.350.100	13.350.100
2.	Besondere Finanzierungseinnahmen	278.600	153.300	153.300
3.	Zuwendungen vom Bund	1.200.000	1.050.000	1.050.000
4.	Zuwendungen von anderen Ländern	6.373.700	6.984.200	6.984.200
5.	Zuwendungen des Landes	204.100	215.700	215.700
	Summe	21.650.600	21.753.300	21.753.300

Nr.	Ausgaben	Ist 2011	Soll 2013	Soll 2014
1.	Personalausgaben	13.209.900	16.211.200	16.211.200
2.	Sachausgaben	4.149.000	3.541.800	3.541.800
3.	Ausgaben für Investitionen	334.900	764.000	764.000
4.	Besondere Finanzierungsausgaben	2.949.300	1.308.300	1.308.300
	Summe	20.643.100	21.825.300	21.825.300

	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
Überschuss	1.007.500	0	0
Summe	1.007.500	0	0

Die Zuwendungen des Landes werden aus dem Epl. 10 (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser) und dem Epl. 11 gewährt.

685 25	419	Kontrollsystem für die Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage	0	30.000
neu				

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 685 25

Erläuterungen:

Artikel 18 der EU-Gebäuderichtlinie verpflichtet die Länder ein unabhängiges Kontrollsystem für Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage einzuführen. Ein statistisch signifikanter Prozentanteil aller jährlich ausgestellten Energieausweise und Inspektionsberichte ist gemäß Anlage II Nr. 1 Satz 1 und Nr. 2 EU-Gebäuderichtlinie einer Überprüfung zu unterziehen.

Für die Durchführung der Kontrollen, beginnend ab 2014, sind die Länder verantwortlich.

Anfangs ist mit 10 Kontrollen zu rechnen; für die Folgejahre erhöhen sich diese, da die 2007 erstmalig erstellten Energieausweise nach 10 Jahren ihre Gültigkeit verlieren.

685 30	419	Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. -DIN -	28.800 25.962	28.800	28.800
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Nr.	Zuwendung	Ist 2011	Soll 2013	Soll 2014
1.	Zuwendungen von anderen Ländern	810.153	888.480	888.480
2.	Zuwendungen des Landes	26.107	28.800	28.800
Summe		836.260	917.280	917.280

Der Betrag für die Normarbeit gliedert sich aufgrund der vertraglichen Regelungen der Länder mit dem DIN (§ 2 Abs. 1 des Vertrages) pro Jahr wie folgt :

a) Zuwendungen für den Normenausschuss (NABau)	735.000 €
b) Zuwendungen für die anderen Normenausschüsse (20,8% von Betrag a))	152.880 €
c) für Normennutzung gemäß § 2 des Vertrages mit dem DIN (4% von Betrag a))	29.400 €

686 10	013	Förderung der internationalen Zusammenarbeit	27.000 28.450	24.600	24.600
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Förderung von Maßnahmen Dritter, die auf die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Partnerländern des Landes Brandenburg, der Zusammenarbeit von Betrieben und Einrichtungen und der Begegnung der Menschen im fachlichen Zuständigkeitsbereich des MIL gerichtet sind.

Weniger wegen weniger Zuwendungen für die einzelnen Projekte.

aus Titelgruppen:	10.000	10.000	10.000
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 6:	6.586.900	6.887.500	6.972.500
----------------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	821	Zuweisungen an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag für investive Zwecke	0 2.296.100	0	0
--------	-----	--	----------------	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 613 12.

aus Titelgruppen:	50.000	30.000	30.000
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 8:	50.000	30.000	30.000
----------------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 35	851	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg"	99.500 103.814	175.200	192.800
--------	-----	---	-------------------	---------	---------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 919 35

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlages zu den in der Gruppe 422 des Einzelplans 11 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamten und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamten und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

Erstmals im Einzelplan 11 berücksichtigte Beamte Anzahl: 4

Eine Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet wird, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.

972 20	881	Globale Minderausgabe	-12.800.000	-14.925.600	-15.757.600
			0		

Erläuterungen:

Die Globale Minderausgabe darf aus Minderausgaben oder Mehreinnahmen im Einzelplan 11 nachgewiesen werden.

Summe HGr. 9:			-12.700.500	-14.750.400	-15.564.800
---------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei Titel 235 64 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben in der Titelgruppe herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan erstmalig in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan (ohne Landesbetriebe) Stand: 31.12.2009

Nr.	Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Block-teilzeit	davon kontinuierliche Teilzeit
1.	11 010	63	60	3
2.	11 101	182	178	4
3.	11 400	45	43	2
Summe		290	281	9

Nachbesetzungen: 40

422 64	851	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			1.511.859		

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Leerstellen:					
Ministerialdirigent	B6	hD	2,00	2,00	1,00
Ministerialrat	B2	hD	2,00	2,00	1,00
Ministerialrat	A16	hD	2,00	0,00	1,00
Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	3,00	5,00
Oberregierungsrat	A14	hD	0,00	1,00	3,00
Regierungsrat	A13	hD	1,00	1,00	1,00
Oberamtsrat	A13	gD	4,00	6,00	8,00
Amtsrat	A12	gD	4,00	2,00	2,00
Regierungsamtmann	A11	gD	6,00	6,00	3,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	3,00	2,00	2,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	0,00	0,00	1,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			27,00	26,00	29,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Leerstellen:

Zugänge:

Sonstige Zugänge				
0,00	1,00	A16 hD	Ministerialrat	Freistellungsphase ATZ
1,00	2,00	A15 hD	Regierungsdirektor	Freistellungsphase ATZ
1,00	2,00	A14 hD	Oberregierungsrat	Freistellungsphase ATZ
2,00	2,00	A13 gD	Oberamtsrat	Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektor	Freistellungsphase ATZ
4,00	8,00	Sonstige Zugänge		
4,00	8,00	Stellen Zugänge insgesamt		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 422 64

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

0,00	1,00	B6 hD	Ministerialdirigent
0,00	1,00	B2 hD	Ministerialrat
2,00	0,00	A16 hD	Ministerialrat
2,00	0,00	A12 gD	Amtsrat
0,00	3,00	A11 gD	Regierungsamtmann
1,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor
<hr/>	<hr/>		
5,00	5,00	Sonstige Abgänge	
<hr/>	<hr/>		
5,00	5,00	Stellen Abgänge insgesamt	
<hr/>	<hr/>		
-1,00	3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

428 64	851	Entgelte der Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			5.393.887		

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
Leerstellen:			
E 15	1,00	3,00	3,00
E 14	2,00	3,00	5,00
E 13	6,00	7,00	5,00
E 12	8,00	11,00	12,00
E 11	12,00	11,00	11,00
E 10	6,00	15,00	13,00
E 9	19,00	29,00	33,00
E 8	9,00	0,00	0,00
E 6	6,00	21,00	20,00
E 5	9,00	3,00	3,00
E 4	2,00	3,00	3,00
E 3	1,00	0,00	0,00
E 2	2,00	2,00	2,00
<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Zusammen:	83,00	108,00	110,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Leerstellen:

Zugänge:

Sonstige Zugänge

2,00	0,00	E 15	Freistellungsphase ATZ
1,00	2,00	E 14	Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	E 13	Freistellungsphase ATZ
3,00	1,00	E 12	Freistellungsphase ATZ
9,00	0,00	E 10	Freistellungsphase ATZ
10,00	4,00	E 9	Freistellungsphase ATZ
15,00	0,00	E 6	Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	E 4	Freistellungsphase ATZ
<hr/>	<hr/>		
42,00	7,00	Sonstige Zugänge	
<hr/>	<hr/>		
42,00	7,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

0,00	2,00	E 13
1,00	0,00	E 11
0,00	2,00	E 10
9,00	0,00	E 8
0,00	1,00	E 6
6,00	0,00	E 5
1,00	0,00	E 3
<hr/>	<hr/>	
17,00	5,00	Sonstige Abgänge
<hr/>	<hr/>	
17,00	5,00	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	<hr/>	
25,00	2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0 0 0

TGr. 66 Baugenehmigungsverfahren online

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für das durch Kabinettsbeschluss vom 10. August 2004 in den Masterplan eGovernment aufgenommene Leitprojekt "Baugenehmigungsverfahren online". Ziel ist, die Geschäftsabläufe im Baugenehmigungsverfahren unter weitest gehender Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 66	013	Projekte des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	27.000 40.259	27.000	27.000
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel werden für die Ausgaben für den Betrieb der Landesplattform, projektbegleitende Veranstaltungen und Schulungen für die unteren Bauaufsichtsbehörden eingesetzt.

685 66	013	Zuschüsse für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)	10.000 12.218	10.000	10.000
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden. Hier sind die Zuschüsse für konsumtive Zwecke veranschlagt.

812 66	013	Investive Vorhaben des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	10.000 34.509	10.000	10.000
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die investiven Maßnahmen des Landes zur Umsetzung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens.

883 66	013	Investive Zuweisungen für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)	40.000 0	20.000	20.000
---------------	-----	--	--------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln (investive Zuschüsse) sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden.
Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 87.000 67.000 67.000

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

676 68	521	Erstattungen an die EU aus Rückzahlungen, Förderperiode 1994-1999	0 131.086	0	0
---------------	-----	--	---------------------	----------	----------

Angaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 32 und 119 68 geleistet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68 0 0 0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **87.000** **67.000** **67.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	4.188.400	4.242.500	4.235.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	750.000	750.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.375.400	0	0
Gesamteinnahme		6.313.800	4.992.500	4.235.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	3.290.500	3.955.600	5.413.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	386.900	266.500	389.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.586.900	6.887.500	6.972.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50.000	30.000	30.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-12.700.500	-14.750.400	-15.564.800
Gesamtausgabe		-2.386.200	-3.610.800	-2.760.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		8.700.000	8.603.300	6.995.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen aus der EU-Förderperiode 2000-2006	200.000	140.000	140.000
			88.714		

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 14 verwendet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 025/119 34 (Ist 2011: 6.025 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro), 11 025/119 63 (Ist 2011: 29.433 Euro, Ansatz 2012: 100.000 Euro), 11 025/119 71 (Ist 2011: 31.944 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro).

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 34)	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen			
-----------------	-----	---	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 025/119 35 (Ist 2011: 6.025 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro).

aus Titelgruppen:	860.000	1.250.000	1.250.000
--------------------------	----------------	------------------	------------------

Summe HGr. 1:	1.060.000	1.390.000	1.390.000
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 EU - Mittel zur Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL-Abteilung) 2000 bis 2006

119 61	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 2000 bis 2006	200.000 29.676.719	200.000	200.000
182 61	521	Rückzahlung von Darlehen	0 0	0	0
346 61	521	Zuschüsse der EU für Ausgaben des gemeinschaftlichen Förderkonzeptes EAGFL - Ausrichtung	0 393.989	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **200.000 200.000 200.000**

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 62 verwendet werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 62 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden jährlich mit dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes vom Bund zur Verfügung gestellt.

119 62	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen GAK	0 304.824	0	0
--------	-----	---	--------------	---	---

Erläuterungen:

Die aus Zuweisungen und Zuwendungen zurück gezahlten Bundesmittel sind an den Bund abzuführen.

182 62	521	Rückzahlung von Darlehen	0 0	0	0
--------	-----	--------------------------	--------	---	---

231 62	521	Zuweisungen des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe	14.600.000 9.850.682	14.600.000	14.600.000
--------	-----	---	-------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für nicht investive Maßnahmen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

331 62	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen für die Gemeinschaftsaufgabe	34.267.000 30.317.366	34.266.700	34.266.700
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für Investitionen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 **48.867.000 48.866.700 48.866.700**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für das OP 2000-2006 (EAGFL-Abteilung), der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, FIAF, LEADER+ sowie aus der GAK

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 63) 521 **Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 025/119 35 (Ist 2011: 29.433 Euro, Ansatz 2012: 100.000 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 63

TGr. 66 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (FIAF)

119 66	532	Rückzahlungen und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen	0	0	0
			0		

271 66	532	Erstattungen der EU im Rahmen des FIAF	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0 0

TGr. 71 Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 71) 521 **Zinsen und Rückzahlungen aus LEADER+ Maßnahmen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 025/119 35 (Ist 2011: 31.944 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro).

(272 71)	521	Zuschüsse der EU für LEADER + Maßnahmen	0		
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 0 0 0

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.

Siehe Verstärkungsvermerk bei den Ausgaben der Titelgruppe 72.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind die Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 72.

119 72	523	Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0	0	0
			1.750		

232 72	523	Beteiligung anderer Bundesländer an gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	300.000	300.000	300.000
			302.800		

272 72	523	Zuschüsse der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	150.000	0	0
			317.800		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 450.000 300.000 300.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind die Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 80.

Die Einnahmen sind Leistungen der EU im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2007 bis 2013.

Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach den durch die EU festgelegten Interventionsätzen.

119 80	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen im Rahmen der Förderperiode 2007 bis 2013 (EU-Mittel)	600.000 820.825	800.000	800.000
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 80 verwendet werden.

271 80	521	Erstattungen von der EU	90.300.000 55.654.576	79.652.000	32.670.600
--------	-----	--------------------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------

346 80	521	Erstattungen der EU für Investitionen	132.188.000 93.400.724	156.804.300	54.841.600
--------	-----	--	----------------------------------	--------------------	-------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			223.088.000	237.256.300	88.312.200
--	--	--	--------------------	--------------------	-------------------

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 81 verwendet werden.

119 81	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	60.000 266.466	250.000	250.000
--------	-----	--	--------------------------	----------------	----------------

282 81	521	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	0 0	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Diese Einnahmen können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 81	521	Beiträge Dritter für Investitionen	0 186.062	0	0
--------	-----	---	---------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81			60.000	250.000	250.000
--	--	--	---------------	----------------	----------------

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen im Rahmen des EFF. Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach dem durch die EU festgelegten Interventionsatz.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	
119 84	532	Rückzahlung und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen	0 0	0	0
271 84	532	Erstattungen der EU im Rahmen des EFF	0 1.317.715	0	0
346 84	532	Erstattungen der EU für Investitionen im Rahmen des EFF	1.500.000 0	1.500.000	1.500.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 84			1.500.000	1.500.000	1.500.000

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 85 verwendet werden.

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 85 herangezogen werden.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Berlin stellt dem Land Brandenburg die Mittel für die Durchführung der Programme zur Verfügung.

119 85	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	0 217	0	0
232 85	521	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes	50.000 87.042	80.000	80.000
272 85	521	Erstattungen der EU	100.000 293.328	100.000	100.000
332 85	521	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes für Investitionsausgaben	100.000 102.672	100.000	100.000
346 85	521	Erstattungen der EU für Investitionsausgaben	0 0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 85			250.000	280.000	280.000

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 86 verwendet werden.

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

282 86	511	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	0 0	0	0
341 86	511	Beiträge Dritter für Investitionen	0 0	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 0 0 0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

*Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 87 verwendet werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 87 herangezogen werden.
 Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.*

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurbG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger des Unternehmens finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

282 87	511	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungs-gesetz	500.000	500.000	500.000
			523.203		

341 87	511	Beiträge Dritter für Investitionen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 500.000 500.000 500.000

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 274.915.000 289.153.000 140.208.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

676 14	521	Erstattungen von Rückzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen aus der Förderperiode 2000-2006 an die EU	0	0	0
			35.986		

Angaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 35 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 025/676 12 (Ist 2011: 4.023 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro).

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(676 12)	521	Erstattung von Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen an die EU			
-----------------	-----	--	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 025/676 14 (Ist 2011: 4.023 Euro, Ansatz 2012: 0 Euro).

aus Titelgruppen:	102.292.000	94.591.800	40.860.600
Summe HGr. 6:	102.292.000	94.591.800	40.860.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 883 62 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 231 62 und 331 62 geleistet werden.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 62 geleistet werden.
 Siehe Haushaltsvermerk bei TG 81.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden jährlich mit dem Rahmenplan vom Bund zur Verfügung gestellt.

429 62	521	Entgelte für Aushilfen	0 0	0	0
537 62	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 2.226.987	10.500.000	10.918.500
633 62	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
662 62	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	2.726.000 2.514.642	1.359.400	899.900
671 62	521	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen an den Bund	0 213.050	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 62 geleistet werden.</i>					
681 62	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0	0
682 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0	0
683 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	11.460.000 6.934.323	11.768.200	7.651.100

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	18.331.100	0
davon fällig:		
2014 bis zu	7.651.100	
2015 bis zu	10.680.000	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 683 62

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	58.500	750.000			808.500
2014	11.500	750.000	7.651.100		8.412.600
2015	1.000	750.000	10.680.000		11.431.000
2016		1.500.000			1.500.000
2017 ff.					
Summen	71.000	3.750.000	18.331.100		22.152.100

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf gem. GAK- Rahmenplan.

686 62	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			460.933		
712 62	521	Baumaßnahmen für die Waldbrandüberwachung	0	0	0
			0		
713 62	521	Wasserbautechnische Maßnahmen	18.120.000	10.912.000	11.535.200
			13.034.696		

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf gem. GAK-Rahmenplan.

883 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.620.000	7.069.300	9.700.000
			3.702.042		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	79.402.200	0
davon fällig:		
2014 bis zu	41.215.600	
2015 bis zu	38.186.600	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.402.400	21.000.000			22.402.400
2014	23.000	11.000.000	41.215.600		52.238.600
2015		6.000.000	38.186.600		44.186.600
2016		2.000.000			2.000.000
2017 ff.					
Summen	1.425.400	40.000.000	79.402.200		120.827.600

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 883 62

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf gem. GAK-Rahmenplan.

887 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	5.991.000 1.824.013	4.500.000	5.581.500
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf gem. GAK-Rahmenplan.

892 62	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.950.000 2.360.541	2.757.800	2.580.500
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62			48.867.000	48.866.700	48.866.700
-------------------------------------	--	--	------------	------------	------------

TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe GAK

683 63	521	Zuschüsse für die Erstaufforstungsprämie	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Die Ausgaben werden durch Titelgruppe 81 gedeckt.

Erläuterungen:

Die Zuschüsse sind Bewilligungen aus dem Jahr 2006 und früher.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titelgruppe 72 zuzüglich des Landesanteils geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 72 geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 11 025 Titel 272 72 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Die EU beteiligt sich an den Ausgaben gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse".

Außerdem beteiligen sich andere Bundesländer an den Maßnahmen nach dieser Verordnung.

671 72	523	Erstattungen der EU an andere Bundesländer für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0 108.000	0	0
--------	-----	---	--------------	---	---

676 72	523	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

686 72	523	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	300.000 642.770	300.000	300.000
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **300.000 300.000 300.000**

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 80 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Die EU stellt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den Zeitraum 2007 bis 2013 Mittel zur Verfügung.

Das Programm sieht gemäß Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin (EPLR) in der TG 80 folgende Finanzierung vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht.

Nr.

1	Ist 2007	28.854.315
2	Ist 2008	71.983.917
3	Ist 2009	138.425.314
4	Ist 2010	160.235.832
5	Ist 2011	164.786.631
6	Veranschlagt 2012	222.488.000
7	Veranschlagt 2013	235.157.300
8	Veranschlagt 2014	86.062.200
8	Verbleiben	31.639.905
Summe		1.139.633.414

Die aufzubringenden Komplementärmittel als nationale Kofinanzierung werden in der Titelgruppe 62 (Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) und der Titelgruppe 81 (Landesmittel) bereit gestellt.

Die nach Maßnahmen bzw. EU-Codes aufgeschlüsselte indiaktive Mittelaufteilung ist in Kapitel 7 des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum Brandenburgs unter www.eler.brandenburg.de veröffentlicht.

429 80 521 Entgelte für Aushilfen **0 0 0**
0

537 80 521 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben **7.277.000 6.500.000 4.073.500**
4.800.358

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

547 80 521 Sächliche Verwaltungsausgaben **3.500.000 3.000.000 2.200.000**
2.651.231

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

633 80 521 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände **0 0 0**
10.630

662 80 521 Zinsverbilligungen an private Unternehmen **0 0 0**
0

681 80 521 Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen **0 0 0**
0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

682 80 521 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 0 0 0
 0

683 80 521 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 73.798.000 69.652.000 26.397.100
 59.685.221

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	29.168.200	0
davon fällig:		
2014 bis zu	26.397.100	
2015 bis zu	2.771.100	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	2.987.400	5.000.000			7.987.400
2014	344.800	5.000.000	26.397.100		31.741.900
2015	51.000	5.000.000	2.771.100		7.822.100
2016		10.000.000			10.000.000
2017 ff.					
Summen	3.383.200	25.000.000	29.168.200		57.551.400

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

686 80 521 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland 0 0 0
 0

713 80 521 Wasserbautechnische Maßnahmen 35.625.000 31.000.000 3.100.000
 34.397.579

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

883 80 521 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 48.402.000 47.539.100 18.707.500
 29.187.713

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

887 80 521 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände 12.533.000 20.946.500 6.329.600
 6.505.226

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

892 80 521 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 41.353.000 56.519.600 25.254.500
 27.600.340

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 892 80

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	91.322.900	0
davon fällig:		
2014 bis zu	59.665.100	
2015 bis zu	31.657.800	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	11.218.800	60.000.000			71.218.800
2014	1.464.100	20.000.000	59.665.100		81.129.200
2015	347.800	7.000.000	31.657.800		39.005.600
2016		5.000.000			5.000.000
2017 ff.					
Summen	13.030.700	92.000.000	91.322.900		196.353.600

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung).

893 80	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **222.488.000 235.157.200 86.062.200**

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben sind deckungsfähig mit dem Titel 683 63.

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 81 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren zur Kofinanzierung von ELER- bzw. EFF-Mitteln sowie GAK- Mitteln geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Die veranschlagten Mittel dienen der Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (VO EG Nr. 1698/2005 vom 20. September 2005 die bei Titelgruppe 80 veranschlagt sind.

Außerdem werden mit diesen Mitteln weitere von der EU aufgelegte Initiativen und Programme kofinanziert.

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden Bundesmittel für Maßnahmen aus dem Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) kofinanziert, die bei Titelgruppe 62 veranschlagt sind.

429 81	511	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
---------------	------------	-------------------------------	----------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

532 81	511	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen	0	0	0
			0		

537 81	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	3.041.000	1.250.000	3.220.000
			1.716.628		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 282 81 geleistet werden.

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

547 81	511	Sächliche Verwaltungsausgaben	2.053.000	600.000	500.000
			856.207		

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

633 81	511	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0		

662 81	511	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	1.817.000	906.200	599.900
			1.676.428		

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Rgelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

681 81	511	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
			0		

682 81	511	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0		

683 81	511	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	11.491.000	9.906.000	4.312.600
			8.171.304		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	8.401.800	0
davon fällig:		
2014 bis zu	4.312.600	
2015 bis zu	4.089.200	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 683 81

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	381.000	500.000			881.000
2014	43.900	500.000	4.312.600		4.856.500
2015	13.700	500.000	4.089.200		4.602.900
2016		1.000.000			1.000.000
2017 ff.					
Summen	438.600	2.500.000	8.401.800		11.340.400

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

686 81 511 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** **0** **0** **0**
 307.289

713 81 511 **Baumaßnahmen** **0** **0** **0**
 208.115

883 81 511 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände** **280.000** **299.500** **200.000**
 600.992

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

887 81 511 **Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände** **1.024.000** **800.000** **1.200.000**
 1.039.300

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

892 81 511 **Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** **7.156.000** **5.840.300** **5.319.500**
 4.640.973

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	19.074.200	0
davon fällig:		
2014 bis zu	11.039.400	
2015 bis zu	8.034.800	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 892 81

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	941.600	20.000.000			20.941.600
2014	30.300	15.000.000	11.039.400		26.069.700
2015	5.100	12.500.000	8.034.800		20.539.900
2016		25.000.000			25.000.000
2017 ff.					
Summen	977.000	72.500.000	19.074.200		92.551.200

Erläuterungen:

Anpassung an den Bedarf der lfd. Förderperiode 2007 bis 2013 (incl. n+2 Regelung) und den gültigen GAK- Rahmenplan.

893 81	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 **26.862.000** **19.602.000** **15.352.000**

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 84 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Das Programm zur Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (Förderperiode 2007 - 2013) sieht Maßnahmen für Berlin und Brandenburg vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht. Die Förderung läuft Ende 2013 aus.

537 84	532	Vergabe von Aufträgen an Dritte	0	0	0
			8.391		
683 84	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	700.000	700.000	700.000
			407.541		
887 84	532	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
			0		
892 84	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	800.000	800.000	800.000
			894.423		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 892 84

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.800.000	0
davon fällig:		
2014 bis zu	600.000	
2015 bis zu	1.200.000	0
2016 bis zu	0	0
2017 ff. bis zu	0	0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	88.300	1.200.000			1.288.300
2014		900.000	600.000		1.500.000
2015		700.000	1.200.000		1.900.000
2016		700.000			700.000
2017 ff.					
Summen	88.300	3.500.000	1.800.000		5.388.300

Nachrichtlich: Summe TGr. 84 **1.500.000** **1.500.000** **1.500.000**

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 85 und 346 85 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.
 Finanziert werden Förderprogramme der EU und des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

532 85	511	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen	0	0	0
			0		
547 85	521	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			15.827		
671 85	521	Rückzahlungen und Erstattungen an Berlin und den Bund	0	0	0
			85.453		
683 85	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			158.003		
892 85	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			124.967		

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 **0** **0** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist- Einnahmen bei den Titeln 282 86 und 341 86 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

537 86	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 134.571	0	0
883 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
887 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0	0
892 86	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0	0
893 86	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 86			0	0	0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist- Einnahmen bei den Titeln 282 87 und 341 87 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger der Maßnahme finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

537 87	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 50.754	0	0
883 87	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
887 87	511	Zuweisungen für Investitionen für Zweckverbände	0 0	0	0
892 87	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0	0
893 87	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0	0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 0 0 0

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 300.017.000 305.425.900 152.080.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.060.000	1.390.000	1.390.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	106.000.000	95.232.000	48.250.600
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	168.055.000	192.671.000	90.708.300
Gesamteinnahme		275.115.000	289.293.000	140.348.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	15.871.000	21.850.000	20.912.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	102.292.000	94.591.800	40.860.600
HGr. 7	Baumaßnahmen	53.745.000	41.912.000	14.635.200
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	128.109.000	147.072.100	75.673.100
Gesamtausgabe		300.017.000	305.425.900	152.080.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-24.902.000	-16.132.900	-11.732.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 62 verwendet werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 62 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden jährlich mit dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes vom Bund zur Verfügung gestellt.

119 62 neu	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen GAK	0
182 62 neu	521	Rückzahlung von Darlehen	0
231 62 neu	521	Zuweisungen des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe	0
331 62 neu	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen für die Gemeinschaftsaufgabe	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 **0**

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

*Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.
 Siehe Verstärkungsvermerk bei den Ausgaben der Titelgruppe 72.*

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Erstattungen für Ausgaben in der Titelgruppe 72.

119 72 neu	523	Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0
232 72 neu	523	Beteiligung anderer Bundesländer an gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0
272 72 neu	523	Zuschüsse der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **0**

TGr. 80 EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2014-2020

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 80 herangezogen werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 026 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2014 bis 2020.
 Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach den durch die EU festgelegten Interventionsätzen.
 Die Einnahmen sind Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 80.

119 80 521 **Rückzahlungen und Zinsen im Rahmen der Förderperiode** **0**
 neu **2014 bis 2020 (EU-Mittel)**

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 80 verwendet werden.

271 80 521 **Erstattungen der EU** **0**
 neu

346 80 521 **Erstattungen der EU für Investitionen** **0**
 neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **0**

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 81 verwendet werden.

119 81 521 **Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zin-** **0**
 neu **sen**

282 81 521 **Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz** **0**
 neu

Erläuterungen:

Diese Einnahmen können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 81 523 **Beiträge Dritter für Investitionen** **0**
 neu

Erläuterungen:

Diese Einnahmen können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 **0**

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischerei- und Meeresfonds (EMFF)

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen im Rahmen des EMFF. Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach dem durch die EU festgelegten Interventionsatz.

119 84 532 **Rückzahlung und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen** **0**
 neu

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 026 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

271 84 532 **Erstattungen der EU im Rahmen des EMFF** 0
 neu

346 84 532 **Erstattungen der EU für Investitionen im Rahmen des EMFF** 0
 neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 84 0

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 85 verwendet werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 85 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Berlin stellt dem Land Brandenburg die Mittel für die Durchführung der Programme zur Verfügung.

119 85 521 **Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen** 0
 neu

232 85 521 **Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes** 0
 neu

272 85 521 **Erstattungen der EU** 0
 neu

332 85 521 **Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes für Investitionsausgaben** 0
 neu

346 85 521 **Erstattungen der EU für Investitionsausgaben** 0
 neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

282 87 511 **Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz** 0 0
 neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 0 0

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Siehe Haushaltsvermerk bei den Einnahmen der Titelgruppe 62.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 234 62 und 331 62 geleistet werden.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 62 geleistet werden.
 Minderausgaben bei Kapitel 11 025 Titelgruppe 62 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 11 026 Titelgruppe 62 verwendet werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden jährlich mit dem Rahmenplan vom Bund zur Verfügung gestellt.

429 62 neu	521	Entgelte für Aushilfen	0
537 62 neu	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0
633 62 neu	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0
662 62 neu	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	0
671 62 neu	521	Erstattung von Rückzahlungen und Zinsen an den Bund	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 62 geleistet werden.</i>			
681 62 neu	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0
682 62 neu	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0
683 62 neu	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0
686 62 neu	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0
712 62 neu	521	Baumaßnahmen für die Waldbrandüberwachung	0
713 62 neu	521	Wasserbautechnische Maßnahmen	0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 026 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		
883 62 neu	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände			0
887 62 neu	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände			0
892 62 neu	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			0
893 62 neu	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige			0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62					0

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 72 zuzüglich des Landesanteils geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 72 geleistet werden.

Minderausgaben bei Kapitel 11 025 Titelgruppe 72 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 11 026 Titelgruppe 72 verwendet werden.

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die einnahmeseitig veranschlagten EU- Mittel kofinanziert.

Die EU beteiligt sich an den Ausgaben gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse". Außerdem beteiligen sich auch andere Bundesländer an den Maßnahmen nach dieser Verordnung.

671 72 neu	523	Erstattungen der EU an andere Bundesländer für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig			0
676 72 neu	523	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig			0
686 72 neu	523	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **0**

TGr. 80 EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2014-2020

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Die EU stellt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den Zeitraum 2014 bis 2020 Mittel zur Verfügung.

Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der Titelgruppe 85 gebucht.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 026 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		
429 80	521	Entgelte für Aushilfen			0
neu					
537 80	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben			0
neu					
547 80	521	Sächliche Verwaltungsausgaben			0
neu					
633 80	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände			0
neu					
662 80	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen			0
neu					
681 80	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen			0
neu					
682 80	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen			0
neu					
683 80	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			0
neu					
686 80	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland			0
neu					
713 80	521	Wasserbautechnische Maßnahmen			0
neu					
883 80	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände			0
neu					
887 80	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände			0
neu					
892 80	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			0
neu					
893 80	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige			0
neu					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80					0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 026 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren zur Kofinanzierung von ELER-, EMFF- und GAK-Mitteln geleistet werden.

Minderausgaben bei Kapitel 11 025 Titelgruppe 81 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 11 026 Titelgruppe 81 verwendet werden.

Erläuterungen:

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden Bundesmittel für Maßnahmen aus dem Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) kofinanziert, die bei der Titelgruppe 62 veranschlagt sind.

EU-Mittel

Die veranschlagten Mittel dienen der Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), die bei Titelgruppe 80 veranschlagt sind.

Außerdem werden mit diesen Mitteln weitere von der EU aufgelegte Initiativen und Programme kofinanziert.

429 81	511	Entgelte für Aushilfen			0
neu					
532 81	511	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen			0
neu					
537 81	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben		0	0
neu					
547 81	511	Sächliche Verwaltungsausgaben			0
neu					
633 81	511	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände			0
neu					
662 81	511	Zinsverbilligungen an private Unternehmen			0
neu					
681 81	511	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen			0
neu					
682 81	511	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen			0
neu					
683 81	511	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			0
neu					
686 81	511	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland			0
neu					

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 026 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		
713 81 neu	511	Baumaßnahmen			0
883 81 neu	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände			0
887 81 neu	511	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände			0
892 81 neu	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			0
893 81 neu	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 0 0

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischerei- und Meeresfonds (EMFF)

*Die Ausgaben sind übertragbar.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.*

Erläuterungen:

Das Programm zur Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (EMFF Förderperiode 2014-2020) sieht Maßnahmen für Berlin und Brandenburg vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der Titelgruppe 85 gebucht.

537 84 neu	532	Vergabe von Aufträgen an Dritte			0
683 84 neu	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			0
887 84 neu	532	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände			0
892 84 neu	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 84 0

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 85 und 346 85 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Minderausgaben bei Kapitel 11 025 Titelgruppe 85 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 11 026 Titelgruppe 85 verwendet werden.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 026 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Finanziert werden die Förderprogramme der EU und des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

532 85 neu	521	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen			0
547 85 neu	521	Sächliche Verwaltungsaufgaben			0
671 85 neu	521	Rückzahlungen und Erstattungen an Berlin und den Bund			0
683 85 neu	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			0
892 85 neu	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 **0**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **0** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0
Gesamteinnahme			0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben			0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			0
HGr. 7	Baumaßnahmen			0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			0
Gesamtausgabe			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

099 14	522	Umlagen der Milchwirtschaft zur Förderung der Güte der Milcherzeugung sowie der Absatzwerbung	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 683 15 und 892 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Umlage aufgrund § 22 Milch- und Fettgesetz vom 10.12.1952 (BGBl. I S. 811) zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO 1977) vom 14.12.1976 (BGBl. I S. 3341).

aus Titelgruppen:	1.060.000	1.060.000	1.060.000
--------------------------	------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 0:	1.060.000	1.060.000	1.060.000
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	500 1.223	500	500
--------	-----	-----------------------------	--------------	-----	-----

119 10	511	Sonstige Einnahmen	0 390	0	0
--------	-----	--------------------	----------	---	---

119 12	511	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen	50.000 9.466	50.000	50.000
--------	-----	---	-----------------	--------	--------

119 40	511	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen	102.200 710.523	102.200	102.200
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

162 10	511	Zinsen und Rückzahlungen aus Darlehen	102.200 0	102.200	102.200
--------	-----	---------------------------------------	--------------	---------	---------

aus Titelgruppen:	300.000	300.000	300.000
--------------------------	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	554.900	554.900	554.900
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10	511	Zuweisungen von der Stiftung für Begabtenförderung	0 8.436	0	0
--------	-----	--	------------	---	---

Einnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 685 18 verwendet werden.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10	523	Einnahmen aus der Weinbergflächenabgabe	1.200 1.304	1.200	1.200
--------	-----	---	----------------	-------	-------

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 382 10

Erläuterungen:

Gemäß § 43 (Nr.1) Weingesetz vom 08.07.1994

382 11	522	Einnahmen aus Absatzfondsbeiträgen	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 982 11 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 10 Abs.3 Nr. 6 Absatzfondsgesetz.

Summe HGr. 3:			1.200	1.200	1.200
---------------	--	--	--------------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

119 60	522	Rückzahlung von Zuschüssen	0 65.075	0	0
232 60	522	Zuschüsse des Bundes zur Existenzsicherung	0 0	0	0

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 683 60.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	0	0	0
--	----------	----------	----------

TGr. 81 Fischereiabgabe

099 81	532	Fischereiabgabe	800.000 982.850	800.000	800.000
---------------	-----	------------------------	--------------------	---------	---------

Siehe Vermerk bei TG 81.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Fischereiabgabe gemäß § 22 Fischereigesetz.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81	800.000	800.000	800.000
--	----------------	----------------	----------------

TGr. 82 Jagdabgabe

099 82	531	Jagdabgabe	260.000 518.850	260.000	260.000
---------------	-----	-------------------	--------------------	---------	---------

Siehe Vermerk bei TG 82.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Jagdabgabe gemäß § 23 Landesjagdgesetz.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 82	260.000	260.000	260.000
--	----------------	----------------	----------------

TGr. 83 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte

Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 83 zu.

119 83	511	Rückzahlungen, Erstattungen und Einzahlungen aus Beteiligungen an Messen und Ausstellungen	300.000 251.153	300.000	300.000
---------------	-----	---	--------------------	---------	---------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 83.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 83	300.000	300.000	300.000
--	----------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	1.360.000	1.360.000	1.360.000
---	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	511	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	202.500	182.300	182.300
			168.102		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	0	225.000
davon fällig:		
2014 bis zu	0	
2015 bis zu	0	75.000
2016 bis zu	0	75.000
2017 ff. bis zu	0	75.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		125.000			125.000
2014		125.000			125.000
2015				75.000	75.000
2016				75.000	75.000
2017 ff.				75.000	75.000
Summen		250.000		225.000	475.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Ausgaben von bis zu 125.000 € für den Geschäftsbesorgungsvertrag für die Verwendungsnachweisprüfung der Mehrländerinstitute (TGr.89). Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

537 10	511	Gutachten	0	0	0
			0		

546 20	523	Sofortmaßnahmen auf der Grundlage von EU-Entscheidungen		0	0
neu					

Erläuterungen:

Ausgaben für Sofortmaßnahmen bei Quarantäneschaderregern gem. Artikel 16 der RL 2000/29/EG wie dem Maiswurzelbohrer und vergleichbarer Regelungen.

aus Titelgruppen:	991.700	898.200	898.200
--------------------------	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	1.194.200	1.080.500	1.080.500
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	523	Zuschuss zum Betriebshaushalt der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)	2.125.800	2.125.800	2.125.800
			2.185.800		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 682 10

Erläuterungen:

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse"

Ausgaben:	Ist 2011 EUR	Soll 2012 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2014 EUR
1. Personalausgaben	3.286.900	3.160.000	3.160.000	3.160.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.984.100	1.816.600	1.900.000	1.900.000
3. Ausgaben für Investitionen	233.000	2.052.000	1.983.800	732.000
4. Zuführung (+)/Abfluss Rücklagen (-)	-442.000	-100.800	-134.200	-134.200
Zusammen:	5.062.000	6.927.800	6.909.600	5.657.800
Abzüglich Einnahmen:	2.936.200	4.802.000	4.783.800	3.532.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	2.125.800	2.125.800	2.125.800	2.125.800

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2011 EUR	Soll 2012 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2014 EUR
1. Betriebskostenzuschuss des Landes gemäß § 4 Stiftungsgesetz	0	0	0	0
1.1. aus Titel 682 10	2.125.800	2.125.800	2.125.800	2.125.800
1.2. aus Titel 894 10	0	0	0	0
Zusammen:	2.125.800	2.125.800	2.125.800	2.125.800

683 10	153	Ausbildungsförderung in der Landwirtschaft	245.000	245.000	245.000
			111.476		

Minderausgaben dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 685 18.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	200.000	200.000
davon fällig:		
2014 bis zu	200.000	
2015 bis zu		200.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		200.000			200.000
2014		200.000	200.000		400.000
2015		200.000		200.000	400.000
2016		200.000			200.000
2017 ff.					
Summen		800.000	200.000	200.000	1.200.000

Erläuterungen:

Gemäß Punkt 4 der Richtlinie zur Förderung des Programms zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem vom 29.09.2011.

EU-Mittel

Mittel bis zur Höhe von 245.000 € werden aus dem MASF, 07 030 TG 74 mit EU-Mitteln i.H.v. 980.000 € aus dem ESF kofinanziert.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		
683 12	523	Ehrenpreise, Prämien, Auszeichnungen	10.000 8.328	10.000	10.000
683 13	511	Zuschüsse zur besonderen Ernteermittlung	16.000 13.996	16.000	16.000
Erläuterungen:					
Entschädigungen und Auslagenersatz bei Durchführung der besonderen Ernteermittlung nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21.08.1978 (BGBl. I S. 1.509). Bemessungsgrundlage sind 700 - 800 Volldruschproben (Getreide u. Winterraps) und 100 Proberodungen bei Kartoffeln.					
683 14	511	Förderung der Verbesserung der Verhältnisse im ländlichen Raum (Beratung)	0 0	0	0
683 15	522	Zuschüsse zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse sowie der Öffentlichkeitsarbeit	0 1.605	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden. Die Ausgaben sind mit Titel 892 10 deckungsfähig.</i>					
Erläuterungen:					
Nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz kann die Landesregierung im Benehmen mit den berufsständischen Organisationen von Milcherfassungs- und Verarbeitungsstellen Umlagen erheben, um die Milchwirtschaft zu fördern. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Maßnahmen:					
<ul style="list-style-type: none"> - Förderung und Erhaltung der Güte der Milch und Milcherzeugnisse - Verbesserung der Hygiene bei der Gewinnung, der Anlieferung, der Be- und Verarbeitung und dem Absatz von Milch und Milcherzeugnissen - Milchleistungsprüfungen - Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende milchwirtschaftliche Fortbildung des Berufsnachwuchses - Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen 					
683 17	523	Zuschüsse für die Entwicklung innovativer Produktionstechnologien "Nachwachsende Rohstoffe"	0 0	0	0
683 18	523	Zuschüsse des Landes für Obst und Gemüse	0 0	0	0
683 20	523	Anteil des Landes an den Kosten der Tierkörperbeseitigung	700.000 295.489	1.110.000	1.110.000
Erläuterungen:					
Anteil des MIL gemäß Fünftem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz.					
685 18	153	Förderung der beruflichen Bildung	118.000 109.770	118.000	118.000

Mehrausgaben können in Höhe der Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden. Der Titel ist mit der TG 89 gegenseitig deckungsfähig und Einsparungen bei Titel 683 10 dienen der Deckung von Mehrausgaben.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 685 18

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	90.000	90.000
davon fällig:		
2014 bis zu	90.000	
2015 bis zu		90.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		90.000			90.000
2014		90.000	90.000		180.000
2015		90.000		90.000	180.000
2016		90.000			90.000
2017 ff.					
Summen		360.000	90.000	90.000	540.000

Erläuterungen:

Mittel sind zur Förderung von Einzelmaßnahmen zur Fachkräftesicherung und für Maßnahmen der Berufswerbung und -information bestimmt, die nicht aus der Bildungsrichtlinie und dem ESF gefördert werden können sowie zur Förderung von Netzwerken - Zusammenschlüsse von Ausbildungsbetrieben - zur Ausbildung von Fachkräften in den Grünen Berufen, mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität betrieblicher Ausbildung, soweit keine Förderung aus Richtlinien erfolgt.

686 10	511	Beiträge an Vereine und Organisationen	145.600	150.000	150.000
			124.912		

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des Landes Brandenburg an deutschen und internationalen Einrichtungen:

- Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e. V.
- Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V.
- Verband der Landwirtschaftskammern mit Sitz in Bonn
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V.
- Zentralstelle der Länder für EDV-gestützte Programme im Pflanzenschutz (ZEPP)
- Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstelle und Sachverständigen
- Julius-Kühn-Institut
- Versuchsstation Dethlingen
- Reiser Muttergarten Magdeburg
- Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI)
- Marktinformationsstelle Ost
- Internationale Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater e.V.

Mehr wegen Anstieg der Personalkosten.

686 11	511	Zuschüsse zur Förderung von Verbänden und Organisationen	481.200	481.200	481.200
			476.841		
686 13	511	Zuschüsse an den Landesverband Gartenbau für Bundesgartenschauen	0	65.000	0
			65.000		

Erläuterungen:

Zuschüsse für die Teilnahme brandenburgischer Gärtner an Bundesgartenschauen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

686 14	511	Zuschüsse für Landesgartenschauen	120.000 0	545.000	0
--------	-----	-----------------------------------	--------------	---------	---

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		480.000			480.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		480.000			480.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

aus Titelgruppen: 5.467.000 5.673.000 5.889.500

Summe HGr. 6: 9.428.600 10.539.000 10.145.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	522	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 683 15.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden.

892 17	522	Zuschüsse für Investitionen für Modellvorhaben "Nachwachsende Rohstoffe"	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

894 10	523	Investitionen für das Gestüt	0 200.000	0	0
--------	-----	------------------------------	--------------	---	---

aus Titelgruppen: 197.900 210.100 222.700

Summe HGr. 8: 197.900 210.100 222.700

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	523	Abführung an den Deutschen Weinfonds	1.200 1.304	1.200	1.200
--------	-----	--------------------------------------	----------------	-------	-------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

982 11	522	Abführung an den Absatzfonds	0 0	0	0
--------	-----	------------------------------	--------	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 382 11 geleistet werden.

Summe HGr. 9: 1.200 1.200 1.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

671 60	522	Rückzahlungen an den Bund	0	0	0
			0		
683 60	522	Zuschüsse zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen	0	0	0
			800.000		

*Ausgaben können in Höhe der Einnahmen bei Titel 232 60 und durch Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 232 60 geleistet werden.*

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 0 0 0

TGr. 81 Fischereiabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Einnahmen bei Titel 099 81 fließen den Ausgaben der TG zu.*

Erläuterungen:

Gemäß § 22 Fischereigesetz wird eine Fischereiabgabe erhoben, die zur Förderung des Fischereiwesens zu verwenden ist.

537 81	532	Aufträge zur Förderung des Fischereiwesens	0	0	0
			15.108		
686 81	532	Zuschüsse zur Förderung des Fischereiwesens	800.000	800.000	800.000
			1.065.629		
893 81	532	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung des Fischereiwesens	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 800.000 800.000 800.000

TGr. 82 Jagdabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Einnahmen bei Titel 099 82 fließen den Ausgaben der TG zu.*

Erläuterungen:

Gemäß § 23 Landesjagdgesetz wird eine Jagdabgabe erhoben, die zur Förderung des Jagdwesens zu verwenden ist.

537 82	531	Aufträge zur Förderung des Jagdwesens	25.000	25.000	25.000
			61.707		
681 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an natürliche Personen	25.000	25.000	25.000
			43.655		
685 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an öffentliche Einrichtungen	10.000	10.000	10.000
			1.799		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		
686 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an Stiftungen und Vereine	200.000 194.850	200.000	200.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			260.000	260.000	260.000

TGr. 83 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte, Absatzförderung

Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Einnahmen aus Titel 119 83 fließen den Ausgaben zu.
Die Ausgaben der TG 83 sind übertragbar.

541 83	511	Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung	935.200 1.090.310	841.700	841.700
--------	-----	---	----------------------	---------	---------

Die Einnahmen bei Titel 119 83 fließen den Ausgaben zu.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	680.000	680.000
davon fällig:		
2014 bis zu	680.000	
2015 bis zu		680.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		680.000			680.000
2014			680.000		680.000
2015				680.000	680.000
2016					
2017 ff.					
Summen		680.000	680.000	680.000	2.040.000

Erläuterungen:

Im Interesse der brandenburgischen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft beteiligt sich das Land an Messen, Ausstellungen, Kongressen und Wettbewerben mit eigenen Beiträgen u. a. für:

- Internationale Grüne Woche,
- Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung in Paaren,
- Internationale Messen.

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

683 83	511	Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen, Ausstellungen und Projekte der Absatzförderung an Dritte	300.000 257.492	300.000	300.000
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse an Verbände und Unternehmen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus zu deren Beteiligung an Messen, Wettbewerben, Ausstellungen und für Projekte zur Absatzförderung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 83 **1.235.200** **1.141.700** **1.141.700**

TGr. 89 Zuschüsse für die Finanzierung von Forschungseinrichtungen, an der sich andere Länder beteiligen sowie Zuschüsse für Investitionen und Projektförderung zur Entwicklung neuer Technologien und zur Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe 89 sind gegenseitig deckungsfähig mit der Hauptgruppe 6 des Epl. 11.

Erläuterungen:

Den Einrichtungen wird gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von bis zu 20 v.H. des Zuwendungsbetrages zu nutzen.

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b GG vom 28.11.1975 und auf Empfehlung des Wissenschaftsrates zur außeruniversitären Agrarforschung im Land Brandenburg beteiligt sich das Land an der Finanzierung.

Die Finanzierung der nachfolgend genannten Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom September 1991 und der sich darauf beziehenden Kabinettsbeschlüsse 476/91, 887/92 sowie von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Die Finanzierung erfolgt durch Zuschüsse für die Betriebshaushalte (686 89), durch die Förderung der Forschungsprogramme (687 89) und durch Investitionsförderung (893 89).

Veranschlagt sind Mittel für folgende Einrichtungen der anwendungsorientierten Agrarforschung Brandenburgs:

- Forschungsanstalt für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V.
- Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V.
- Institut für Binnenfischerei Potsdam-Sacrow e.V.
- Milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Oranienburg e.V.
- Lehranstalt für Gartenbau und Floristik e.V.
- Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e.V.
- Institut für Getreideverarbeitung GmbH Bergholz-Rehbrücke (nur Projektförderung aus 687 89)
- Lehr- und Versuchsanstalt für Tierzucht und Tierhaltung Ruhlsdorf/Groß Kreuzt e.V. (nur Projektförderung aus 687 89)

537 89 165 **Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung** **31.500** **31.500** **31.500**
 31.500

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Technikfolgen- sowie Rechtsfolgenabschätzung, zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes sowie zur Bewertung bestimmter spezifischer Fragestellungen der Landwirtschaft (z.B. Wechselwirkungen mit der Umwelt).

686 89 165 **Zuschüsse für den Betriebshaushalt** **2.221.000** **2.332.000** **2.448.000**
 2.115.994

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	177.100				177.100
2014	100.000				100.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	277.100				277.100

Erläuterungen:

Infrastrukturkosten (ISK)

Die obengenannten Einrichtungen erhalten Zuschüsse für die Betriebshaushalte (Infrastrukturkosten). Grundstücke des allgemeinen Grundvermögens dürfen im Wege der Bestellung eines Erbbaurechtes an gemeinnützige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen unentgeltlich zur Nutzung und Belegung überlassen werden.

Aus dem Titel dürfen Entgelte für bis zu 16 Auszubildene und Aufwendungen für universitäre Lehrverpflichtungen finanziert werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

687 89 165 **Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen** **1.911.000** **2.006.000** **2.106.500**
1.883.185

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.034.500	
davon fällig:		
2014 bis zu	585.200	
2015 bis zu	449.300	
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		124.000			124.000
2014		62.000	585.200		647.200
2015		62.000	449.300		511.300
2016					
2017 ff.					
Summen		248.000	1.034.500		1.282.500

Erläuterungen:

Die Forschungsprogramme der obengenannten Einrichtungen werden durch die Förderung von Forschungsprojekten unterstützt.

Die Forschungsprojekte sind in den Einrichtungen von den wissenschaftlichen Beiräten bzw. Fachbeiräten sowie den Mitgliederversammlungen im Rahmen der mittelfristigen Programmplanungen zu beschließen.

Unter anderen ist das erhebliche Landesinteresse an den Forschungsprojekten durch die vorgenannten Gremien jeweils zu begründen und im Rahmen der Antragsprüfung festzustellen.

893 89 165 **Zuschüsse für Investitionen** **197.900** **210.100** **222.700**
186.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		102.100			102.100
2014		102.100			102.100
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		204.200			204.200

Erläuterungen:

Investitionsvorhaben der obengenannten Einrichtungen können gefördert werden.

Die Mittel dienen der Bauunterhaltung bzw. kleinen Baumaßnahmen unter 1 Mio. EUR sowie der Beschaffung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen für die Forschung über einem Beschaffungswert von 5.000 EUR.

Nachrichtlich: Summe TGr. 89 **4.361.400** **4.579.600** **4.808.700**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **6.656.600** **6.781.300** **7.010.400**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1.060.000	1.060.000	1.060.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	554.900	554.900	554.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.200	1.200	1.200
Gesamteinnahme		1.616.100	1.616.100	1.616.100

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.194.200	1.080.500	1.080.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.428.600	10.539.000	10.145.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	197.900	210.100	222.700
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.200	1.200	1.200
Gesamtausgabe		10.821.900	11.830.800	11.449.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.205.800	-10.214.700	-9.833.800

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	423	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			4.448		
119 15	423	Rückflüsse aus Zuwendungen	250.000	130.000	70.000
			349.206		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 10.

Erläuterungen:

Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen des 2004 eingestellten Landesprogramms und aus der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen u.a. des Hauptstadtvertrages werden vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

173 25	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	0	0	0
			50.847		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	0	0	0
			40.677		

Summe HGr. 1:	250.000	130.000	70.000
---------------	----------------	----------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

272 10	422	Zuschüsse von der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B)	98.700	25.000	0
			84.449		

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 21 herangezogen werden.

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 537 21 zu.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 537 21. Die Ausgaben zur Finanzierung des INTERREG IV B - Projektes "URBAN Energy" werden von der EU zu 75 v.H. erstattet. Im Zeitraum 2009 bis 2012 werden Einnahmen i.H.v. insgesamt 240.000 € erwartet.

Weniger wegen Auslaufen des Programms.

Summe HGr. 2:	98.700	25.000	0
---------------	---------------	---------------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 17	423	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 17 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	
331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	12.110.000 13.226.000	11.561.000	11.090.900
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 20 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20. Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 27	423	Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt	2.720.000 3.261.000	2.006.000	1.542.200
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 27 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 30	423	Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	7.385.000 10.085.000	4.773.000	3.737.800
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 30 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 40	423	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus	17.421.500 18.488.000	16.364.000	15.164.200
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 40 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 40. Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 45	423	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Innenentwicklung	2.436.000 1.524.000	2.681.000	3.191.500
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 45 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45. Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 50	423	Zuweisungen des Bundes zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	3.163.000 5.142.000	1.663.000	0
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 50 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 50. Weniger wegen Auslaufen des Programms.					
331 55	423	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden	671.000 275.000	1.245.000	1.703.700
<i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 55 verwendet werden.</i>					

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 55

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 55.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 3:	45.906.500	40.293.000	36.430.300
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	423	Ausgaben für Gutachten	72.000	64.800	64.800
			76.583		

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Gutachten zur Vorbereitung der EU-Strukturfondsperiode ab 2014, zu Fragen der Stadtentwicklung, Stadtumbau und Städtebauförderung vor dem Hintergrund sozialer und demographischer Anforderungen sowie zur Klärung von Einzelaspekten im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts.

537 21	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - EU-Mittel	7.500	0	0
			75.607		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 10 geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel
Veranschlagt sind die EU-Mittel für die Ausgaben zur Mitfinanzierung des Projektes "URBAN Energy" im Rahmen von INTERREG IV B. Ziel des Projektes ist die Organisation eines Informationsaustausches zur nachhaltigen, energetischen Sanierung von Wohngebieten und Stadtquartieren in Mitteleuropa.

Die EU beteiligt sich an den Gesamtausgaben mit einem Anteil von 75 v.H. Der Ansatz ergibt sich aus den im Jahr 2008 eingegangenen Verpflichtungen.

Das Projekt wird voraussichtlich in 2012 abgeschlossen.

537 22	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - Landesmittel	2.500	0	0
			25.202		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Titel 537 21. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titel 537 21 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

541 10	423	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	99.000	89.100	89.100
			128.955		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		70.000			70.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		70.000			70.000

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen zur Stadtentwicklung und zum Dialog Stadtumbau, zu bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Fragen, zu Fragen von Energieeinsparung und Klimaschutz im Städtebau sowie zur Durchführung des Innenstadtwettbewerbs.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

546 10	423	Sonstiges	0 0	0	0
--------	-----	------------------	--------	---	---

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

546 20	423	Stadt- und Baukultur	45.000 40.626	40.500	40.500
--------	-----	-----------------------------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Baukultur dient u.a. der Stärkung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik. Veranschlagt sind die Ausgaben für Ausstellungen, Wettbewerbe, Fachforen und Projekte in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur mit Bezug auf Städtebau und Architektur, Wohnen, ländliche Entwicklung und Infrastruktur.

547 10	423	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Umsetzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der nachhaltigen Stadtentwicklung	13.200 16.637	15.300	5.700
--------	-----	---	------------------	--------	-------

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der Zuwendungen aus dem ESF im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der anschließenden Betreuung der Wettbewerbssieger.

Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Kapitel 07 030 Titel 547 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Die Bedarfsanmeldung erfolgt entsprechend der Programmplanung.

Summe HGr. 5:			239.200	209.700	200.100
---------------	--	--	---------	---------	---------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	423	Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund	0 50.847	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 173 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezahlten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00	423	Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU	8.500 7.739	8.500	8.500
--------	-----	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl errechnet.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(633 00)	423	Förderung der Kulturlandkampagne Brandenburg	0 100.000		
----------	-----	---	--------------	--	--

Summe HGr. 6:			8.500	8.500	8.500
---------------	--	--	-------	-------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 17	423	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 17 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, welche Projekte vom Bund gefördert werden.

883 20	195	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	12.110.000 13.226.000	11.561.000	11.090.900
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei den Titeln 883 27, 883 30, 883 40, 883 45, 883 50 und 883 55.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	11.737.800	11.737.800
davon fällig:		
2014 bis zu	2.782.500	
2015 bis zu	3.351.600	2.782.500
2016 bis zu	2.793.000	3.351.600
2017 ff. bis zu	2.810.700	5.603.700

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	8.390.000	2.827.000			11.217.000
2014	4.461.000	3.547.000	2.782.500		10.790.500
2015	1.577.000	3.070.000	3.351.600	2.782.500	10.781.100
2016		1.833.000	2.793.000	3.351.600	7.977.600
2017 ff.			2.810.700	5.603.700	8.414.400
Summen	14.428.000	11.277.000	11.737.800	11.737.800	49.180.600

Erläuterungen:

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Danach beträgt der Bundes- und Landesanteil jeweils 40 % und der Kommunalanteil 20%. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 20

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	24.526.000	25.223.800
Hiervon veranschlagt	11.040.000	10.435.500
vorbehalten bleiben	13.486.000	14.788.300
davon für		
Hj. 2014	7.653.000	
Hj. 2015	4.237.000	7.853.600
Hj. 2016	1.596.000	4.389.000
Hj. 2017 ff	0	2.810.700
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	12.258.800	12.393.200
Hiervon veranschlagt	521.000	655.400
Vorbehalten bleiben	11.737.800	11.737.800
Veranschlagt zusammen	11.561.000	11.090.900
vorbehalten bleiben	25.223.800	26.526.100
Nachrichtlich:		EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen		0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE		25.845.000
davon fällig		
Hj. 2012		11.417.000
Hj. 2013		8.390.000
Hj. 2014		4.461.000
Hj. 2015 ff		1.577.000
883 21 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	12.110.000	11.561.000
	10.914.840	11.090.900

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei Titel 883 28, 883 31, 883 41, 883 46, 883 51 und 883 56.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	11.737.800	11.737.800
davon fällig:		
2014 bis zu	2.782.500	
2015 bis zu	3.351.600	2.782.500
2016 bis zu	2.793.000	3.351.600
2017 ff. bis zu	2.810.700	5.603.700

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 21

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	8.390.000	2.827.000			11.217.000
2014	4.461.000	3.547.000	2.782.500		10.790.500
2015	1.577.000	3.070.000	3.351.600	2.782.500	10.781.100
2016		1.833.000	2.793.000	3.351.600	7.977.600
2017 ff.			2.810.700	5.603.700	8.414.400
Summen	14.428.000	11.277.000	11.737.800	11.737.800	49.180.600

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 20 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	24.526.000	25.223.800
Hiervon veranschlagt	11.040.000	10.435.500
vorbehalten bleiben	13.486.000	14.788.300
davon für		
Hj. 2014	7.653.000	
Hj. 2015	4.237.000	7.853.600
Hj. 2016	1.596.000	4.389.000
Hj. 2017 ff	0	2.810.700
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	12.258.800	12.393.200
Hiervon veranschlagt	521.000	655.400
Vorbehalten bleiben	11.737.800	11.737.800
Veranschlagt zusammen	11.561.000	11.090.900
vorbehalten bleiben	25.223.800	26.526.100

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	25.845.000
davon fällig	
Hj. 2012	11.417.000
Hj. 2013	8.390.000
Hj. 2014	4.461.000
Hj. 2015 ff	1.577.000

883 27	423	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)	2.720.000	2.006.000	1.542.200
			3.261.000		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 27

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.293.600	1.293.600
davon fällig:		
2014 bis zu	339.100	
2015 bis zu	409.500	339.100
2016 bis zu	340.200	409.500
2017 ff. bis zu	204.800	545.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.619.000	788.000			2.407.000
2014	713.000	970.000	339.100		2.022.100
2015	141.000	800.000	409.500	339.100	1.689.600
2016		478.000	340.200	409.500	1.227.700
2017 ff.			204.800	545.000	749.800
Summen	2.473.000	3.036.000	1.293.600	1.293.600	8.096.200

Erläuterungen:

Der Bund stellt seit dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf "Die Soziale Stadt" - bereit. Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Die Ausgaben dürfen anteilig auch für konsumtive Zwecke im Rahmen von Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt nach Maßgabe der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung eingesetzt werden.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013 EUR	2014 EUR
Vorbehalten	3.705.000	3.056.600
Hiervon veranschlagt	1.942.000	1.442.100
vorbehalten bleiben	1.763.000	1.614.500
davon für		
Hj. 2014	1.103.000	
Hj. 2015	465.000	874.500
Hj. 2016	195.000	535.200
Hj. 2017 ff	0	211.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.357.600	1.425.900
Hiervon veranschlagt	64.000	100.100
Vorbehalten bleiben	1.293.600	1.325.800
Veranschlagt zusammen	2.006.000	1.542.200
vorbehalten bleiben	3.056.600	2.940.300

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 27

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	5.023.000
davon fällig	
Hj. 2012	2.550.000
Hj. 2013	1.619.000
Hj. 2014	713.000
Hj. 2015 ff	141.000

883 28	423	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)	2.720.000	2.006.000	1.542.200
			3.261.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.
Siehe Zweckbindungsvermerk bei Titel 883 27.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.293.600	1.293.600
davon fällig:		
2014 bis zu	339.100	
2015 bis zu	409.500	339.100
2016 bis zu	340.200	409.500
2017 ff. bis zu	204.800	545.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.619.000	788.000			2.407.000
2014	713.000	970.000	339.100		2.022.100
2015	141.000	800.000	409.500	339.100	1.689.600
2016		478.000	340.200	409.500	1.227.700
2017 ff.			204.800	545.000	749.800
Summen	2.473.000	3.036.000	1.293.600	1.293.600	8.096.200

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 27 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 28

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	3.705.000	3.056.600
Hiervon veranschlagt	1.942.000	1.442.100
vorbehalten bleiben	1.763.000	1.614.500
davon für		
Hj. 2014	1.103.000	
Hj. 2015	465.000	874.500
Hj. 2016	195.000	535.200
Hj. 2017 ff	0	211.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.357.600	1.425.900
Hiervon veranschlagt	64.000	100.100
Vorbehalten bleiben	1.293.600	1.325.800
Veranschlagt zusammen	2.006.000	1.542.200
vorbehalten bleiben	3.056.600	2.940.300

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	5.023.000
davon fällig	
Hj. 2012	2.550.000
Hj. 2013	1.619.000
Hj. 2014	713.000
Hj. 2015 ff	141.000

883 30	423	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	7.385.000	4.773.000	3.737.800
			10.085.000		

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 30 geleistet werden.
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	2.716.400	2.716.400
davon fällig:		
2014 bis zu	713.000	
2015 bis zu	858.900	713.000
2016 bis zu	715.100	858.900
2017 ff. bis zu	429.400	1.144.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 30

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	3.960.000	1.135.000			5.095.000
2014	1.998.000	1.398.000	713.000		4.109.000
2015	762.000	1.151.000	858.900	713.000	3.484.900
2016		688.000	715.100	858.900	2.262.000
2017 ff.			429.400	1.144.500	1.573.900
Summen	6.720.000	4.372.000	2.716.400	2.716.400	16.524.800

Erläuterungen:

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Der Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung der Innenstadtentwicklung einschließlich des Wohnens in den Innenstädten durch bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte in Sanierungsgebieten nach § 136 BauGB. Insbesondere wird die Instandsetzung und Modernisierung von städtebaulich relevanten Gebäuden und von Einrichtungen der Infrastruktur sowie die Neugestaltung des öffentlichen Raumes gefördert (Straßen, Wege, Plätze, Spielplätze, Grün- und Freizeitanlagen sowie die Kosten von vorbereitenden Untersuchungen, Planungen und von Sanierungsträgern).

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	9.307.000	7.384.400
Hiervon veranschlagt	4.639.000	3.529.000
vorbehalten bleiben	4.668.000	3.855.400
davon für		
Hj. 2014	2.816.000	
Hj. 2015	1.443.000	2.301.900
Hj. 2016	409.000	1.124.100
Hj. 2017 ff	0	429.400
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	2.850.400	2.925.200
Hiervon veranschlagt	134.000	208.800
Vorbehalten bleiben	2.716.400	2.716.400
Veranschlagt zusammen	4.773.000	3.737.800
vorbehalten bleiben	7.384.400	6.571.800

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 30

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	13.780.000
davon fällig	
Hj. 2012	7.060.000
Hj. 2013	3.960.000
Hj. 2014	1.998.000
Hj. 2015 ff	762.000

883 31	423	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	7.385.000	4.773.000	3.737.800
			10.085.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	2.716.400	2.716.400
davon fällig:		
2014 bis zu	713.000	
2015 bis zu	858.900	713.000
2016 bis zu	715.100	858.900
2017 ff. bis zu	429.400	1.144.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	3.960.000	1.135.000			5.095.000
2014	1.998.000	1.398.000	713.000		4.109.000
2015	762.000	1.151.000	858.900	713.000	3.484.900
2016		688.000	715.100	858.900	2.262.000
2017 ff.			429.400	1.144.500	1.573.900
Summen	6.720.000	4.372.000	2.716.400	2.716.400	16.524.800

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 30 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 31

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	9.307.000	7.384.400
Hiervon veranschlagt	4.639.000	3.529.000
vorbehalten bleiben	4.668.000	3.855.400
davon für		
Hj. 2014	2.816.000	
Hj. 2015	1.443.000	2.301.900
Hj. 2016	409.000	1.124.100
Hj. 2017 ff	0	429.400
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	2.850.400	2.925.200
Hiervon veranschlagt	134.000	208.800
Vorbehalten bleiben	2.716.400	2.716.400
Veranschlagt zusammen	4.773.000	3.737.800
vorbehalten bleiben	7.384.400	6.571.800

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE

13.780.000

davon fällig

Hj. 2012

7.060.000

Hj. 2013

3.960.000

Hj. 2014

1.998.000

Hj. 2015 ff

762.000

883 40	423	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	17.421.500	16.364.000	15.164.200
			18.488.000		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 40 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
Betrag:	14.352.600	14.352.600
davon fällig:		
2014 bis zu	3.766.400	
2015 bis zu	4.537.100	3.766.400
2016 bis zu	3.781.100	4.537.100
2017 ff. bis zu	2.268.000	6.049.100

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 40

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	12.071.000	4.114.000			16.185.000
2014	6.133.000	5.067.000	3.766.400		14.966.400
2015	2.183.000	4.174.000	4.537.100	3.766.400	14.660.500
2016		2.494.000	3.781.100	4.537.100	10.812.200
2017 ff.			2.268.000	6.049.100	8.317.100
Summen	20.387.000	15.849.000	14.352.600	14.352.600	64.941.200

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung seit dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtbau zur Verfügung.

Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weiteren investiven Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtbau stehen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachgefallenen Flächen. Die Bewilligung erfolgt als Projektförderung auf der Grundlage der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	34.056.000	32.750.500
Hiervon veranschlagt	15.658.000	14.220.400
vorbehalten bleiben	18.398.000	18.530.100
davon für		
Hj. 2014	10.454.000	
Hj. 2015	5.784.000	10.321.100
Hj. 2016	2.160.000	5.941.100
Hj. 2017 ff	0	2.267.900
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuwendungen	15.058.600	15.296.400
Hiervon veranschlagt	706.000	943.800
Vorbehalten bleiben	14.352.600	14.352.600
Veranschlagt zusammen	16.364.000	15.164.200
vorbehalten bleiben	32.750.600	32.882.700

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von
Ausgabermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE
davon fällig

37.048.000

0

Hj. 2012

16.661.000

Hj. 2013

12.071.000

Hj. 2014

6.133.000

Hj. 2015 ff

2.183.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

883 41	423	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	17.421.500 18.488.000	16.364.000	15.164.200
---------------	------------	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Siehe Deckungsvermerke bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	14.352.600	14.352.600
davon fällig:		
2014 bis zu	3.766.400	
2015 bis zu	4.537.100	3.766.400
2016 bis zu	3.781.100	4.537.100
2017 ff. bis zu	2.268.000	6.049.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	12.071.000	4.114.000			16.185.000
2014	6.133.000	5.067.000	3.766.400		14.966.400
2015	2.183.000	4.174.000	4.537.100	3.766.400	14.660.500
2016		2.494.000	3.781.100	4.537.100	10.812.200
2017 ff.			2.268.000	6.049.100	8.317.100
Summen	20.387.000	15.849.000	14.352.600	14.352.600	64.941.200

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei 883 40. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 40 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Weniger wegen zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2013 EUR	2014 EUR
Vorbehalten	34.056.000	32.750.500
Hiervon veranschlagt	15.658.000	14.220.400
vorbehalten bleiben	18.398.000	18.530.100
davon für		
Hj. 2014	10.454.000	
Hj. 2015	5.784.000	10.321.100
Hj. 2016	2.160.000	5.941.100
Hj. 2017 ff	0	2.267.900
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	15.058.600	15.296.400
Hiervon veranschlagt	706.000	943.800
Vorbehalten bleiben	14.352.600	14.352.600
Veranschlagt zusammen	16.364.000	15.164.200
vorbehalten bleiben	32.750.600	32.882.700

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 41

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	37.048.000
davon fällig	0
Hj. 2012	16.661.000
Hj. 2013	12.071.000
Hj. 2014	6.133.000
Hj. 2015 ff	2.183.000

883 45	423	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	2.436.000	2.681.000	3.191.500
			1.524.000		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 45 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	3.345.300	3.345.300
davon fällig:		
2014 bis zu	877.800	
2015 bis zu	1.057.400	877.800
2016 bis zu	880.900	1.057.400
2017 ff. bis zu	529.200	1.410.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.681.000	780.000			2.461.000
2014	1.090.000	961.000	877.800		2.928.800
2015	394.000	792.000	1.057.400	877.800	3.121.200
2016		473.000	880.900	1.057.400	2.411.300
2017 ff.			529.200	1.410.100	1.939.300
Summen	3.165.000	3.006.000	3.345.300	3.345.300	12.861.600

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 883 45

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	6.351.000	7.179.300
Hiervon veranschlagt	2.517.000	2.974.800
vorbehalten bleiben	3.834.000	4.204.500
davon für		
Hj. 2014	2.097.000	
Hj. 2015	1.233.000	2.290.400
Hj. 2016	504.000	1.384.900
Hj. 2017 ff	0	529.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	3.509.300	3.562.000
Hiervon veranschlagt	164.000	216.700
Vorbehalten bleiben	3.345.300	3.345.300
Veranschlagt zusammen	2.681.000	3.191.500
vorbehalten bleiben	7.179.300	7.549.800

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen 0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE 5.268.000
 davon fällig

Hj. 2012	2.103.000
Hj. 2013	1.681.000
Hj. 2014	1.090.000
Hj. 2015 ff	394.000

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund seit dem Programmjahr 2008 Finanzhilfen zur Förderung der Innenentwicklung über das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 v.H..

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung investiver Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

883 46	423	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)	2.436.000	2.681.000	3.191.500
			1.524.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
Betrag:	3.345.300	3.345.300
davon fällig:		
2014 bis zu	877.800	
2015 bis zu	1.057.400	877.800
2016 bis zu	880.900	1.057.400
2017 ff. bis zu	529.200	1.410.100

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 46

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.681.000	780.000			2.461.000
2014	1.090.000	961.000	877.800		2.928.800
2015	394.000	792.000	1.057.400	877.800	3.121.200
2016		473.000	880.900	1.057.400	2.411.300
2017 ff.			529.200	1.410.100	1.939.300
Summen	3.165.000	3.006.000	3.345.300	3.345.300	12.861.600

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013 EUR	2014 EUR
Vorbehalten	6.351.000	7.179.300
Hiervon veranschlagt	2.517.000	2.974.800
vorbehalten bleiben	3.834.000	4.204.500
davon für		
Hj. 2014	2.097.000	
Hj. 2015	1.233.000	2.290.400
Hj. 2016	504.000	1.384.900
Hj. 2017 ff	0	529.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	3.509.300	3.562.000
Hiervon veranschlagt	164.000	216.700
Vorbehalten bleiben	3.345.300	3.345.300
Veranschlagt zusammen	2.681.000	3.191.500
vorbehalten bleiben	7.179.300	7.549.800

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	5.268.000
davon fällig	
Hj. 2012	2.103.000
Hj. 2013	1.681.000
Hj. 2014	1.090.000
Hj. 2015 ff	394.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 45 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

883 50	423	Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Bundesanteil)	3.163.000	1.663.000	0
			5.142.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 50 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 50

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.663.000				1.663.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	1.663.000				1.663.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	1.663.000	0
Hiervon veranschlagt	1.663.000	0
vorbehalten bleiben	0	0
davon für		
Hj. 2014	0	0
Hj. 2015	0	0
Hj. 2016	0	0
Hj. 2017 ff	0	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	0	0
Hiervon veranschlagt	0	0
Vorbehalten bleiben	0	0
Veranschlagt zusammen	1.663.000	0
vorbehalten bleiben	0	0

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE

4.826.000

davon fällig

Hj. 2012

3.163.000

Hj. 2013

1.663.000

Hj. 2014

0

Hj. 2015 ff

0

Der Bund stellt im Rahmen des Investitionspakts zwischen Bund, Ländern und Gemeinden jährlich Mittel zur energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Kommunen mit angespannter Haushaltslage und in den Fördergebieten der Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung zur Verfügung. Die Finanzhilfen werden über jährliche Verwaltungsvereinbarungen mit einem Verfügungsrahmen über 5 Jahre gewährt und durch das Land als Projektförderung ausgereicht. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln. Das Programm wird nicht neu aufgelegt. Die für 2013 veranschlagten Mittel dienen zur Ausfinanzierung der bestehenden Rechtsverpflichtungen.

883 51	423	Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Landesanteil)	3.163.000	1.663.000	0
			5.142.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 51

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.663.000				1.663.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	1.663.000				1.663.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013	2014
	EUR	EUR
Vorbehalten	1.663.000	0
Hiervon veranschlagt	1.663.000	0
vorbehalten bleiben	0	0
davon für		
Hj. 2014	0	0
Hj. 2015	0	0
Hj. 2016	0	0
Hj. 2017 ff	0	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	0	0
Hiervon veranschlagt	0	0
Vorbehalten bleiben	0	0
Veranschlagt zusammen	1.663.000	0
vorbehalten bleiben	0	0

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von
Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE

4.826.000

davon fällig

Hj. 2012

3.163.000

Hj. 2013

1.663.000

Hj. 2014

0

Hj. 2015 ff

0

Siehe Erläuterung bei Titel 883 50. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 50 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger aufgrund zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln. Das Programm wird bis 2013 ausfinanziert.

883 55	423	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)	671.000	1.245.000	1.703.700
			275.000		

Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 55 geleistet werden.

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 883 55

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.927.800	1.927.800
davon fällig:		
2014 bis zu	506.100	
2015 bis zu	609.000	506.100
2016 bis zu	508.200	609.000
2017 ff. bis zu	304.500	812.700

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	668.000	199.000			867.000
2014	509.000	246.000	506.100		1.261.100
2015	232.000	203.000	609.000	506.100	1.550.100
2016		121.000	508.200	609.000	1.238.200
2017 ff.			304.500	812.700	1.117.200
Summen	1.409.000	769.000	1.927.800	1.927.800	6.033.600

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2013 EUR	2014 EUR
Vorbehalten	3.245.000	4.022.800
Hiervon veranschlagt	1.150.000	1.595.100
vorbehalten bleiben	2.095.000	2.427.700
davon für		
Hj. 2014	1.089.000	
Hj. 2015	716.000	1.325.000
Hj. 2016	290.000	798.200
Hj. 2017 ff	0	304.500
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	2.022.800	2.036.400
Hiervon veranschlagt	95.000	108.600
Vorbehalten bleiben	1.927.800	1.927.800
Veranschlagt zusammen	1.245.000	1.703.700
vorbehalten bleiben	4.022.800	4.355.500

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE

2.041.000

davon fällig

Hj. 2012	632.000
Hj. 2013	668.000
Hj. 2014	509.000
Hj. 2015 ff	232.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 55

Der Bund gewährt im Rahmen der jährlichen Verwaltungsvereinbarung seit dem Programmjahr 2010 Finanzhilfen zur Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich jeweils auf 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt jeweils 33 1/3 v.H.

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung kleinerer Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Ansatz ergibt sich aus den eingegangenen Verpflichtungen und der Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2013 und 2014.

Mehr aufgrund höherer Einnahmen vom Bund.

883 56	423	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)	671.000	1.245.000	1.703.700
			275.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.927.800	1.927.800
davon fällig:		
2014 bis zu	506.100	
2015 bis zu	609.000	506.100
2016 bis zu	508.200	609.000
2017 ff. bis zu	304.500	812.700

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	668.000	199.000			867.000
2014	509.000	246.000	506.100		1.261.100
2015	232.000	203.000	609.000	506.100	1.550.100
2016		121.000	508.200	609.000	1.238.200
2017 ff.			304.500	812.700	1.117.200
Summen	1.409.000	769.000	1.927.800	1.927.800	6.033.600

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2013 EUR	2014 EUR
Vorbehalten	3.245.000	4.022.800
Hiervon veranschlagt	1.150.000	1.595.100
vorbehalten bleiben	2.095.000	2.427.700
davon für		
Hj. 2014	1.089.000	
Hj. 2015	716.000	1.325.000
Hj. 2016	290.000	798.200
Hj. 2017 ff	0	304.500
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	2.022.800	2.036.400
Hiervon veranschlagt	95.000	108.600
Vorbehalten bleiben	1.927.800	1.927.800
Veranschlagt zusammen	1.245.000	1.703.700
vorbehalten bleiben	4.022.800	4.355.500

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 883 56

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2011 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.11 zu Lasten von VE	2.041.000
davon fällig	
Hj. 2012	632.000
Hj. 2013	668.000
Hj. 2014	509.000
Hj. 2015 ff	232.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 55. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 55 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr aufgrund höherer Einnahmen vom Bund.

892 10	423	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus	162.700	170.000	170.000
			162.649		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	162.700				162.700
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	162.700				162.700

Erläuterungen:

Das MIL lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Beruflichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MIL greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

Summe HGr. 8:	91.975.700	80.756.000	73.030.600
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	250.000	130.000	70.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	98.700	25.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	45.906.500	40.293.000	36.430.300
Gesamteinnahme		46.255.200	40.448.000	36.500.300

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	239.200	209.700	200.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.500	8.500	8.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	91.975.700	80.756.000	73.030.600
Gesamtausgabe		92.223.400	80.974.200	73.239.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-45.968.200	-40.526.200	-36.738.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	419	Gebühren, sonstige Entgelte	3.900 2.238	3.500	3.500
--------	-----	-----------------------------	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

119 10	419	Sonstige Einnahmen	0 0	0	0
--------	-----	--------------------	--------	---	---

Erläuterungen:

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

119 15	419	Rückflüsse aus Zuwendungen	0 636	0	0
--------	-----	----------------------------	----------	---	---

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

182 10	411	Darlehensrückflüsse aus der Wohnraumförderung	1.850.000 613.750	2.600.000	3.500.000
--------	-----	---	----------------------	-----------	-----------

Siehe Verstärkungsvermerke bei Titel 892 10 und 893 11.

Erläuterungen:

Die Rückflüsse aus ab 2007 ausgereichten Darlehen aus Kompensationsleistungen auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes werden vereinnahmt und wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt. Die Kompensationsmittel des Bundes sind zweckgebunden.

siehe Erläuterung zu Titel 892 10, 893 11 und 893 13

Mehr aufgrund höherer Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 1:	1.853.900	2.603.500	3.503.500
---------------	-----------	-----------	-----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	25.910.000 27.104.001	23.910.000	23.910.000
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

Siehe Vermerk bei Titel 681 00.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 2:	25.910.000	23.910.000	23.910.000
---------------	------------	------------	------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	411	Zuweisungen des Bundes zur Wohnraumförderung	28.545.400 27.904.000	29.061.000	29.368.600
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 10

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 11 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Die Zuweisungen dienen der Finanzierung neuer Fördermaßnahmen im Wege der Projektförderung.

Mehr wegen Minderveranschlagung bei Titel 331 20.

331 20	411	Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	1.731.600	1.216.000	908.400
			2.373.000		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 12 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zur Ausfinanzierung der bis zum 31. Dezember 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu. Die zweckgebundenen Einnahmen werden über die Titel 893 11 und 893 12 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

331 40	423	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung von Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die zweckgebundenen Einnahmen vom Bund wurden dem Landeswohnungsbauvermögen in voller Höhe im Jahr 2010 zugeführt.

siehe Erläuterungen bei Titel 893 20

Summe HGr. 3:	30.277.000	30.277.000	30.277.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	419	Kosten für Gutachten	69.200	62.300	62.300
			5.000		

Erläuterungen:

Es sind Gutachten u.a. zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik und des Fördermittelwettbewerbs, zur rechtlichen und inhaltlichen Ausgestaltung der künftigen Wohnraumförderung sowie zu Fragen des Wohngeldverfahrens und zu Aspekten der Umsetzung des Mietrechts vorgesehen.

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

541 10	419	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	54.500	49.100	49.100
			38.300		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		50.000			50.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		50.000			50.000

Erläuterungen:

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen und Workshops zu Schwerpunktthemen der Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des generationsgerechten Wohnens vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und weiteren wohnungspolitischen Fragestellungen, insbesondere der familienfreundlichen und generationengerechten Wohnraumversorgung im Zusammenhang mit den familien- und seniorenpolitischen Leitlinien der Landesregierung.

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

541 20	419	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	18.000	16.200	16.200
			6.725		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		10.000			10.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		10.000			10.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 541 20

Erläuterungen:

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen zum Wohnungs- und Wohngeldrecht.

546 10	419	Sonstiges	0 0	0	0
546 40	419	Sonstige Gebühren und Entgelte im Zusammenhang mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes	3.600 0	100	11.000

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren sowie Entgelte für den verpflichtenden Datenabgleich zwischen IT-Dienstleister und der Datenstelle der Rentenversicherung bei der Durchführung des Wohngeldgesetzes.

Weniger in 2013 bzw. mehr 2014 in Anpassung an den erwarteten Bedarf.

Summe HGr. 5:		145.300	127.700	138.600
----------------------	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

661 10	411	Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes	0 0	0	0
---------------	-----	--	---------------	----------	----------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Entsprechend § 7 des Altschuldenhilfegesetzes übernehmen Bund und Land für die Wohnungsunternehmen oder privaten Vermieter für die auf Altverbindlichkeiten zu zahlenden Zinsen jeweils 50 v.H.. Berechnungsgrundlage sind die der Wohnfläche des Unternehmens oder des privaten Vermieters nach § 4 Abs. 1 des ASHG zuzuordnenden Altverbindlichkeiten.

663 11	411	Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke	0 0	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

Minderausgaben im Epl. 11 können zum jeweiligen Jahresabschluss mit Einwilligung des MdF zur Leistung von Mehrausgaben, soweit sie der Deckung von Altverpflichtungen dienen, herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

681 00	233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	51.820.000 49.351.869	47.820.000	47.820.000
---------------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 32 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

682 30	411	Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen	1.000.000 1.925.314	0	0
---------------	-----	--	-------------------------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 682 30

Erläuterungen:

Ausfinanzierung der im Rahmen des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms II auf der Grundlage des Vertrages vom 8. Februar 2000 (letztmalig geändert am 27. Februar 2001) zwischen dem Bund, den neuen Bundesländern, Berlin und der KfW eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen zur Vergabe von Zuschüssen für die 10-jährige Zinsverbilligung von Darlehen zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum für die Programmjahre 2000, 2001 und 2002.

Weniger wegen Auslaufen der planmäßigen rechtlichen Verpflichtungen im Jahr 2012.

Summe HGr. 6:	52.820.000	47.820.000	47.820.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	411	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln	0	0	0
			613.750		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der IST-Einnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 182 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	250.000	250.000
davon fällig:		
2014 bis zu	100.000	
2015 bis zu	150.000	100.000
2016 bis zu		150.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	216.400	100.000			316.400
2014		150.000	100.000		250.000
2015			150.000	100.000	250.000
2016				150.000	150.000
2017 ff.					
Summen	216.400	250.000	250.000	250.000	966.400

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die bautechnische Prüfung im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung als Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln, die Baukontrolle und die Schlussrechnungsprüfung einschließlich Verwendungsnachweisprüfung. Die Begleitung der Fördermaßnahmen erfolgt regelmäßig über einen Zeitraum von rd. 3 Jahren. Die Ausgaben werden ab 2011 aus den Darlehensrückflüssen der Wohnraumförderung finanziert.

Siehe Erläuterungen bei den Titeln 182 10 und 893 13.

893 11	411	Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke	0	29.061.000	29.368.600
			0		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz über das Landeswohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17.12.1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 01. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der Investitionsbank des Landes Brandenburg verwaltet.

Aus dem Sondervermögen werden die nach den Wohnraumförderprogrammen des Landes erforderlichen Darlehen und weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewilligung, Refinanzierung und Verwaltung der Fördermittel finanziert. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden über die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes, des Landes, über Kredite sowie über Rückflüsse aus Zins und Tilgung für ausgereichte Darlehen und Zinserträge aufgebracht.

Mit den im Landeswohnungsbauvermögen für die Neubewilligung veranschlagten Mittel sollen

im Jahr 2013

ca. 100 WE zur Schaffung von Wohneigentum

ca. 525 WE für die generationsgerechte Anpassung von Mietwohnungen sowie der modellhafte Mietwohnungsneubau

ca. 525 WE für die Herstellung des barrierefreien Zugangs zu den Mietwohnungen

und im Jahr 2014

ca. 200 WE zur Schaffung von Wohneigentum

ca. 525 WE für die generationsgerechte Anpassung von Mietwohnungen sowie der modellhafte Mietwohnungsneubau

ca. 225 WE für modellhaften innerstädtischen Mietwohnungsneubau

ca. 525 WE für die Aufzugsförderung - Herstellung des barrierefreien Zugangs zu den Mietwohnungen

gefördert werden. Dafür stehen im Jahr 2013 25 Mio. EUR und im Jahr 2014 40 Mio. EUR Bewilligungsvolumen zur Verfügung.

Unter Denkmalschutz stehende Gebäude haben bei der Programmaufnahme eine besondere Priorität.

Darüber hinaus werden Mittel für die Wohnraumanpassung im erforderlichen Umfang eingesetzt.

siehe Erläuterung zu Titel 663 11.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel	Ist 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2014 EUR
Einnahmen				
111	113.458	80.000	90.000	90.000
112	0	0	0	0
119	2.366.674	250.000	250.000	250.000
162	4.770.532	7.000.000	5.900.000	7.600.000
182	142.244.281	90.000.000	91.900.000	98.200.000
185	50.176	0	0	0
222	0	0	0	0
davon:				
Schuldendiensthilfen				
(Wohnungsbauprogramme 1993-1996)				
251	0	0	0	0
325	347.102.267	314.000.000	335.000.000	202.000.000
davon				
1. Refinanzierung am Kapitalmarkt				
	40.000.000	64.000.000	20.000.000	22.000.000
2. Liquidität für Zinssicherung				
	250.000.000	250.000.000	120.000.000	130.000.000
3. Verlängerung Termingeld - Anschlussfinanzierung*				
	50.000.000	0	195.000.000	50.000.000
4. Kontokorrentkredit				
	7.102.267	0	0	0
332**	2.421.462	1.756.600	30.292.000	47.648.612
davon				
1. Zuweisungen für die Wohnungsbauprogramme 1991-1996				
	0	0	0	0
2. Zuweisungen LWV - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG				
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes 1997 - 2006				
	2.033.000	1.731.600	1.216.000	908.396
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 1991 - 2006				
	340.000	0	0	0
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 2007 - 2013				
	0	0	29.061.000	17.366.616
- Wohnungsbauprogramme 2014				
	0	0	0	29.368.600
3. Bundesfinanzhilfen nach Art. 104 a GG (Städtebauliche Maßnahmen)				
	0	0	0	0
4. Landesmittel für städtebauliche Maßnahmen 2003				
	48.462	25.000	15.000	5.000
Zusammen	499.068.851	413.086.600	463.432.000	355.788.612
(darunter Bundesfinanzhilfen gesamt)	2.033.000	1.731.600	30.277.000	47.643.612

* Aufnahme Termingeld für Anschlussfinanzierung der kurzfristigen Darlehen ab dem Jahr 2009

** Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 143c GG (Wohnungsbauprogramme 1997 bis 2006) erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

Titel	Ist 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2014 EUR
Ausgaben				
546	138.305	0	0	0
575	91.934.548	94.856.301	86.249.120	91.701.278
	davon für:			
1.	3.442	100.000	100.000	100.000
2.	13.470.456	21.184.554	27.812.690	31.952.708
3.	5.097.844	12.000.000	15.000.000	22.000.000
4.	73.362.806	60.071.747	39.526.430	32.788.570
5.	0	1.500.000	3.500.000	3.450.000
6.	0	0	310.000	1.050.000
7.	0	0	0	360.000
595	397.083.528	313.306.299	339.795.300	206.725.298
	davon für:			
1.	0	0	0	0
2.	50.000.000	0	170.000.000	35.000.000
3.	5.196.140	0	0	0
4.	76.887.388	26.500.238	46.339.480	33.697.690
5.	265.000.000	286.119.492	0	0
6.	0	0	122.312.910	0
7.	0	0	0	136.494.160
8.	0	686.569	1.050.000	1.100.000
9.	0	0	92.910	330.000
10.	0	0	0	103.448
651	0	0	0	0
663	0	0	0	0
671	123.900	200.000	150.000	150.000
685	0	0	0	0
863	4.534.015	3.228.000	30.663.076	52.784.750
	davon:			
1.	2.506.640	1.362.000	790.000	666.000
2.	8.050	46.000	303.000	0
3.	2.019.325	1.820.000	2.287.000	1.441.000
4.	0	0	19.083.076	24.577.750
5.	0	0	8.200.000	13.600.000
6.	0	0	0	12.500.000
893	5.254.555	1.471.000	6.574.504	4.427.286
	davon:			
1.	4.268.056	800.000	1.000.000	600.000
2.	986.499	671.000	515.000	181.000
3.	0	0	5.059.504	3.646.286
912	0	0	0	0
Zusammen	499.068.851	413.061.600	463.432.000	355.788.612

*** Beginnend ab dem Jahr 2009 greift der im Jahr 2006 vereinbarte Zinsswap als zinssichernde Maßnahme. Damit ist für endfällige Darlehen aus den Jahren 2003 / 2004 ein Zinssatz in Höhe von 4,232 % p.a. für ein Volumen von 120 Mio. EUR / 130 Mio. EUR vereinbart. Die Tilgung der endfälligen Darlehen (Umschuldung) ist in der Ausgabengruppe 595 dargestellt.

Alle Einnahmen dienen als Deckungsmittel für alle Ausgaben.

893 12	411	Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes	1.731.600	1.216.000	908.400
			2.373.000		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 893 12

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Ausfinanzierung der im Rahmen der Kompensationszahlungen nach Art. 143c GG übernommenen Altverpflichtungen des Landes für die soziale Wohnraumförderung für die Programmjahre bis einschließlich 2006. Die Mittel werden dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt. Siehe Erläuterung bei Titel 331 20.

Weniger wegen vollständiger Ausfinanzierung von Altverpflichtungen des Bundes im Jahr 2011.

893 13	411	Zuweisungen zur Wohnraumförderung	28.545.400	0	0
			30.061.917		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	31.000.000	31.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu		
2015 bis zu	31.000.000	16.000.000
2016 bis zu		15.000.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.981.050	16.000.000			17.981.050
2014		15.000.000			15.000.000
2015			31.000.000	16.000.000	47.000.000
2016				15.000.000	15.000.000
2017 ff.					
Summen	1.981.050	31.000.000	31.000.000	31.000.000	94.981.050

Erläuterungen:

Ab 2013 erfolgt die Wohnraumförderung aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Die Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG werden über die Titel 331 10 und 893 11 dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Die Ausfinanzierung der bis 2012 eingegangenen Verpflichtungen erfolgt aus dem Landeswohnungsbauvermögen Titel 893 11.

893 20	423	Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren	25.000	15.000	5.000
			48.462		

Siehe Vermerk bei Titel 331 40.

Erläuterungen:

Ausfinanzierung eingegangener Verpflichtungen.

Das Programm wurde 2006 vollständig bewilligt. Für die Ausfinanzierung der Bewilligungen bis 2003 werden Mittel aus dem Landeshaushalt zur Komplementierung bereitgestellt. Siehe Erläuterungen bei Titel 331 40 und 893 11.

Die zweckgebundenen Einnahmen vom Bund wurden dem Landeswohnungsbauvermögen in voller Höhe im Jahr 2010 zugeführt.

Summe HGr. 8:	30.302.000	30.292.000	30.282.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.853.900	2.603.500	3.503.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	25.910.000	23.910.000	23.910.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	30.277.000	30.277.000	30.277.000
Gesamteinnahme		58.040.900	56.790.500	57.690.500

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	145.300	127.700	138.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	52.820.000	47.820.000	47.820.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.302.000	30.292.000	30.282.000
Gesamtausgabe		83.267.300	78.239.700	78.240.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-25.226.400	-21.449.200	-20.550.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	531	Abführung des Landesbetriebes Forst an den Landeshaushalt	0	0	1.000.000
---------------	------------	--	----------	----------	------------------

Erläuterungen:

2014 ist vorgesehen, aus der Verpachtung von Waldflächen für Windkraftanlagen durch die energetische Nutzung von Waldflächen einen Überschuß von 1 Mio. € zu erzielen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(286 10)	531	Erstattungen der EU für Leistungen im Landes- und Gesamtwald	0		
			0		

Summe HGr. 2:	0	0	1.000.000
---------------	----------	----------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(352 10)	851	Entnahme aus der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb	0		
			3.108.234		
(352 11)	851	Entnahme aus der Rücklage für Drittmittelprojekte	0		
			393.750		
(356 10)	851	Entnahme aus der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegenschaften	0		
			6.716.127		
(359 20)	011	Entnahme aus Investitionsrücklage	0		
			389.188		

Summe HGr. 3:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 71 Oberste Forst- und Jagdbehörde

Einnahmen fließen den Ausgaben der Titelgruppe 71 zu.

119 71	512	Sonstige Einnahmen	0	0	0
---------------	-----	---------------------------	----------	----------	----------

Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 71 zu.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 71			0	0	0
--	--	--	----------	----------	----------

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 72 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Verwendungsmöglichkeiten der Walderhaltungsabgabe sind:

- Maßnahmen für Waldstabilisierung
- Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes
- Erstaufforstung
- Anlage von Waldrändern und Rekultivierung zum Zwecke der Erstaufforstung.

099 72	531	Walderhaltungsabgabe	0	0	0
			210.752		

Einnahmen dürfen nur zu Leistungen von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.

Erläuterungen:

Walderhaltungsabgabe gemäß § 8 Abs. 4 Landeswaldgesetz.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72			0	0	0
--	--	--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	0	0
---	--	--	----------	----------	----------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(518 25) 512 Mietzahlungen an den BLB

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 080/682 11 (Ist 2011: 1.666.213 Euro, Ansatz 2012: 1.743.700 Euro).

(546 15) 512 Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 080/682 12 (Ist 2011: 0 Euro, Ansatz 2012: 1.705.000 Euro).

aus Titelgruppen:	70.100	70.100	70.100
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:	70.100	70.100	70.100
----------------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Die Erläuterungen in Punkt 1 bis 7 sind gem. § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Mit der Einnahme der Zielstruktur für 1516 Mitarbeiter zur Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse 400/06 und 537/07 wird seit 2012 für den Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) kein Zuschuss mehr zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (Titel 682 10) veranschlagt. Die Zuweisungen für die gemeinwohlorientierten und hoheitlichen Aufgaben (Titel 682 15) sind ab 2013 mit 49,82 Mio. € auf die Beschlusslage für 2015, incl. Tariferhöhungen, reduziert. Die lt. Kabinettsentscheidung noch bis 2015 vorgesehenen Zuschüsse für die Landeswaldbewirtschaftung und höheren Zuweisungen für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen werden zur Finanzierung der Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit und im verbleibenden Umfang zur teilweisen Finanzierung von Mitarbeitern in Projekten eingesetzt.

Der LFB hat 2011 eine doppelte Buchführung eingeführt und eine Eröffnungsbilanz erstellt. Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2013/14 erfolgt gemäß der Bilanzierungsrichtlinie (§ 26 LHO). Der kaufmännische Abschluss 2011 lag bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes noch nicht vor.

Mit den folgenden Erläuterungen werden die Bestimmungen aus Errichtungserlass und Betriebsanweisung für den LFB im Haushaltsplan aufgenommen (LFB, Titel 682 10 bis 682 57 - siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080).

Zuweisungen und Zuschüsse an den Wirtschaftsplan des LFB:

1. Der LFB erhält eine Globalzuweisung für den Bereich "Gemeinwohl und Hoheit" (Titel 682 15) sowie Zuweisungen zur Finanzierung der Mitarbeiter in der passiven ATZ (Titel 682 52) und zur teilweisen Finanzierung der Mitarbeiter in Projekten (Titel 682 56). Für die Bewirtschaftung des Landeswaldes (Titel 682 10) werden 2013 keine Zuschüsse gewährt. Im Jahr 2014 ist mit der Bewirtschaftung des Landeswaldes ein Finanzüberschuss in Höhe von 1,0 Mio € zu erwirtschaften. Die Forstliegenschaften (Titel 682 55) sind aus eigenen Einnahmen zu finanzieren.
2. Titel 682 55 kann aus den Titeln 682 10 und 682 15 einseitig verstärkt werden. Titel 891 10 kann aus den Titeln 682 10, 682 15 und 682 55 verstärkt werden. Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Mittel sind auf das folgende Jahr übertragbar.
3. Gemäß § 8 Abs. 3 der Betriebsanweisung für den LFB kann unter den dort genannten Voraussetzungen im Erfolgsplan eine Risikorücklage für die Landeswaldbewirtschaftung gebildet werden. Diese kann bis zu 20 % der durchschnittlichen Jahreseinnahmen aus Holzverkäufen der letzten 5 Jahre betragen.
4. Einnahmen im Liegenschaftsbereich, Titel 682 55, die im Laufe des Haushaltsjahres noch nicht für Flächenarrondierungen oder für die Bauunterhaltung verwendet wurden, bzw. nach rechtlicher Bindung noch nicht abgeflossen sind, werden im Erfolgsplan einer Rücklage Forstgrundstock zugeführt. Soweit die Rücklage aus Flächenverkäufen resultiert, sind die Mittel für Arrondierungsankäufe einzusetzen, ansonsten für die Sanierung des Gebäudebestandes. Der im Titel 682 15 auf drittfinanzierte Projekte entfallende Anteil wird zu 100% einer Rückstellung sowie Überschüsse im Titel 682 55, Liegenschaften zu 100 % der Rücklage zugeführt.
5. Aufkommende Einnahmen bei Titel 682 55 können zur Deckung von Aufwendungen für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bei Forstgebäuden verwendet werden. Verkäufe von Landeswaldflächen sind ausschließlich zur Arrondierung und für Investitionen im Sinne des Investitionsvorranggesetzes zulässig. Die daraus resultierenden Einnahmen sind für Arrondierungsankäufe zur Erhaltung und Verbesserung der Struktur des Landeswaldes einzusetzen.
6. Der im Vergleich zur Personalzielzahl des LFB bestehende Personal- und Sachmittelmehrbedarf für Projekte (siehe Titel 682 56 und Erläuterungen) soll über zusätzliche Effizienzsteigerungen und Einnahmen finanziert werden. Soweit die Finanzierung des Personalmittelmehrbedarfes nicht durch betriebsinterne Einsparungen, Mehreinnahmen, Personalbeistandsleistungen oder anderen Projektfinanzierungen abgesichert werden kann, ist die Finanzierung über Einzelplan 11, ggf. durch Personalverstärkungsmittel über das MdF, zu gewährleisten.
7. Der Stellenplan (vgl. Anlage zum Kapitel 11 080) ist verbindlich.

682 10	531	Zuschüsse für die Bewirtschaftung des Landeswaldes	0	0	0
			23.612.461		

Erläuterungen:

Auf den bewirtschaftbaren Landeswaldflächen von 252.000 ha Holzbodenfläche ist 2013 und 2014 jeweils ein Holzabsatz von 950.000 fm mit einem Durchschnittspreis von 46 €/fm vorgesehen. Aus der Eigenjagd sollen 2,5 Mio. € und aus forstlichen Nebenprodukten 2,8 Mio. € Einnahmen realisiert werden. Auftragsleistungen an forstliche Lohnunternehmer sind mit 17,5 Mio. € geplant. Im Ist des Jahres 2011 ist die Zuweisung von 9,8 Mio € Rücklagenbildung enthalten (siehe Titel 352 10 und 356 10).

682 11	531	Zuweisungen für Mietzahlungen an den BLB	1.743.700	1.658.600	1.658.600
neu			1.666.214		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 080 Forstwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 682 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	LFB, LFE, Alfred-Möller-Straße 1, 16225 Eberswalde	457.400	457.400
2.	LFB, LFE, Seeburger Chaussee 2, Haus 4, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke	208.000	208.000
3.	LFB, Obf. Alt Ruppin, Friedrich-Engels-Straße 33a, 16827 Neuruppin OT Alt Ruppin	70.200	70.200
4.	LFB, SE Templin, Vietmannsdorfer Straße 39, 17268 Templin	87.400	87.400
5.	LFB, SE Eberswalde, Tramper Chaussee, 16255 Eberswalde	110.800	110.800
6.	LFB, SE Belzig, Forstweg 8, 14806 Belzig	90.200	90.200
7.	LFB, SE Waldsiedersdorf Müllrose, Bahnhofstraße 57, 15299 Müllrose	59.400	59.400
8.	LFB, SE Lübben, Bergstraße 25, 15907 Lübben (Spreewald)	100.300	100.300
9.	LFB, LObf. Peitz, August-Bebel-Straße 27, 03185 Peitz	100.100	100.100
10.	LFB, Obf. Wünsdorf, WWZ Wünsdorf, TB C Steinplatz, 15806 Zossen OT Wünsdorf	101.300	101.300
11.	LFB, Betriebszentrale, Zeppelinstraße 136, 14471 Potsdam	238.100	238.100
12.	LFB, Betriebszentrale, Zeppelinstraße 136, 14471 Potsdam (Garagenstellplätze)	8.300	8.300
13.	LFB, Obf. Eberswalde, Schwappachweg 2, 16225 Eberswalde	27.100	27.100
Summe		1.658.600	1.658.600

Weniger wegen Reduzierung der Mietobjekte. Der Anschlag enthält 5% Erhöhung der Betriebs- und Nebenkosten. Gemäß Schreiben MdF -21 - vom 06.09.2011 wurde für sogenannte Fremdfinanzierungen bei Mietprojekten, unter lfd. Nr.2.11.12 Verwaltungskosten i.H.v. 57.000 € veranschlagt.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 080/518 25 (Ist 2011: 1.666.213 Euro, Ansatz 2012: 1.743.700 Euro).

682 12	531	Zuweisungen für Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	1.705.000	1.705.000	2.462.300
neu			0		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 080/546 15 (Ist 2011: 0 Euro, Ansatz 2012: 1.705.000 Euro).

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze	885.000	1.509.000
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	0	52.800
3.	zusätzliche Aufwendungen im IT-Bereich	0	0
4.	weitere Servicevereinbarungen	820.000	900.500
Summe		1.705.000	2.462.300

	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client		
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	
1	2		3		4		5		
1.	APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2.	Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	(162)	162	(890)	890	(180)	180	0	0
3.	Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	(92)	40	(0)	0	0	0	0	0

Der Landesbetrieb LFB wird nach Absprache mit dem ZIT voraussichtlich erst im Jahre 2014 die entsprechenden Vereinbarungen abschließen, was sich in den Ansätzen 546 15 für die Planjahre 2013 und 2014 widerspiegelt.

Bei den Angaben zu den Arbeitsplatzzahlen spielt der Einführungstermin eine unwesentliche Rolle (s. Klammerdaten).

Mehr wegen Veranschlagung nach Entgeltsätzen gemäß Aufstellungs-rundschreiben des MdF für die Haushaltsaufstellung 2014 .

682 15	531	Zuweisungen zur Wahrnehmung von Gemeinwohl- und hoheitlichen Leistungen	51.670.300	49.820.000	49.820.000
			53.469.873		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 682 15

Erläuterungen:

Im Ist 2011 ist die Zuweisung von 0,4 Mio € zweckgebundener Drittmittel enthalten (vgl. Titel 352 11)

Die Zuweisungen sollen für folgende Aufgaben/Leistungen eingesetzt werden:

Produktgruppe	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1. Waldumbau im Landeswald	7.100.000	7.500.000	7.500.000
2. Natur- und Landschaftsschutz	500.000	500.000	500.000
3. Biotop- und Artenschutz	2.000.000	2.000.000	2.000.000
4. Erholung im Wald	1.500.000	1.000.000	1.000.000
5. Waldpädagogik	4.100.000	4.000.000	4.000.000
6. Hoheitliche und behördliche Aufgaben	27.270.300	28.820.000	28.820.000
7. Sanierung von Waldgebieten	4.000.000	1.500.000	1.500.000
8. Waldarbeiteraus- und Fortbildung Mitarbeiter	5.200.000	4.500.000	4.500.000
Summe	51.670.300	49.820.000	49.820.000

682 52	531	Entgelte der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeit (passive Phase)	6.680.000	8.810.000	9.516.000
			6.234.602		

Erläuterungen:

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) i.V.m. der jeweils geltenden Umsetzungsvereinbarung befinden sich ab dem 01.01.2013 253 Mitarbeiter des LFB in der passiven Phase der Altersteilzeit.

	Beamte	Beschäftigte	Waldarbeiter
1. Altersteilzeit passiv 2013	25	85	143
Summe	25	85	143

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) i.V.m. der jeweils geltenden Umsetzungsvereinbarung befinden sich ab dem 01.01.2014 298 Mitarbeiter des LFB in der passiven Phase der Altersteilzeit.

	Beamte	Beschäftigte	Waldarbeiter
1. Altersteilzeit passiv 2014	28	97	173
Summe	28	97	173

Veranschlagt wurden die Personalausgaben, die sich aus den individuellen Vertragsverläufen errechnen.

682 53	531	Ausgaben für Mitarbeiter in Umschulung	0	0	0
			1.160.225		

682 55	531	Forstliegenschaften	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die Aufwendungen der Liegenschaftsverwaltung und Bewirtschaftung sind durch die liegenschaftsbezogenen Einnahmen zu finanzieren. Soweit Mehrbedarf besteht, ist dieser aus der Rücklage Forstgrundstock zu finanzieren. Mehreinnahmen fließen der Rücklage Forstgrundstock zu.

682 56	531	Ausgaben für Personal in Projekten	1.403.600	882.500	126.500
			10.305.800		

Erläuterungen:

Mitarbeiter, die nach der vorgesehenen Umorganisation nicht zur Wahrnehmung der Aufgaben Landeswaldbewirtschaftung, Gemeinwohl / Hoheit oder Forstliegenschaften eingesetzt sind, werden in Projekten innerhalb des LFB oder in der Landesverwaltung eingesetzt. Die erforderlichen Personal- und Sachausgaben sollen durch zusätzliche Einnahmenschließung oder betriebsinterne Aufwandreduzierung finanziert werden. Dazu sollen die Mitarbeiter entgeltlich in anderen Bereichen der Landesverwaltung, in Dienstleistungen für Dritte oder zur Substitution von Aufträgen an Dritte (z.B. Bundes- und Landeswaldinventur) eingesetzt werden. Im Wirtschaftsplan ist das Ziel der Schließung der Finanzierungslücke durch eine erforderliche Einnahme zur Fehlbedarfsfinanzierung dargestellt.

Siehe Vermerk und Erläuterung Nr. 6 zu HG 6.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 080 Forstwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

noch zu 682 56

Angaben in EUR

2013			Anzahl	Personalausgaben	Sachausgaben
1.		Beamte/Tarifbeschäftigte	98	3.633.300	908.300
2.		Waldarbeiter	295	9.895.500	0
Summe			393	13.528.800	908.300
2014			Anzahl	Personalausgaben	Sachausgaben
1.		Beamte/Tarifbeschäftigte	72	2.879.500	719.900
2.		Waldarbeiter	241	8.720.700	0
Summe			313	11.600.200	719.900
682 57	531	Einnahmezielstellung zur Deckung der Personalausgaben der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit, Umschulung und Projekten	0	0	0
			-17.001.368		
Erläuterungen:					
siehe Erläuterungen zu 682 56					
aus Titelgruppen:			135.900	135.900	135.900
Summe HGr. 6:			63.338.500	63.012.000	63.719.300
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
891 10	531	Zuschüsse für Investitionen des Landesbetrieb Forst Brandenburg	2.070.000	2.070.000	2.070.000
			2.789.188		
<i>Mehrausgaben dürfen in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 286 10 geleistet werden, soweit sie nicht bereits im Titel 682 15 geleistet wurden.</i>					
Erläuterungen:					
Die Mittel dienen zur Ersatzbeschaffung von Wirtschaftsfahrzeugen sowie zur Beschaffung von Technik des LFB. Im Ist 2011 sind 0,4 Mio € Rücklage enthalten (vgl. Titel 682 10).					
Summe HGr. 8:			2.070.000	2.070.000	2.070.000
HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(912 10)	851	Zuführung zu der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb	0		
			0		
(912 11)	851	Zuführung zu der Rücklage für Drittmittelprojekte	0		
			0		
(916 10)	851	Zuführung zu der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegenschaften	0		
			0		
(919 20)	851	Zuführung zur Investitionsrücklage	0		
			0		
Summe HGr. 9:			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 71 Oberste Forst- und Jagdbehörde

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

526 71	512	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	28.800 32.000	28.800	28.800
546 71	512	Sonstiges	41.300 45.900	41.300	41.300

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Wildursprungsscheine		9.000	9.000
2.	Wildmarken		19.000	19.000
3.	Vermischte Ausgaben		13.300	13.300
Summe			41.300	41.300

683 71	512	Zuschuss bei Waldbränden	52.800 52.800	52.800	52.800
---------------	-----	---------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Bei Waldbrandschäden in Körperschafts- und Privatwald erhält der Waldbesitzer auf Antrag nach Maßgabe des Haushaltes 80 vom Hundert der entsprechenden Wiederaufforstungskosten als Zuschuss durch das Land, soweit vom Schädiger kein Ersatz zu erlangen ist.

686 71	512	Beiträge an Vereine und Organisationen	83.100 83.100	83.100	83.100
---------------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des MIL an forstwirtschaftlichen Vereinen und Organisationen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.		5.000	5.000
2.	Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V.		66.900	66.900
3.	Tarifgemeinschaft Deutscher Länder - Projektgruppe Tarifpflege		4.800	4.800
4.	Landesbeirat Holz		6.400	6.400
Summe			83.100	83.100

Die Veranschlagung erfolgt in Höhe der Beitragssätze.

Nachrichtlich:	Summe TGr. 71	206.000	206.000	206.000
-----------------------	----------------------	----------------	----------------	----------------

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 72 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei den Einnahmen der TG 72,

633 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 080 Forstwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		
682 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0 104.240	0	0
686 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Privatwaldbesitzer	0 37.050	0	0
821 72	531	Zuschüsse für den Grunderwerb mit dem Ziel der Erstaufforstung an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0 0	0	0
883 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
891 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0 0	0	0
893 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Privatwaldbesitzer	0 1.473	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72			0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			206.000	206.000	206.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0	0	0
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	1.000.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	1.000.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	70.100	70.100	70.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	63.338.500	63.012.000	63.719.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.070.000	2.070.000	2.070.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		65.478.600	65.152.100	65.859.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-65.478.600	-65.152.100	-64.859.400

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
Erfolgsplan						
Erträge						
<u>1. Umsatzerlöse</u>						
1		Erlöse aus der Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	49.646.500	49.300.000	49.000.000	49.000.000
2		Erlöse aus Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	7.160.700	6.022.000	5.892.700	6.367.500
3		Erlöse aus Verwaltung und Veräußerung von Liegenschaften (PB 6)	4.967.900	3.405.000	4.500.000	4.000.000
4		Erlöse aus Projekten und Umschulung	8.601.640	4.800.000	500.000	500.000
5		Zuschuss für die Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	13.788.100	0	0	0
6		Zuweisung des Landes für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	53.076.150	51.670.300	49.820.000	49.820.000
7		Zuweisung des Landes für Mitarbeiter in passiver ATZ	6.234.600	6.680.000	8.810.000	9.516.000
8		Finanzierungsmittel des Landes für Projekte/Personalverstärkungsmittel	2.164.760	1.403.600	882.500	126.500
9		Erlöse zur Fehlbedarfsfinanzierung	0	13.891.400	13.937.100	11.820.100
		Summe zu 1. Umsatzerlöse	145.640.350	137.172.300	133.342.300	131.150.100
<u>2. Bestandsänderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen</u>						
1		Bestandsänderungen	0	0	0	0
		Summe zu 2. Bestandsänderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0
<u>3. Entnahme aus Rücklagen</u>						
1		Entnahme aus der Konjunkturrücklage (PB 1)	0	0	0	0
2		Entnahme aus den Rücklagen für zweckgebundene Drittmittel	393.750	0	0	0
3		Entnahme aus der Rücklage Forstgrundstock (PB 6)	0	0	0	0
		Summe zu 3. Entnahme aus Rücklagen	393.750	0	0	0
<u>4. Sonstige Erträge</u>						
1		sonstige Erträge	0	0	0	1.000.000
		Summe zu 4. Sonstige Erträge	0	0	0	1.000.000
		Gesamtsumme Erträge	146.034.100	137.172.300	133.342.300	132.150.100

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
Grp			2011	2012	2013	2014
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6	7
Aufwendungen						
<u>5. Aufwendungen für Material und Unternehmerleistungen</u>						
1		Aufwendungen für Material zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	5.786.800	6.000.000	5.500.000	5.500.000
2		Aufwendungen für Material für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	6.064.040	4.800.000	3.500.000	3.500.000
3		Aufwendungen für Material im Liegenschaftsbereich (PB 6)	536.600	750.000	550.000	550.000
4		Aufwendungen für Material für Projekte	0	1.400.000	908.300	719.900
5		Aufwendungen für Unternehmerleistungen zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	20.046.400	18.000.000	17.500.000	17.500.000
6		Aufwendungen für Unternehmerleistungen für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2-5)	8.413.560	4.102.000	6.000.000	6.000.000
7		Aufwendungen für Unternehmerleistungen im Liegenschaftsbereich (PB 6)	4.829.400	1.750.000	2.871.000	2.371.000
Summe zu 5. Aufwendungen für Material und Unternehmerleistungen			45.676.800	36.802.000	36.829.300	36.140.900
<u>6. Personalaufwand</u>						
1		Personalaufwand für Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	29.269.400	21.600.000	22.564.000	22.564.000
2		Personalaufwand für Gemeinwohl- und Hoheitsleistungen (PB 2-5)	45.412.200	48.790.300	47.095.200	46.814.000
3		Personalaufwand im Liegenschaftsbereich (PB 6)	1.595.500	905.000	949.000	949.000
4		Personalaufwand für passive ATZ	6.234.600	6.680.000	8.810.000	9.516.000
5		Personalaufwand für Projekte und Umschulung	11.466.000	18.695.000	13.528.800	11.600.200
Summe zu 6. Personalaufwand			93.977.700	96.670.300	92.947.000	91.443.200
<u>7. Abschreibungen</u>						
1		Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens	294.000	490.800	300.000	300.000
2		Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	4.516.000	2.000.000	4.500.000	4.500.000
3		Abschreibungen auf technische Anlagen und Maschinen	1.584.000	3.800.000	1.500.000	1.500.000
4		Abschreibungen Wege und Brücken	3.073.000	2.856.200	3.000.000	3.000.000
5		Sonstige Abschreibungen	11.000	0	0	0
Summe zu 7. Abschreibungen			9.478.000	9.147.000	9.300.000	9.300.000
<u>8. Aufwand für Steuern und sonstige Abgaben</u>						
1		Steuern für Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	3.524.000	3.605.000	3.436.000	3.436.000
2		Steuern für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2-5)	49.700	5.000	0	0
3		Steuern für Liegenschaftsbereich (PB 6)	144.300	90.000	130.000	130.000
Summe zu 8. Aufwand für Steuern und sonstige Abgaben			3.718.000	3.700.000	3.566.000	3.566.000

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
<u>9. Zuführungen zu den Rücklagen</u>						
1		Zuführungen zur Konjunkturücklage (PB 1)	0	0	0	0
2		Zuführungen zur Rücklage für zweckgebundene Drittmittel	0	0	0	0
3		Zuführungen zur Rücklage Forstgrundstock (PB 6)	0	0	0	0
Summe zu 9. Zuführungen zu den Rücklagen			0	0	0	0
<u>10. Sonstige Aufwendungen</u>						
1		sonstige Aufwendungen	0	0	0	0
Summe zu 10. Sonstige Aufwendungen			0	0	0	0
Gesamtsumme Aufwendungen			152.850.500	146.319.300	142.642.300	140.450.100
Abschluss						
Erträge			146.034.100	137.172.300	133.342.300	132.150.100
Aufwendungen			152.850.500	146.319.300	142.642.300	140.450.100
Ablieferungen						
Zuführungen			6.816.400	9.147.000	9.300.000	8.300.000
Bei der Summe der Zuführungen sind die Abführungen an den Landeshaushalt aus Windenergie im Wald in Höhe von 1 Mio € zu berücksichtigen.						
Finanzplan						
Deckungsmittel						
1		Abschreibungen	0	0	0	0
2		Jahresüberschuss laufendes Geschäftsjahr	0	0	0	0
3		Investitionszuschuss des Landes	2.400.000	2.070.000	2.070.000	2.070.000
4		Zuführungen aus der Investitionsrücklage	0	0	0	0
5		Zuführungen aus den Rückstellungen	12.167.452	12.947.000	11.600.000	10.140.000
Zusammen			14.567.452	15.017.000	13.670.000	12.210.000
Finanzbedarf						
1		Investitionen	2.400.000	2.070.000	2.070.000	2.070.000
2		Jahresfehlbetrag	6.816.400	9.147.000	9.300.000	9.300.000
3		Zuführung zur Investitionsrücklage	0	0	0	0
4		Zuführung zu den Rückstellungen	5.351.052	3.800.000	2.300.000	840.000
Zusammen			14.567.452	15.017.000	13.670.000	12.210.000

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
Grp			2011	2012	2013	2014
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
Der kaufmännische Abschluss liegt noch nicht vor. Die Abbildung erfolgt gemäß dem kameralen Abschluss unter Verwendung der KLR.						
Stellenplan/-übersicht						
			Stellenanzahl			
			Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	
Planmäßige Beamte						
B4	hD	Direktor des Landesbetrieb Forst Brandenburg	1,00	1,00	1,00	
B2	hD	Abteilungsleiter	1,00	1,00	1,00	
A16	hD	Leitender Forstdirektor	7,00	7,00	6,00	
A15	hD	Forstdirektor	10,00	10,00	10,00	
A14	hD	Oberforstrat	76,00	75,00	73,00	
A13	hD	Forstrat	20,00	20,00	20,00	
A12	gD	Forstamtsrat	29,00	41,00	40,00	
A11	gD	Forstamtmann	194,00	177,00	172,00	
A10	gD	Forstoberinspektor	207,00	204,00	199,00	
A9	gD	Forstinspektor	13,00	13,00	13,00	
A9	mD	Regierungsamtsinspektor	1,00	1,00	1,00	
Zusammen:			559,00	550,00	536,00	
Arbeitnehmer						
E 15			6,00	6,00	6,00	
E 14			31,00	26,00	24,00	
E 12			0,00	3,00	3,00	
E 11			14,00	27,00	27,00	
E 10			159,00	140,00	140,00	
E 9			72,00	59,00	59,00	
E 8			170,00	169,00	164,00	
E 7			23,00	25,00	23,00	
E 6			119,00	187,00	177,00	
E 5			848,00	696,00	650,00	
E 4			22,00	15,00	15,00	
E 3			7,00	6,00	5,00	
Zusammen:			1.471,00	1.359,00	1.293,00	
Stellen Auszubildende:						
AZUBI			112,00	90,00	90,00	
Zusammen:			112,00	90,00	90,00	

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<p>Begründung der Änderungen im Stellenplan-/in der Stellenübersicht</p> <p>Stellenhebungen/-senkungen Haushaltsjahr 2013 Planstellen</p> <p>A 14: Abgang 1 Planstelle Einsparung von 1 Planstelle durch Altersabgang im hD</p> <p>A 12: Zugang 12 Planstellen Umwandlung von 12 Planstellen aus A 11 (zielstrukturkonform)</p> <p>A 11: Abgang 17 Planstellen Umwandlung von 12 Planstellen in A 12 (zielstrukturkonform) Einsparung von 5 Planstellen durch Altersabgang im gD</p> <p>A 10: Abgang 3 Planstellen Einsparung von 3 Planstellen durch Altersabgang im gD</p> <p>Stellen für Arbeitnehmer</p> <p>E 14: Abgang 5 Stellen Einsparung von 5 Stellen durch Altersabgang im hD</p> <p>E 12: Zugang 3 Stellen Hebung von 3 Stellen von E 11 nach E 12 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 11: Abgang 3 Stellen Hebung von 3 Stellen von E 11 nach E 12 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 11: Zugang 16 Stellen Hebung von 16 Stellen von E 10 nach E 11 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 10 Abgang 19 Stellen Einsparung von 3 Stellen durch Altersabgang im hD Hebung von 16 Stellen von E 10 nach E 11 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 9: Abgang 15 Stellen Einsparung von 15 Stellen durch Altersabgang im gD</p> <p>E 9: Zugang 2 Stellen Hebung von 2 Stellen von E 8 nach E 9 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 8: Abgang 5 Stellen Einsparung von 3 Stellen durch Altersabgang Hebung von 2 Stellen von E 8 nach E 9 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 7: Zugang 2 Stellen Hebung von 1 Stelle von E 6 nach E 7 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L Hebung von 1 Stelle von E 5 nach E 7 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 6: Abgang 4 Stellen Einsparung von 3 Stellen durch Altersabgang Hebung von 1 Stelle von E 6 nach E 7 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 6: Zugang 72 Stellen Hebung von 72 Stellen von E 5 nach E 6 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 5: Abgang 82 Stellen Einsparung von 5 Stellen durch Altersabgang Einsparung von 4 Stellen durch Personalvermittlung Hebung von 72 Stellen von E 5 nach E 6 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L Hebung von 1 Stelle von E 5 nach E 7 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p>					

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
		<p>E 5: Zugang 6 Stellen Hebung von 6 Stellen von E 4 nach E 5 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 4: Abgang 7 Stellen Einsparung von 1 Stelle durch Personalvermittlung Hebung von 6 Stellen von E 4 nach E 5 infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L</p> <p>E 3: Abgang 1 Stelle Einsparung von 1 Stelle durch Altersabgang</p> <p>Stellen für Tarifbeschäftigte TV-Forst (Waldarbeiter)</p> <p>E 8: Zugang 6 Stellen Umwandlung von 6 Stellen aus E 5 TV-Forst wegen Rationalisierung der Landeswaldbewirtschaftung (Maschineneinsatz)</p> <p>E 8: Abgang 2 Stellen Einsparung von 2 Stellen durch Altersabgang</p> <p>E 5: Abgang 76 Stellen Umwandlung von 6 Stellen in E 8 TV-Forst wegen Rationalisierung der Landeswaldbewirtschaftung (Maschineneinsatz) Einsparung von 40 Stellen durch Altersabgang Einsparung von 30 Stellen durch Personalvermittlung</p> <p>Stellen Auszubildende</p> <p>AZUBI: Abgang 22 Stellen Abgang von 22 Stellen wegen Anpassung an die Zielstruktur (jährlich 30 neue Ausbildungsverträge)</p> <p>Haushaltsjahr 2014</p> <p>Planstellen</p> <p>A 16: Abgang 1 Planstelle Einsparung von 1 Planstelle durch Altersabgang im hD</p> <p>A 14: Abgang 2 Planstellen Einsparung von 2 Planstellen durch Altersabgang im hD</p> <p>A 12: Abgang 1 Planstelle Einsparung von 1 Planstelle durch Altersabgang im gD</p> <p>A 11: Abgang 5 Planstellen Einsparung von 5 Planstellen durch Altersabgang im gD</p> <p>A 10: Abgang 5 Planstellen Einsparung von 5 Planstellen durch Altersabgang im gD</p> <p>Stellen für Arbeitnehmer</p> <p>E 14: Abgang 2 Stellen Einsparung von 2 Stellen durch Altersabgang im hD</p> <p>E 6: Abgang 5 Stellen Einsparung von 5 Stellen durch Altersabgang</p> <p>E 5: Abgang 4 Stellen Einsparung von 4 Stellen durch Altersabgang</p> <p>E 3: Abgang 1 Stelle Einsparung von 1 Stelle durch Altersabgang</p> <p>Stellen für Tarifbeschäftigte TV-Forst (Waldarbeiter)</p> <p>E 8: Abgang 5 Stellen Einsparung von 5 Stellen durch Altersabgang</p>			

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6

E 7: Abgang 2 Stellen
Einsparung von 2 Stellen durch Altersabgang

E 6: Abgang 5 Stellen
Einsparung von 5 Stellen durch Altersabgang

E 5: Abgang 42 Stellen
Einsparung von 42 Stellen durch Altersabgang

Nachrichtlich für die Stellenaufteilung der Beschäftigten nach TV-L und TV-Forst

Wertigkeit	Beschäftigte TV-L 2013	Beschäftigte TV-Forst 2013	Beschäftigte TV-L 2014	Beschäftigte TV-Forst 2014
E 8	41	130	41	125
E 7		23		21
E 6	39	77	34	72
E 5	81	682	77	640

Leerstellen ATZ – Freistellungsphase

	ATZ- Freistellung phase am 01.01.2012	ATZ- Freistellung phase am 01.01.2013	ATZ- Freistellung phase am 01.01.2014
Beamte			
A16	2	2	2
A14	4	4	4
A12	0	0	0
A11	12	11	13
A10	7	8	9
Zusammen:	25	25	28
Tarifbeschäftigte			
E14	6	10	10
E11	0	1	5
E10	23	27	29
E 9	8	7	12
E8	3	5	5
E6	6	9	13
E5	20	18	17
E4	5	4	2
E3	3	4	4
Zusammen Tarifbeschäftigte	74	85	97
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)			
E8	6	6	10
E7	1	1	3
E6	15	13	13
E5	99	123	147
Zusammen:	121	143	173
Gesamt:	220	253	298

Der Zugang an Leerstellen ergibt sich aus dem Anstieg der Anzahl der Beschäftigten, die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintreten.

220 Leerstellen aus 2012
 – 40 Stellen Beendigung der Freistellungsphase
 + 73 Stellen Beginn der Freistellungsphase

253 Leerstellen ATZ – Freistellungsphase zum 01.01.2013.

– 41 Stellen Beendigung der Freistellungsphase
 + 86 Stellen Beginn der Freistellungsphase

298 Leerstellen ATZ – Freistellungsphase zum 01.01.2014.

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Übersicht zu kw-Vermerken					
Die Zuordnung der personenbezogenen kw-Vermerke ist im Rahmen der Umsetzung des Reformprozesses vorzunehmen.					
kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung nach § 47 LHO (Beginn der ATZ - Freistellungsphase bis zum 31.12.2014 und Altersausscheiden bis zum 31.12.2014)			Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014
Beamte					
	A16		1	1	0
	A14		9	8	6
	A12		1	1	0
	A11		16	11	6
	A10		13	10	5
	Zusammen:		40	31	17
Tarifbeschäftigte					
	E 14		12	7	5
	E 10		3	0	0
	E 9		15	0	0
	E 8		4	1	1
	E 6		11	8	3
	E 5		13	8	4
	E 4		0	0	0
	E 3		5	4	3
	Zusammen		63	28	16
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
	E 8		9	7	2
	E 7		4	4	2
	E 6		5	5	
	E 5		130	90	48
	Zusammen:		148	106	52
	Gesamt:		251	165	85
Ausbringung von personenbezogenen kw-Vermerken gem. § 47 LHO und TV-Umbau mit Umsetzungsverpflichtung innerhalb der Landesverwaltung					
Hinsichtlich der folgenden kw-Vermerke besteht eine Umsetzungsverpflichtung innerhalb der gesamten Landesverwaltung gemäß § 47 LHO mit der Maßgabe, dass die personalwirtschaftliche Um- oder Versetzung der Tarifbeschäftigten gemäß TV-Umbau zulässig sein muss. Die Umsetzung im Beamtenbereich besteht im gesetzlichen Umfang, wobei auch Laufbahnwechsel einzuleiten sind.					
			Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014
Beamte					
	A 14		11	11	11
	Zusammen		11	11	11
Tarifbeschäftigte					
	E 5		17	13	13
	E 4		18	17	17
	Zusammen		35	30	30
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
	E 8		31	31	31
	E 5		186	156	156
	Zusammen Waldarbeiter		217	187	187
	Gesamt		263	228	228

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<u>Übersicht zum Stellenplan-/Stellenübersicht in Bezug zur PBP 2014</u>					
		Planstellen Beamte	559	550	536
		Stellen Arbeitnehmer	1.471	1.359	1.293
		Zusammen	2.030	1.909	1.829
		davon kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung	-251	-165	-85
		davon kw-Vermerke mit Umsetzungsverpflichtung in andere Ressorts/Einrichtungen	-263	-228	-228
		Plan-/Stellen 2015			1.516
		davon Stellen für hoheitlich- und gemeinwohlorientierte Aufgaben			1.010
		davon Stellen für die Landeswaldbewirtschaftung			506

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	593.000 485.679	450.000	450.000
--------	-----	------------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Einnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben des Landesamtes für:

- Pflanzenschutz
- Saatgutenerkennung
- Tierzucht und Tierhaltung
- Grenzeinlassdienst

111 13	511	Einnahmen aus dem Prüfungswesen	70.000 93.700	80.000	80.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 539 10.

112 10	511	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0 1.921	0	0
--------	-----	---	-------------------	----------	----------

119 10	511	Sonstige Einnahmen	8.800 27.796	45.000	45.000
--------	-----	---------------------------	------------------------	---------------	---------------

119 30	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0 0	0	0
--------	-----	---------------------------------------	---------------	----------	----------

124 10	511	Mieten und Pachten	170.000 174.656	170.000	170.000
--------	-----	---------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Siehe Zufließvermerk bei Titel 546 40.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen) Wohnungen	0	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	11.000	11.000
3.	Sonstige Einnahmen (Fischereipacht)	159.000	159.000
	Summe	170.000	170.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 12)	011	Zweckgebundene Einnahme Güterfelde	0 0		
----------	-----	---	---------------	--	--

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 711 12.

Summe HGr. 1:		841.800	745.000	745.000
----------------------	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	511	Erstattungen durch andere Länder	0 0	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 72.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 232 10

Erläuterungen:

Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin.

261 20	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Übertragungsstelle OST	0	0	0
			0		
<hr/>					
		Summe HGr. 2:	0	0	0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 62.

111 62	511	Gebühren	0	0	0
			1.368		
382 62	891	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	0	0	0
			3.597.543		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0 0

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 66.

119 66	511	Einnahmen aus Untersuchungsaufträgen Dritter	0	0	0
			422.403		
125 66	511	Einnahmen aus Ernteprodukten	0	0	0
			32.414		
235 66	511	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0 0

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.587.500	2.287.200	2.210.600
			2.309.996		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.287.200	2.210.600
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
Summe		2.287.200	2.210.600

Weniger wegen Einsparung entsprechend der Personalbedarfsplanung

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Präsident des Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	B4	hD	1,00	1,00	1,00
Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	4,00	4,00
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	4,00	4,00
Oberregierungsrat	A14	hD	11,00	11,00	11,00
Regierungsrat	A13	hD	13,00	13,00	13,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	1,00	1,00	1,00
Amtsrat	A12	gD	6,00	6,00	6,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	2,00	2,00	2,00
Regierungsamtsmann	A11	gD	24,00	24,00	24,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	19,00	16,00	16,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2,00	2,00	2,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	5,00	2,00	2,00
Zusammen:			93,00	87,00	87,00

Leerstellen:

Regierungsrat	1) A13	hD	1,00	1,00	1,00
Regierungsamtsmann	1) A11	gD	2,00	2,00	2,00
Regierungsoberinspektor	1) A10	gD	2,00	2,00	2,00
Zusammen:			5,00	5,00	5,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 5 Leerstellen für Beamte des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung (vlf) ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 BbgLandEntwG haben.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

6,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umwandlung nach A10 gD	Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
------	------	--------	-------------------------	------------------------	--

6,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
6,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt
-6,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 428 10

Leerstellen:

E 13			1,00	1,00	1,00
E 11	1)		6,00	6,00	6,00
E 10	1)		2,00	2,00	2,00
E 9	1)		1,00	1,00	1,00
E 8	1)		14,00	14,00	14,00
E 6	1)		1,00	1,00	1,00
E 5			0,00	0,00	0,00
E 4			0,00	0,00	0,00
Zusammen:			25,00	25,00	25,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 24 Leerstellen für Beschäftigte des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung (vlf) ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 BbgLandEntwG haben.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

13,00	0,00	AZUBI	Reduzierung der Ausbildung
13,00	0,00	Sonstige Abgänge	
13,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-13,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

5,00	0,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
5,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
5,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
-5,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Stellenhöherstufung:

sonstige Hebungen

7,00	0,00	von E 11	nach E 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
8,00	0,00	von E 10	nach E 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
36,00	0,00	von E 10	nach E 11	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
40,00	0,00	von E 9	nach E 10	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
24,00	0,00	von E 8	nach E 9	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
115,00	0,00	Sonstige Höherstufungen insgesamt		
115,00	0,00	Stellenhöherstufungen insgesamt		

453 10	511	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	25.000	25.000	25.000
			6.795		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	25.000	25.000
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
Summe		25.000	25.000

aus Titelgruppen:	270.000	270.000	270.000
--------------------------	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 4: **24.561.200** **23.821.200** **23.398.600**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 511 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **254.300** **204.300** **204.300**
 183.112

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	34.300	34.300
2.	Bücher, Zeitschriften	45.000	45.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	120.000	120.000
4.	Sonstiges	5.000	5.000
Summe		204.300	204.300

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung sowie Umverteilung an 514 10.

511 20 511 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** **182.300** **182.300** **182.300**
 166.130

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Postgebühren	73.300	73.300
2.	Mobilfunkanschlüsse	20.000	20.000
3.	Fernmeldegebühren	79.000	79.000
4.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		182.300	182.300

514 10 511 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **345.900** **416.400** **416.400**
 526.071

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	310.000	310.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	5.000	5.000
3.	Verbrauchsmittel	100.000	100.000
4.	Sonstiges	1.400	1.400
Summe		416.400	416.400

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2012		Soll 2013		Soll 2014	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	1	0	0	0	0	0
PKW	51	40	50	29	49	28
LKW	1	0	0	0	0	0
Anhänger	24	0	22	0	22	0
Arbeitsmaschine	19	0	18	0	18	0
Gabelstapler	2	0	2	0	2	0
Mehrzweckfahrzeug	9	0	9	0	9	0
Messwagen	3	0	3	0	3	0
Parzellenmähdrescher	5	0	4	0	4	0
Traktor	18	0	16	0	16	0
Zusammen	133	40	124	29	123	28

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 514 10

Weniger Leasingverfahren aufgrund von Einsparungen nach Evaluierung des Fuhrparks ab dem Haushaltsjahr 2012.
 Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

514 25	511	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	25.000 9.438	10.000	10.000
---------------	------------	---	------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Allgemeiner Fahrdienst	10.000	10.000
	Summe	10.000	10.000

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

517 10	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	297.300 215.136	240.000	240.000
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Heizung	74.000	74.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	30.000	30.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	60.000	60.000
4.	Grundbesitzabgaben	10.000	10.000
5.	Bewachungskosten	66.000	66.000
6.	Sonstiges	0	0
	Summe	240.000	240.000

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 bzw. 518 25 zu veranschlagen sind.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf und Umverteilung im Kapitel.

518 10	511	Mieten und Pachten	20.000 11.643	11.000	11.000
---------------	------------	---------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche m ²	Jahresmiete EUR
1.	Pacht für Flächen (Versuchsflächen)		5.000
2.	Anmietung von Schulungs- und Versammlungsräumen		5.000
3.	Nutzung von Gewächshäusern		1.000
	Summe		11.000

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

518 20	511	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	8.100 1.497	3.100	3.100
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Miete für Mähdrescher	1.000	1.000
2.	Miete für Kopierer	1.000	1.000
3.	Miete für Stahlflaschen	1.000	1.000
4.	Sonstiges	100	100
	Summe	3.100	3.100

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 518 20

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

518 25	511	Mietzahlungen an den BLB	2.211.300	2.384.200	2.384.200
			1.654.086		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	03050 Cottbus, Vom-Stein-Straße 30	36.600	36.600
2.	12521 Schönefeld, Flughafen	236.800	236.800
3.	14513 Teltow, OT Ruhlsdorf, Dorfstraße 1	140.400	140.400
4.	14532 Stahnsdorf, OT Güterfelde, Berliner Straße	183.000	183.000
5.	14641 Paulinenaue, Gutshof 7	199.100	199.100
6.	14656 Brieselang, Forstweg 5	2.600	2.600
7.	15236 Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee49,51,54	456.900	456.900
8.	17291 Prenzlau, Grabower Str. 33	110.900	110.900
9.	15236 Frankfurt (Oder), Buckower Str. 27	57.600	57.600
10.	15517 Fürstenwalde, Rathausstraße 6	104.600	104.600
11.	15806 Zossen, OT Wünsdorf, Steinplatz 1	352.900	352.900
12.	15926 Luckau, Karl-Marx-Straße 21	121.500	121.500
13.	16816 Neuruppin, Fehrbelliner Straße 4 e	168.600	168.600
14.	15806 Zossen, OT Wünsdorf, Am Baruther Tor 12	3.600	3.600
15.	14476 Potsdam, OT Groß Glienicke, Seeburger Chausseestr. 2	207.600	207.600
16.	15907 Lübben, Bergstraße 25	1.500	1.500
	Summe	2.384.200	2.384.200

518 30	511	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	72.900	72.900	72.900
			79.693		

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2012	2013	2014
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	vorhanden	davon neu	vorhanden davon neu
PKW	40	29	29 28 28
Zusammen	40	29	29 28 28

Weniger Leasingverfahren aufgrund Evaluierung des Fuhrparks ab dem Haushaltsjahr 2012.

519 10	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	61.200	55.000	55.000
			42.487		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	30.000 30.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	25.000 25.000
	Summe	55.000 55.000

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

525 10	511	Aus- und Fortbildung	70.000	63.000	63.000
			65.801		

Erläuterungen:

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

526 10 511 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten **19.100** **24.100** **24.100**
 35.245

Erläuterungen:

Mehr wegen Absicherung laufender Gerichtsverfahren.

527 10 511 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen **94.000** **94.000** **94.000**
 89.129

531 10 511 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation **63.700** **57.300** **57.300**
 26.242

Erläuterungen:

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

537 12 511 Aufwendungen für Versuche **166.000** **166.000** **149.400**
 166.000

Erläuterungen:

Um eine eigene Tierhaltung bei der Durchführung von Futtermittelversuchen sowie von Versuchen für eine optimale Tierhaltung zu vermeiden, wird auf Vertragsbasis der Tierbestand der Lehr- und Versuchsanstalt Tierproduktion Ruhlsdorf/Groß Kreutz genutzt und eine entsprechende Aufwandsersatzung vorgenommen.

In 2014 weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

537 13 511 Aufträge an Dritte, insbesondere für die berufliche Fort- und Weiterbildung **92.000** **92.000** **86.100**
 91.994

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		92.000			92.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		92.000			92.000

Erläuterungen:

Seit dem Jahr 1998 haben sich sieben unterschiedlich organisierte Landwirtschaftsschulen zum koordinierten Agieren auf dem Gebiet der agrarischen Weiterbildung unter dem Dach der Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich (RBA) zusammengefunden. Über aus Landesmitteln finanzierte Werkverträge (LELF RBA) konnten in den Jahren zahlreiche bildungsrelevante Aufgaben gemeinsam realisiert werden. Jede RBA leistete und leistet in ihrem jeweiligen regionalen Wirkungskreis einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Brandenburger Agrarbetrieben aller Kategorien. Das Kerngeschäft der RBA sind zur Qualitätssicherung und -erhöhung unverzichtbare prüfungsvorbereitende Kurse sowohl für angehende Facharbeiter als auch für Meister.

Mit den veranschlagten Mitteln werden vom Land flächendeckend qualitativ hochwertige Angebote für Bildungsanbieter und Bildungsnutzer finanziert. Diese notwendige Partnerschaft wird auch zukünftig von existenzieller Bedeutung für die agrarische Weiterbildungslandschaft Brandenburgs sein.

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

539 10 511 Prüfungswesen gemäß § 34 ff Berufsbildungsgesetz **538.000** **538.000** **538.000**
 410.694

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 13 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 539 10

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die praktische Durchführung von Prüfungen, Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Prüfer und Abschlussveranstaltungen der Prüfungsverfahren.

541 10	511	Aufwendungen für Veranstaltungen	11.100	9.900	9.900
			10.943		

Erläuterungen:

Fachveranstaltungen des LELF

- Winterschulungen (Informationsveranstaltungen des Pflanzenschutzes)
- Milchrindtag
- Stallbautag
- Brandenburger Feldtage
- Tage der offenen Tür
- Milchschaaf- und Ziegenzüchtertag
- Forum Nutztierhaltung
- Brandenburger Fleischrindertag
- Groß Kreuzer Schaftag
- Paulinenauer Maistag
- Brandenburger Pferdetag
- Veranstaltungen der Beruflichen Bildung mit den Unterausschüssen, den Fachausschüssen und dem Berufsbildungsausschuss
- Sonderveranstaltung für die Ehrung längjährig tätiger Prüfer in den Prüfungskommissionen für die Grünen Berufe

546 10	511	Sonstiges	30.000	18.000	18.000
			12.576		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Mitgliedsbeiträge	16.000	16.000
2.	Sonstiges	2.000	2.000
	Summe	18.000	18.000

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf und der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

546 15	511	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	1.110.300	1.811.000	1.766.700
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	925.480	892.420
2.	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	41.570	39.000
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gem. Ziffer 1. und 2. (Spezial-APC, mobile Technik)	120.580	121.700
4.	weitere Servicevereinbarungen		
4.1	SV LVN	432.200	432.320
4.2	SV Fachverfahren FAKOL	70.390	70.490
4.3	IT-Fortbildung	30.000	30.000
4.4	SV KVBB	45.200	45.200
4.5	Betrieb LEFIS	121.080	120.870
4.6	Beraterleistungen	24.500	14.700
	Summe	1.811.000	1.766.700

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 546 15

Kapitel 11 101	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014
1	2		3		4		5	
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	210	210	274	264	175	162	0	0
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	18	18	10	8	2	2	0	0

Mehr wegen veränderter Veranschlagung. Mittel waren 2012 im Kapitel 11 020 Titel 546 15 veranschlagt.

546 30 511 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen **27.000** **18.000** **18.000**
37.195

546 40 511 Ausgaben für Umsatzsteuer **22.500** **22.500** **22.500**
33.198

Angaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 124 10 aufkommenden Mehrwertsteuereinnahme geleistet werden.

546 50 511 Vergabe an Dritte **282.700** **412.400** **414.400**
222.132

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	16.500	200.000			216.500
2014		200.000			200.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	16.500	400.000			416.500

Erläuterungen:

Durch Auflösung von Versuchsstationen ist zur Absicherung der fachrechtlichen Aufgaben im Rahmen der amtlichen Sortenprüfung sowie beim Pflanzenschutz eine externe Vergabe von Sortenprüfungen und Feldversuchen an geeigneten Standorten im Land Brandenburg notwendig.

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

aus Titelgruppen: **558.300** **504.600** **504.600**

Summe HGr. 5: **6.563.000** **7.410.000** **7.345.200**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

683 16 511 Zuschüsse für die Durchführung der Leistungsprüfung lt. Tierzuchtgesetz (TZG) **840.000** **820.000** **820.000**
840.000

Summe HGr. 6: **840.000** **820.000** **820.000**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

HGr. 7: Baumaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(711 12)	011	Baumaßnahme Güterfelde	0		
			64.068		

Summe HGr. 7: 0 0 0

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	74.000	243.000	72.000
			65.143		

Erläuterungen:

Neubeschaffungen: 2013 2014
 2013/2014 EUR EUR

2/	Mehrzweckfahrzeug		
12/4	PKW		
	Zusammen	0	0

Ersatzbeschaffungen: 2013 2014
 2013/2014 EUR EUR

1/	Arbeitsmaschine	167.000	
2/	Mehrzweckfahrzeug	40.000	
2/4	PKW	36.000	72.000
	Zusammen	243.000	72.000

Aussonderung:

2013/2014

2/	Anhänger
1/	Arbeitsmaschine
1/	Kleinbus
1/	LKW
2/	Mehrzweckfahrzeug
1/	Parzellenmähdrescher
2/4	PKW
2/	Traktor
12/4	Zusammen

Bei der Veranschlagung der Neubeschaffungen handelt es sich lediglich um eine Korrektur des Pkw-Bestandes ab dem Haushaltsjahr 2013.

Mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen und Umverteilung aus dem Titel 812 10.

812 10	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	371.500	36.000	220.500
			306.075		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Neubeschaffungen		
1.1	Ausstattungen	12.000	70.000
	Summe zu 1.	12.000	70.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Ausstattungen	24.000	150.500
	Summe zu 2.	24.000	150.500
	Summe	36.000	220.500

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

Weniger wegen Umschichtungen zum Titel 811 10.

aus Titelgruppen:	65.000	70.000	70.000
Summe HGr. 8:	510.500	349.000	362.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei TG 62 geleistet werden.
 Die Ausgaben der TG sind gegenseitig deckungsfähig.*

427 62	511	Beschäftigungsentgelte	0 44.157	0	0
428 62	511	Entgelte der Arbeitnehmer neu		0	0
511 62	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation	0 2.697	0	0
514 62	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0 0	0	0
517 62	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0	0
518 62	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0 10.484	0	0
525 62	511	Aus- und Fortbildung	0 0	0	0
526 62	511	Sachverständige und Gerichtskosten	0 2.357	0	0
527 62	511	Reisekosten für Dienstreisen	0 260	0	0
538 62	511	Software	0 12.056	0	0
546 62	511	Sonstiges	0 0	0	0
812 62	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0	0
982 62	891	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	0 3.597.543	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

TGr. 63 Zentraler technischer Prüfdienst für Ausgaben aus dem EAGFL und kofinanzierten Maßnahmen des ELER

Erläuterungen:

Veranschlagung der Mittel für die Aufgaben des Zentralen technischen Prüfdienstes als notwendige Voraussetzung zur Vermeidung von Anlastungen der EU (VOEG 1290/2005).

427 63	511	Personalkostenerstattung für Saisonkräfte	270.000	270.000	270.000
			151.534		

Erläuterungen:

Bedarf an Mitarbeiter Prüfdienst saisonal für 6-7 Monate

	2013	2014	2015
E 9	10	10	10
Summe	10	10	10

511 63	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.500	35.000	35.000
			32.039		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Geschäftsbedarf	1.000	1.000
2. Bücher, Zeitschriften	1.000	1.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18.000	18.000
4. Postgebühren	1.000	1.000
5. Mobilfunkanschlüsse	12.000	12.000
6. Fernmeldegebühren	1.000	1.000
7. Sonstiges	1.000	1.000
Summe	35.000	35.000

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

514 63	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	105.400	75.000	75.000
			71.085		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	70.000	70.000
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.500	2.500
3. Verbrauchsmittel	2.500	2.500
4. Sonstiges		
Summe	75.000	75.000

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2012		Soll 2013		Soll 2014	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Geländewagen	27	0	27	0	27	0
Zusammen	27	0	27	0	27	0

Weniger wegen Umverteilung nach Titel 811 63.

525 63	511	Aus- (und Fort)bildung	27.000	14.000	14.000
			10.871		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 525 63

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf und Umverteilung innerhalb der Titelgruppe.

527 63	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	19.000 13.475	15.000	15.000
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umverteilung nach Titel 511 63.

538 63	511	ADV-Hardware, Unterhaltung	15.000 13.459	15.000	15.000
---------------	-----	-----------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

546 63	511	Sonstiges	1.000 0	1.000	1.000
---------------	-----	------------------	-------------------	--------------	--------------

811 63	511	Erwerb von Dienstfahrzeugen	30.000 0	70.000	70.000
---------------	-----	------------------------------------	--------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Umverteilung aus den Titeln 514 63 und 812 63..
 Mehr wegen der notwendigen Ersatzbeschaffung von zwei Geländewagen.

812 63	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	30.000 2.218	0	0
---------------	-----	--	------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umverteilung nach 811 63.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63			519.900	495.000	495.000
--	--	--	----------------	----------------	----------------

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei TG 66 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.*

427 66	511	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0 6.969	0	0
---------------	-----	--	-------------------	----------	----------

428 66	511	Entgelte der Arbeitnehmer	0 0	0	0
---------------	-----	----------------------------------	---------------	----------	----------

511 66	511	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen	0 22.381	0	0
---------------	-----	--	--------------------	----------	----------

514 66	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	0 27.720	0	0
---------------	-----	---	--------------------	----------	----------

525 66	511	Aus- und Fortbildung	0 0	0	0
---------------	-----	-----------------------------	---------------	----------	----------

527 66	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 1.513	0	0
---------------	-----	--	-------------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					
546 66	511	Sonstiges	0	0	0
			417.068		
811 66	511	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0	0	0
			28.931		
812 66	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			26.310		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0 0

TGr. 72 Zusammenarbeit mit dem Land Berlin

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

428 72	511	Entgelte der Arbeitnehmer	0	0	0
			198.100		
511 72	511	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausrüstungen und Ausstattungen	0	0	0
			0		
527 72	511	Reisekostenvergütungen	0	0	0
			0		
538 72	511	Software	0	0	0
			0		
546 72	511	Sonstiges	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 0 0 0

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2015 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
			0		

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Regierungsoberinspektor	A10	gD	7,00	12,00	12,00
davon kw:					
6,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)					
3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)					
3,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.; PBP 2018)					
Regierungsobersekretär	A7	mD	2,00	1,00	1,00
davon kw:					
1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.; PBP 2018)					
Zusammen:			9,00	13,00	13,00

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 422 79

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2013	2014			
Abgänge:					
Abgänge infolge Einsparung					
	1,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
	1,00	0,00	A7 mD	Regierungsobersekretär	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
	2,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
	2,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	-2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Umwandlung / Umsetzung					
Zugänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	6,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umwandlung von A10 gD Umsetzung von 42210 nach 42279 laut PBP 2015
	6,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
	6,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
	6,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 79	011	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
			0		

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2012	2013	2014
E 15		1,00	0,00	0,00
E 13		13,00	4,00	4,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2018 (bis 31.12., PBP 2018)			
	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
E 9		26,00	6,00	6,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	3,00 im Jahr 2018 (bis 31.12., PBP 2018)			
E 8		4,00	3,00	3,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12., PBP 2018)			
E 6		7,00	6,00	6,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
	5,00 im Jahr 2015 (bis 31.12., PBP 2015)			
E 5		2,00	0,00	0,00
E 4		1,00	0,00	0,00
Zusammen:		54,00	19,00	19,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2013	2014	
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
	1,00	0,00	E 15
	9,00	0,00	E 13
	20,00	0,00	E 9
	1,00	0,00	E 8
	6,00	0,00	E 6
	2,00	0,00	E 5
	1,00	0,00	E 4
	40,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung
	40,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt
	-40,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen
 5,00 0,00 E 6

Umwandlung von E 6

Umsetzung von 42810 nach
 42879 laut PBP 2015

5,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
5,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt
5,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 **0 0 0**

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 511 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation **20.000 21.600 21.600**
 6.439

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Hardware	13.000	13.000
2.	Software	3.000	3.000
3.	Unterhaltung	4.000	4.000
4.	Kommunikation	1.000	1.000
5.	Sonstiges	600	600
Summe		21.600	21.600

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 99 511 Mieten **0 0 0**
 0

525 99 511 Aus- und Fortbildung **10.000 14.400 14.400**
 3.487

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	14.400	14.400
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		14.400	14.400

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

538 99 511 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen **338.400 313.600 313.600**
 195.489

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 538 99

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Pflege Landesentwicklungsfachinformationssystem Landwirtschaft (Vertrag)	17.600	17.600
2.	Pflege Standard-GIS LEFIS (Vertrag)	51.500	51.500
3.	FAKOL (Pflegevertrag)	30.100	37.100
4.	Pflege Fachverfahren (bestehende Verträge)	70.000	70.000
5.	Pflege PIAF (incl. SAS) (bestehender Vertrag)	17.000	17.000
6.	Pflege Kleinverfahren (bestehende Verträge)	20.000	20.000
7.	Pflege KIVID/GEOgraf (bestehender Vertrag)	16.000	9.500
8.	Sicherheitskonzept	5.000	10.000
9.	ZEPP (Grundbeitrag Bund-Ländervereinbarung)	16.700	16.700
10.	Entwicklung Schnittstelle Laborsystem	9.000	4.500
11.	GEOgraf/KIVID ALKIS-Modul	10.000	5.000
12.	GIS-Projektpflege FAKOL (bestehender Vertrag)	17.000	17.000
13.	Entwicklung Fischerei-Informationssystem im Grundsystem	33.700	0
14.	Entwicklung mobile Felderfassung FAKOL	0	37.700
Summe		313.600	313.600

812 99	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	5.000	0	0
			0		

Erläuterungen:

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99		373.400	349.600	349.600
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen		893.300	844.600	844.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	841.800	745.000	745.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		841.800	745.000	745.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.561.200	23.821.200	23.398.600
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.563.000	7.410.000	7.345.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	840.000	820.000	820.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	510.500	349.000	362.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		32.474.700	32.400.200	31.926.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-31.632.900	-31.655.200	-31.181.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	422	Sonstige Einnahmen	20.000	20.000	20.000
			13.925		

aus Titelgruppen:	0	750.000	2.030.000
--------------------------	----------	----------------	------------------

Summe HGr. 1:	20.000	770.000	2.050.000
---------------	---------------	----------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 20	422	Zuweisungen vom Bund für EFRE Ziel 3 Projekte	0	0	0
			0		

Siehe Verstärkungsvermerke bei Titel 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung von EFRE Ziel 3 Ausgaben im Titel 537 22 (Förderperiode 2007 bis 2013).

232 10	422	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	1.027.000	1.027.000	1.027.000
			755.819		

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung i.H.v. 50 v. H. der Ausgaben.

272 20	422	Sonstige Zuschüsse der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE Ziel 3/INTERREG IV)	370.000	280.000	250.000
			424.314		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung der Ausgaben für INTERREG IV B und C-Projekte sowie INTERREG V-B Projekten im Titel 537 22 mit einem Förderanteil von 75%.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 2:	1.397.000	1.307.000	1.277.000
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

119 61	631	Sonstige Einnahmen	0	750.000	2.030.000
			334.908		

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 61.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	0	750.000	2.030.000
-----------------------	---------------	----------	----------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	750.000	2.030.000
-----------------------	----------------------------------	----------	----------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	422	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30.000 70.284	35.500	35.000
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Geschäftsbedarf	18.500	18.000
2.		Bücher, Zeitschriften	6.000	6.000
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.500	10.500
4.		Sonstiges	500	500
Summe			35.500	35.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

511 20	422	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	10.000 6.334	8.000	8.000
---------------	-----	---	------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Postgebühren	6.100	6.100
2.		Mobilfunkanschlüsse	500	500
3.		Fernmeldegebühren	1.300	1.300
4.		Sonstiges	100	100
Summe			8.000	8.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 10	422	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	300 0	300	400
---------------	-----	--	-----------------	------------	------------

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Haltung von Dienstfahrzeugen	0	0
2.		Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0
3.		Verbrauchsmittel	300	400
4.		Sonstiges	0	0
Summe			300	400

514 25	422	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	30.000 22.947	30.000	30.000
---------------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Chauffeurdienst	5.000	5.000
2.		allgemeinen Fahrdienst	25.000	25.000
Summe			30.000	30.000

517 10	422	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10.600 437	7.000	7.000
---------------	-----	---	----------------------	--------------	--------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 517 10

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

518 10	422	Mieten und Pachten	11.000 210	2.000	2.000
--------	-----	---------------------------	---------------	-------	-------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	248.000				248.000
2014	248.000				248.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	496.000				496.000

518 20	422	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	400 0	200	200
--------	-----	---	----------	-----	-----

518 25	719	Mietzahlungen an den BLB	388.600 380.566	428.000	437.000
--------	-----	---------------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Müllroser Chaussee 50, Frankfurt (Oder), GL6 , Fläche 450,83 qm	48.400	48.400
2. Gulbener Str.24, Cottbus, GL7 , Fläche 631,16 qm	56.600	65.600
3. Lindenstr. 34 A Potsdam, Fläche 1755,43 qm	308.600	308.600
4. Dortustr. Potsdam, Fläche 133.20 qm	14.400	14.400
Summe	428.000	437.000

Mehr wegen neuer Einzelnutzungsvereinbarungen mit dem BLB und steigender Betriebskosten.

519 10	422	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	8.100 4.160	8.000	8.000
--------	-----	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	0	
2. Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	8.000	8.000
Summe	8.000	8.000

Der Mietvertrag für die Räume in der Lindenstraße sieht Schönheitsreparaturen zulasten des Mieters vor.

525 10	422	Aus- und Fortbildung	15.000 8.125	14.000	14.000
--------	-----	-----------------------------	-----------------	--------	--------

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Aus- und Fortbildung	14.000	14.000
2. Lehr- und Lernmittel	0	
Summe	14.000	14.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 525 10

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

526 10	422	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	188.500	296.600	298.000
			316.370		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	100.000	100.000
davon fällig:		
2014 bis zu	100.000	
2015 bis zu		100.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		100.000			100.000
2014			100.000		100.000
2015				100.000	100.000
2016					
2017 ff.					
Summen		100.000	100.000	100.000	300.000

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Sachverständige und rechtliche Beratung in Rechtsstreitverfahren	51.600	53.000
2. Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	45.000	40.000
3. Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten des Raumordnungsprogramms und der Raumordnungspläne	35.000	50.000
4. Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumentwicklung und Strukturpolitik	65.000	80.000
5. Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	45.000	55.000
6. Sachverständige und rechtliche Beratung Braunkohle- und Sanierungsplanung	55.000	20.000
Summe	296.600	298.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

527 10	422	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	21.000	24.000	24.000
			22.640		

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

531 10	422	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	70.000	63.000	63.000
			59.058		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 531 10

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	20.000	20.000
davon fällig:		
2014 bis zu	20.000	
2015 bis zu		20.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		20.000			20.000
2014			20.000		20.000
2015				20.000	20.000
2016					
2017 ff.					
Summen		20.000	20.000	20.000	60.000

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Kosten für gesetzliche Veröffentlichungen der Raumordnung, Landesentwicklung, Regionalplanung und andere Publikationen.	63.000	63.000
Summe	63.000	63.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

535 10	422	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung	35.000	35.000	35.000
			52.625		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	30.000	30.000
davon fällig:		
2014 bis zu	30.000	
2015 bis zu		30.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 535 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		30.000			30.000
2014			30.000		30.000
2015				30.000	30.000
2016					
2017 ff.					
Summen		30.000	30.000	30.000	90.000

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Kosten für kartographische Arbeiten zur Schaffung von Landesplanungsgrundlagen	3.000	3.000
2. Kartographieaufwand und Digitalisierung des Raumordnungskatasters	31.500	31.500
3. Kartographische Aufwendungen für die Braunkohlen- und Sanierungsplanung	500	500
Summe	35.000	35.000

537 10 422 Braunkohle- und Sanierungsplanung **285.000** **160.000** **65.000**
 209.495

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	70.000	70.000
davon fällig:		
2014 bis zu	30.000	
2015 bis zu	40.000	30.000
2016 bis zu		40.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	150.000	60.000			210.000
2014		60.000	30.000		90.000
2015		20.000	40.000	30.000	90.000
2016				40.000	40.000
2017 ff.					
Summen	150.000	140.000	70.000	70.000	430.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 537 10

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Kosten für den Braunkohlenausschuss	5.000	5.000
2.	Erarbeitung von Beschlussvorlagen durch Mitwirkung Dritter für den Braunkohlenausschuss zu den Tagebauen und Umsiedlungsplanungen sowie Sanierungsgebieten	85.000	30.000
3.	Kosten für die gutachterliche Bearbeitung von Braunkohleplänen	70.000	30.000
Summe		160.000	65.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

537 20	422	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen	170.000	280.000	274.000
			267.829		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	50.000	50.000
davon fällig:		
2014 bis zu	30.000	
2015 bis zu	20.000	30.000
2016 bis zu		20.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	30.000	30.000			60.000
2014		20.000	30.000		50.000
2015			20.000	30.000	50.000
2016				20.000	20.000
2017 ff.					
Summen	30.000	50.000	50.000	50.000	180.000

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Gutachten in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	30.000	30.000
2.	Gutachten in Angelegenheiten des Raumentwicklungsprogramms und der Raumordnungspläne	70.000	70.000
3.	Gutachten in Angelegenheiten der Raumentwicklung und der Strukturpolitik	60.000	60.000
4.	Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	80.000	80.000
5.	Raumordnungsbericht, Raumbbeobachtung, Monitoring	40.000	34.000
Summe		280.000	274.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 22	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)	534.100	400.000	500.000
			613.703		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 20 und 272 20 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 537 22

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	1.750.000	400.000
davon fällig:		
2014 bis zu	300.000	
2015 bis zu	400.000	150.000
2016 bis zu	150.000	250.000
2017 ff. bis zu	900.000	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	560.000	200.000			760.000
2014	510.000	200.000	300.000		1.010.000
2015		100.000	400.000	150.000	650.000
2016			150.000	250.000	400.000
2017 ff.			900.000		900.000
Summen	1.070.000	500.000	1.750.000	400.000	3.720.000

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Finanzierung von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit INTERREG IV B und C	250.000	350.000
2. Technische Hilfe transnationale Zusammenarbeit INTERREG IV	150.000	150.000
Summe	400.000	500.000

Das Land beabsichtigt, sich am Förderprogramm der EU zur transnationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Die Maßnahmen werden mit EU- Mitteln bis zu 75% gefördert. Das Land kann in Vorleistung treten.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

538 10	422	Ausgaben für Datenverarbeitung	117.000	160.000	160.000
			110.267		

Erläuterungen:

Softwarekosten für das Planungsinformationssystem (PLIS) insbesondere das digitalisierte Raumordnungskataster sowie Wartung und Pflege der eingesetzten Software im sonstigen Verwaltungsbereich.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

541 10	422	Aufwendungen für Veranstaltungen	73.000	35.000	35.000
			27.634		

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Technische Ausstattung	15.000	15.000
2. Bewirtung und Organisation	15.000	15.000
3. Sonstiges	5.000	5.000
Summe	35.000	35.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

546 10	422	Sonstiges	12.400	15.000	15.000
			14.324		

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

546 15	422	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Siehe Vermerk bei Kapitel 11 020 Titel 546 15

Summe HGr. 5:			2.010.000	2.001.600	2.010.600
---------------	--	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	422	Zuschüsse an Gebietskörperschaften sowie gemeinnützige Träger	0	0	0
			0		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln 526 10, 535 10, 537 20 und 537 22 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuschüsse an die Projektträger im Rahmen der von der EU geförderten Transnationalen Zusammenarbeit in europäischen Großräumen sowie für regionale Entwicklungsvorhaben.

aus Titelgruppen:			4.125.800	4.125.800	4.125.800
-------------------	--	--	-----------	-----------	-----------

Summe HGr. 6:			4.125.800	4.125.800	4.125.800
---------------	--	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	422	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	9.000	9.000	9.000
			0		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Büroausstattung	1.000	1.000
1.2	Präsentations- und Dokumentationstechnik	2.000	2.000
1.3	Informationstechnik	1.000	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>4.000</i>	<i>4.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Büroausstattung	3.000	3.000
2.2	Bürotechnik	2.000	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>5.000</i>	<i>5.000</i>
	Summe	9.000	9.000

aus Titelgruppen:			28.924.200	39.234.200	38.564.200
-------------------	--	--	------------	------------	------------

Summe HGr. 8:			28.933.200	39.243.200	38.573.200
---------------	--	--	------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

*Ausgaben dürfen nur für Maßnahmen und Projekte des VA V Braunkohlesanierung geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe 61 sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Ausgaben bei Titel 685 61 sind übertragbar.
 Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 893 61 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der im Titel 119 61 erzielten Mehreinnahmen geleistet werden.*

Erläuterungen:

Maßnahmen nach § 2 VA V Braunkohlesanierung

Maßnahmen nach § 2 des vierten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2013 bis 2017 (VA V Braunkohlesanierung) zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastensanierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995.

Im § 2 des VA V Braunkohlesanierung ist aufgrund der Rechtsverpflichtung des Projektträgers festgelegt, dass zwischen dem Bund und den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Jahre 2013 - 2017 ein Finanzplafonds in Höhe von 736,52 Mio. Euro für Maßnahmen der bergbaulichen Sanierung, Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung zur Verfügung gestellt wird. Diese Summe wird im Verhältnis 75 v. H. / 25 v. H. zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Ferner stellt der Projektträger, die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Eigenanteile in Höhe von 33, 48 Mio. Euro zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2013 (2014) teilen sich der Bund und die Länder den Plafonds zu 109,50 (110,64) Mio. Euro und 36,50 (36,88) Mio. Euro. Von dem Länderanteil finanziert das Land Brandenburg 17,16 (17,25) Mio. Euro.

Maßnahmen nach § 3 VA V Braunkohlesanierung

Im § 3 des VA V Braunkohlesanierung ist unter Zurückstellung unterschiedlicher Rechtsstandpunkte und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht festgelegt, dass für die Abwehr von Gefährungen im Zusammenhang mit dem bergbaubedingten Grundwasserwiederanstieg sowie für sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung für die Jahre 2013 - 2017 ein Finanzrahmen in Höhe von insgesamt 459,60 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzierung teilen sich der Bund und die Länder grundsätzlich jeweils hälftig.

Für das Haushaltsjahr 2013 (2014) stellen der Bund und das Land Brandenburg zusammen 32,40 (30,90) Mio. Euro zur Verfügung. Das Land Brandenburg finanziert davon 16,20 (15,45) Mio. Euro. Projektträger ist die LMBV.

Maßnahmen nach § 4 VA V Braunkohlesanierung

Für weitere Maßnahmen der Braunkohlesanierung, zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlenaltbergbaus, stellen die Länder über die Verpflichtungen der LMBV hinaus weitere Finanzmittel zur Verfügung. Das Land Brandenburg stellt im Haushaltsjahr 2013 (2014) einen Betrag in Höhe von 10,00 (10,00) Mio. Euro bereit.

Neben der Projektträgerschaft der LMBV werden kommunale und gleichwertige Projektträgerschaften zugelassen.

685 61	631	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland	4.125.800 680.000	4.125.800	4.125.800
883 61	631	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000 121.205	300.000	300.000
893 61	631	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	28.624.200 33.016.252	38.934.200	38.264.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 893 61

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	10.000	
davon fällig:		
2014 bis zu	10.000	
2015 bis zu		
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	34.250.000	9.110.000			43.360.000
2014	33.458.900	9.231.100	10.000		42.700.000
2015		44.660.000			44.660.000
2016		89.910.000			89.910.000
2017 ff.					
Summen	67.708.900	152.911.100	10.000		220.630.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeit im Jahr 2014 wird zur vollständigen Absicherung des auf das Land Brandenburg entfallenden Finanzvolumens des VA V Braunkohlesanierung benötigt. Das VA V Braunkohlesanierung beginnt mit dem Haushaltsjahr 2013 und endet mit dem Haushaltsjahr 2017. Das VA V liegt in einer abgestimmten Endfassung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit Bearbeitungsstand 14. Februar 2012 zur Schlusszeichnung bereit. Die Schlusszeichnung ist für das III. Quartal 2012 vorgesehen.

972 61 881 Globale Minderausgabe **-2.000.000**
0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **31.050.000 43.360.000 42.690.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **31.050.000 43.360.000 42.690.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	770.000	2.050.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.397.000	1.307.000	1.277.000
Gesamteinnahme		1.417.000	2.077.000	3.327.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.010.000	2.001.600	2.010.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.125.800	4.125.800	4.125.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.933.200	39.243.200	38.573.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-2.000.000		
Gesamtausgabe		33.069.000	45.370.600	44.709.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-31.652.000	-43.293.600	-41.382.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	1.300.000	1.350.000	1.350.000
			1.195.995		

112 10	719	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	80.000	80.000	80.000
			74.458		

Erläuterungen:

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- § 19 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafenverordnung
- § 89 Landesschiffahrtsverordnung.

119 10	719	Sonstige Einnahmen	4.000	4.000	4.000
			8.585		

119 20	165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	200	200	200
			335		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 10.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

132 10	719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	100	100	100
			23.610		

Erläuterungen:

			2013	2014
			EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen		0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen		100	100
Summe			100	100

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

Summe HGr. 1:	1.384.300	1.434.300	1.434.300
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	719	Erstattung von Verwaltungsausgaben - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	99.300	99.300	99.300
			101.464		

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Im Erstattungsbetrag sind die anteiligen Kosten für den Leiter der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (19.800 EUR) enthalten.

232 20	751	Erstattung von Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen	0	0	0
			121.207		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 232 20

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 428 20.

Summe HGr. 2:	99.300	99.300	99.300
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10 891 Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.700	105.700	0
	105.667		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten den vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteil für die Luftaufsicht.

Summe HGr. 3:	105.700	105.700	0
---------------	----------------	----------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	719	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.691.000	2.653.900	2.528.400
			2.470.138		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.653.900	2.528.400
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
Summe		2.653.900	2.528.400

Weniger wegen Einsparung entsprechend der Personalbedarfsplanung.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Präsident des Landesamtes für Bauen und Verkehr	B3	hD	1,00	1,00	1,00
Abteilungsleiter	B2	hD	0,00	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	3,00	2,00	2,00
Regierungsdirektor	A15	hD	7,00	7,00	7,00
Oberregierungsrat	A14	hD	8,00	8,00	8,00
Regierungsoberratsrat	A13	gD	13,00	13,00	13,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	14,00	14,00	14,00
Regierungsamtman	A11	gD	33,00	33,00	33,00
Regierungsobersinspektor	A10	gD	13,00	13,00	13,00
Zusammen:			92,00	92,00	92,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Stellenhebung:

sonstige Hebungen	2013	2014	Begründung
1,00	0,00		von A16 hD Leitender Regierungsdirektor nach B2 hD Abteilungsleiter Leiter der LuBB
1,00	0,00		Sonstige Hebungen insgesamt
1,00	0,00		Stellenhebungen insgesamt

427 20	719	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
			0		

428 10	719	Entgelte der Arbeitnehmer	8.331.800	8.258.800	7.979.400
			6.784.222		

Erläuterungen:

Weniger wegen Einsparung entsprechend der Personalbedarfsplanung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
AT I	1,00	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00	3,00
E 14	16,00	16,00	16,00
E 13	11,00	9,00	9,00
E 12	0,00	3,00	3,00
E 11	3,00	15,00	15,00
E 10	12,00	0,00	0,00
E 9	8,00	14,00	14,00
E 8	25,00	13,00	13,00
E 6	16,00	14,00	14,00
E 4	3,00	3,00	3,00
Zusammen:	98,00	91,00	91,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00 0,00 E 13

Umwandlung nach E 13

Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015

3,00 0,00 E 9

Umwandlung nach E 9

Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015

2,00 0,00 E 6

Umwandlung nach E 6

Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015

7,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

7,00 **0,00** **Stellen Abgänge insgesamt**

-7,00 0,00 **Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

Stellenhöherstufung:

sonstige Hebungen

3,00 0,00 von E 11

nach E 12

infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

13,00 0,00 von E 10

nach E 11

infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

2,00 0,00 von E 9

nach E 11

infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

1,00 0,00 von E 9

nach E 10

infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

12,00 0,00 von E 8

nach E 9

infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L

31,00 0,00 Sonstige Höherstufungen insgesamt

31,00 **0,00** **Stellenhöherstufungen insgesamt**

428 20	719	Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen	0	0	0
			109.421		

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der bei Titel 232 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Beschäftigung von bis zu 7 Tarifbeschäftigten für die Gemeinsame Obere Luffahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gemäß Luffahrtstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom 4. Mai 2006 i. V. mit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 04.05.2006. Erstattung in voller Höhe durch das Land Berlin.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 428 20

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
E 15	1,00	1,00	1,00
E 11	2,00	2,00	2,00
E 10	1,00	1,00	1,00
E 9	1,00	1,00	1,00
E 8	2,00	2,00	2,00
Zusammen:	7,00	7,00	7,00

453 10	719	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	20.000	10.000	10.000
			6.833		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Trennungsschädigung	3.000	3.000
2. Umzugskostenvergütung	7.000	7.000
Summe	10.000	10.000

Summe HGr. 4:	11.042.800	10.922.700	10.517.800
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	153.300	142.000	141.000
			130.243		

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Geschäftsbedarf	27.000	30.000
2. Bücher, Zeitschriften	70.000	70.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.000	33.000
4. Sonstiges	8.000	8.000
Summe	142.000	141.000

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

511 20	719	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	79.000	88.000	88.000
			87.140		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Postgebühren	47.000	47.000
2. Mobilfunkanschlüsse	6.000	6.000
3. Fernmeldegebühren	35.000	35.000
4. Sonstiges	0	0
Summe	88.000	88.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 511 20

Im Landesamt sind 25 Mobiltelefone im Einsatz.

Mehr wegen der Nutzung verschiedener Infosysteme am neuen Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg zur Wahrnehmung der gesetzlichen Aufsichtstätigkeit.

514 10	719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	48.000	49.000	50.000
			70.405		

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	48.000	48.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000	2.000
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	49.000	50.000

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2012		Soll 2013		Soll 2014	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	0	2	0	2	0
PKW	10	2	11	1	11	1
Anhänger	1	0	1	0	1	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0	1	0
Zusammen	14	2	15	1	15	1

517 10	719	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	8.000	3.000	8.000
			5.234		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0	0
4.	Grundbesitzabgaben	0	0
5.	Bewachungskosten	0	0
6.	Sonstiges	3.000	8.000
	Summe	3.000	8.000

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen, die nicht vom BLB im Rahmen der Einzelnutzungsvereinbarungen abgedeckt sind.

In 2013 weniger, da in diesem Jahr keine Prüfungen der ortsveränderlichen Betriebsmittel durchgeführt werden müssen.
 In 2014 mehr, da in diesem Jahr die Prüfungen der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel durchgeführt werden müssen.

518 20	719	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	17.000	26.000	26.000
			14.643		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	26.000	26.000
2.	Mieten für Software	0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0	0
	Summe	26.000	26.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 518 20

Miete von 8 Kopiergeräten.

Mehr, da der bestehende Pool-Vertrag ausläuft und bei Neuanmietung mit einer entsprechenden Preissteigerung zu rechnen ist.

518 25	719	Mietzahlungen an den BLB	833.800	873.100	969.700
			850.223		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten (LBV-Hauptsitz)	329.200	329.200
2	Gulbener Straße 24, 03046 Cottbus (LBV-Außenstelle Cottbus)	197.400	228.500
3	Müllroser Chaussee 48 (Haus 7), 15236 Frankfurt (LBV-Außenstelle Frankfurt)	104.500	104.500
4	Mittelstraße 9, 12529 Schönefeld (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	190.500	95.200
5	Breite Straße 7a, 14467 Potsdam (LBV-Außenstelle Potsdam)	51.500	51.500
6	Businesspark Kienberg, 12529 Schönefeld (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	0	160.800
Summe		873.100	969.700

Mehr in Anpassung an die Einzelnutzungsvereinbarungen und den erhöhten Betriebsnebenkosten.

518 30	719	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	3.000	2.600	2.600
			4.090		

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus Titel 811 10 gedeckt werden.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2012		2013		2014	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	2	1	0	1	0	0
Zusammen	2	1	0	1	0	0

525 10	719	Aus- und Fortbildung	102.200	80.000	80.000
			96.870		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	80.000	80.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		80.000	80.000

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

526 10	719	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	129.000	90.000	90.000
			83.798		

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

527 10	719	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	43.000	42.500	42.800
			26.631		

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

531 10	719	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	7.000 6.181	5.000	5.000
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Aufgaben der Raumbesichtigung und der Städtebauförderung erfordern professionelle Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Ministerien, Kommunen und andere Nachfrager. Erhöhter Aufwand durch Trend zur Professionalisierung von Veröffentlichungen. Durch Outputverbesserung, insbesondere in den Bereichen deutsch-polnische Kooperation, Stadtbau erhöhter quantitativer Bedarf.

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

535 10	719	Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	13.000 5.003	13.000	13.000
---------------	-----	--	------------------------	---------------	---------------

541 10	719	Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	8.000 400	8.000	0
---------------	-----	---	---------------------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger in 2014 wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

546 10	719	Sonstiges	4.000 2.547	3.000	18.000
---------------	-----	------------------	-----------------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Zahlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister.

Mehr in 2014 wegen Umzugsleistungen für die Außenstelle Schönefeld.

546 15	011	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	464.700	1.194.200	1.173.500
---------------	-----	---	----------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	IT- Grundausstattung je Arbeitsplatz	332.500	310.500
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	47.200	44.600
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	559.100	563.000
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Betrieb Fachverfahren	10.900	10.900
4.2	LVN-Kosten	218.000	218.000
4.3	Kommunikation	20.200	20.200
4.4	TK-Verbund	0	0
4.5	Datenverbund	0	0
4.6	IT-Weiterbildung	6.300	6.300
	Summe	1.194.200	1.173.500

Mehr wegen der Veranschlagung des Verrechnungssatzes 2013/2014 - Entgelt an den Dienstleister - ZIT-BB

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 546 15

Kapitel 11 400	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014
1	2		3		4		5	
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	228	100	0	121	2	2	13	13
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	10	10	0	0	23	21	0	0

546 20 719 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 0 0 0
3.200

Erläuterungen:

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

547 10 719 Sonstige Dienstleistungen 0 0 0

Erläuterungen:

Die Durchführung der Anhörungsverfahren für mehrere große Straßenbaumaßnahmen sind nicht von der Anhörungsbehörde allein zu bewältigen. Zur Unterstützung (Organisation, Protokollführung, technische Ausstattung u.ä.) sollen Firmen beauftragt werden, die sich auf ein derartiges Verfahren spezialisiert haben.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(537 10) 719 Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen 0
17.067

aus Titelgruppen: 182.800 184.600 207.400

Summe HGr. 5: 2.095.800 2.804.000 2.915.000

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10 751 Personalkostenerstattung Luftaufsicht BER 60.000 60.000 60.000
0

Erläuterungen:

Personalkostenzuschuss für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal durchgeführt wird.

Summe HGr. 6: 60.000 60.000 60.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 719 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 40.600 40.600 40.600
51.000

*Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.*

Erläuterungen:

Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 811 10

Neubeschaffungen:		2013	2014
2013/2014		EUR	EUR
2/	PKW		
Zusammen		0	0
Ersatzbeschaffungen:		2013	2014
2013/2014		EUR	EUR
3/3	PKW	40.600	40.600
Zusammen		40.600	40.600

Bei der Veranschlagung der Neubeschaffungen handelt es sich lediglich um eine Korrektur des Pkw-Bestandes ab dem Haushaltsjahr 2013. Bisher wurden die geleaste Pkw nicht in der Gesamtzahl berücksichtigt.

812 10	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	10.000	105.000	20.000
			6.986		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	5.000
	<i>Summe zu 1.</i>	0	5.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Röntgen-Gepäckkontrollgerät	95.000	0
2.2	Ausstattungen von Büroräumen	10.000	15.000
	<i>Summe zu 2.</i>	105.000	15.000
	Summe	105.000	20.000

In 2013 mehr wegen der auf Grund geänderter gesetzlicher Vorschriften notwendigen Ersatzbeschaffung eines Röntgen-Gepäckkontrollgerätes.
 In 2014 weniger wegen geringerer Ersatzbeschaffungen.

aus Titelgruppen:	39.200	85.000	78.000
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 8:	89.800	230.600	138.600
----------------------	---------------	----------------	----------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	891	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.700	105.700	0
			105.667		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung des vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteils für die Luftaufsicht.

Summe HGr. 9:	105.700	105.700	0
----------------------	----------------	----------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2015 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	719	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
			0		
428 79	719	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
			0		

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
E 13	1,00	2,00	2,00
davon kw: 2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
E 10	3,00	3,00	3,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.; PBP 2018)			
2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
E 9	9,00	10,00	9,00
davon kw: 3,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.; PBP 2018)			
3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
3,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
E 6	5,00	6,00	4,00
davon kw: 2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)			
2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.; PBP 2015)			
2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)			
Zusammen:	18,00	21,00	18,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2013	2014		
Abgänge:				
Abgänge infolge Einsparung				
1,00 0,00 E 13				Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
0,00 0,00 E 10				Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
2,00 1,00 E 9				Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
1,00 2,00 E 6				Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfsplanung
4,00 3,00				Abgänge durch Personalbedarfsplanung
4,00 3,00				Stellen Abgänge insgesamt
-4,00 -3,00				Stellen Zugänge / Abgänge (-)
Umwandlung / Umsetzung				
Zugänge:				
Umwandlungen und Umsetzungen				
2,00 0,00 E 13				Umwandlung von E 13 Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
3,00 0,00 E 9				Umwandlung von E 9 Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
2,00 0,00 E 6				Umwandlung von E 6 Umsetzung von 42810 nach 42879 laut PBP 2015
7,00 0,00				Umwandlungen / Umsetzungen
7,00 0,00				Stellen Zugänge insgesamt
7,00 0,00				Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 0 0 0

TGr. 99 Ausgaben der Datenverarbeitung

511 99 719 **Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation** 42.000 32.000 32.000
44.511

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1	Hardware	5.000	5.000
2	Software	2.000	2.000
3	Unterhaltung	15.000	15.000
4	Kommunikation	5.000	5.000
5	Sonstiges	5.000	5.000
Summe		32.000	32.000

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

518 99 719 **Mieten** 0 0 0
0

525 99 719 **Aus- und Fortbildung** 15.000 15.000 15.000
6.724

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		15.000	15.000

538 99 719 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** 125.800 137.600 160.400
32.225

Erläuterungen:

Mehr wegen der Weiterentwicklung der DAS-Datenbank im Hinblick auf die neue Städtebauförderrichtlinie.

812 99 719 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen** 39.200 85.000 78.000
344.662

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Hardware	8.000	7.500
1.2	Software	15.000	30.000
1.3	Kommunikation	0	2.000
<i>Summe zu 1.</i>		<i>23.000</i>	<i>39.500</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Hardware	60.000	36.500
2.2	Software	0	0
2.3	Kommunikation	1.000	1.000
<i>Summe zu 2.</i>		<i>61.000</i>	<i>37.500</i>
3.	Sonstiges		
3.1	Sonstiges	1.000	1.000
<i>Summe zu 3.</i>		<i>1.000</i>	<i>1.000</i>
Summe		85.000	78.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 99

Mehr wegen notwendiger Hardwareersatzbeschaffungen.
 Im Jahr 2014 weniger wegen geringerer Ersatzbeschaffungen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	222.000	269.600	285.400
-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	222.000	269.600	285.400
---	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.384.300	1.434.300	1.434.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.300	99.300	99.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	105.700	105.700	0
Gesamteinnahme		1.589.300	1.639.300	1.533.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.042.800	10.922.700	10.517.800
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.095.800	2.804.000	2.915.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	60.000	60.000	60.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	89.800	230.600	138.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	105.700	105.700	0
Gesamtausgabe		13.394.100	14.123.000	13.631.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.804.800	-12.483.700	-12.097.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	725	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
			0		

Summe HGr. 1:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	711	Abführungen des Landesbetriebes Straßenwesen an den Landeshaushalt	0	0	0
			0		

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	32.529.600	27.108.000	27.108.000
			32.529.600		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 10

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel zur Verbesserung des Kommunalen Straßenbaus.

389 01	729	Einnahmen des Bundes zur Ausgleichsfinanzierung - Investitionen an Bundesfernstraßen	0	0	0
			0		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Siehe Vermerk bei Titel 989 01.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 989 01.

Summe HGr. 3:	32.529.600	27.108.000	27.108.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

Erläuterungen:

Die EU- Kommission gewährt einen Zuschuss zur Umsetzung der Richtlinie 2010/40EU vom 07.07.2010 für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern.

Das Projekt wird fortgesetzt. Es werden Planungs- und Baukosten für den Aufbau und die Erneuerung von intelligenten Verkehrssystemen (Straße) zur Erhöhung der Verkehrseffizienz und Verringerung der negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt im Land Brandenburg zu jeweils rd. 20% gefördert.

Die Einnahmen werden u.a. für den Aufbau des gemeinsamen Verkehrsmanagements Berlin- Brandenburg, für den Umbau der Verkehrsbeeinflussungsanlage A 10 genutzt.

331 90	011	Zuschuss des Bundes für das Projekt easy Way (Connect)	0	0	0
			41.617		

Die Ist- Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei der Titelgruppe 90.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Innerhalb des Kapitels sind die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig:
682 50, 682 51, 891 10, 891 11 und 891 12

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	723	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.500 5.188	5.500	5.500
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veröffentlichung von Planfeststellungsbeschlüssen. Mehr wegen zunehmender Veröffentlichung von Planfeststellungsbeschlüssen.

537 10	711	Kosten für Gutachten	50.000 22.015	50.000	50.000
---------------	-----	-----------------------------	-------------------------	---------------	---------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	20.000				20.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	20.000				20.000

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei der Überprüfung und Weiterentwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen und wirtschaftlichen Wandel.

541 10	711	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	3.000 2.037	2.500	2.500
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

547 10	719	Sonstige Dienstleistungen		100.000	120.000
---------------	-----	----------------------------------	--	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Aufbau eines "länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagements Berlin-Brandenburg (VMM) und den Aufbau eines "länder- und verkehrsträgerübergreifenden Informations- und Störfallmanagement" zur Sicherung der Erreichbarkeit des Flughafens Berlin Brandenburg BER (AIRVIS).

aus Titelgruppen:	114.800	81.000		46.400
--------------------------	----------------	---------------	--	---------------

Summe HGr. 5:	169.300	239.000		224.400
----------------------	----------------	----------------	--	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 20	723	Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg		0	0
---------------	-----	--	--	----------	----------

neu

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 682 20

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	250.000	
davon fällig:		
2014 bis zu		
2015 bis zu		
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu	250.000	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014					
2015					
2016					
2017 ff.			250.000		250.000
Summen			250.000		250.000

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg beteiligt sich an der Schließung des Mauerradwegs im Bereich der S-Bahn-Strecke Blankenfelde-Mahlow - Berlin-Lichtenrade durch Finanzierung des Ablösebetrages an die Deutsche Bahn AG. Der Ablösebetrag ist voraussichtlich im Jahr 2020 zu leisten.

682 40	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personal- kosten	81.702.400 80.425.167	78.500.000	76.700.000
---------------	------------	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

682 50	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für verwal- tungswirtschaftliche Tätigkeit	7.118.500 6.913.600	10.786.000	11.088.000
---------------	------------	---	-------------------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen, die folgende Aufwendungen decken, darunter für
Mieten an den BLB und Sonstige 3.668,4 T€
Allgemeine Verwaltungskosten 3.110,7 T€
(u.a. für Bürobedarf, Fahrzeuge und Geräte, Literatur, Telekommunikation)
IT-Aufwendungen 4.006,9 T€
(u.a. für Wartungsverträge, Lizenzen, diverse Fachverfahren, SAP-Kosten, ab 2014 ZIT-Verträge)

Kapitel 11 460* (Bestandteil von 682 50)	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	(1496)	1476	0	0	(116)	116	0	0
Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	(30)	30	0	0	(37)	37	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 682 50

Der LS wird nach Absprache mit dem ZIT voraussichtlich erst im Jahre 2014 die entsprechenden Vereinbarungen abschließen, was sich in den Ansätzen 546 15 für die Planjahre 2013 und 2014 widerspiegelt.

Bei den Angaben zu den Arbeitsplatzzahlen spielt der Einführungsstermin eine unwesentliche Rolle (s. Klammerdaten).

Mehr wegen zunehmender Rechtsverpflichtungen und Veranschlagung für die Aufwendungen im IT-Bereich in voller Höhe. Die Aufwendungen für die IT-Fachverfahren waren bis 2012 bei den Zuschusstiteln 682 51 und 891 10 veranschlagt, da die Leistungen für diese Bereiche erbracht wurden.

682 51	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	26.700.000	26.700.000	26.700.000
			34.266.181		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	21.000.000	21.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	15.000.000	
2015 bis zu	5.000.000	15.000.000
2016 bis zu	1.000.000	5.000.000
2017 ff. bis zu		1.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	2.812.000	15.000.000			17.812.000
2014		5.000.000	15.000.000		20.000.000
2015		1.000.000	5.000.000	15.000.000	21.000.000
2016			1.000.000	5.000.000	6.000.000
2017 ff.				1.000.000	1.000.000
Summen	2.812.000	21.000.000	21.000.000	21.000.000	65.812.000

683 10	723	Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen	410.000	410.000	410.000
			410.000		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		300.000			300.000
2014		50.000			50.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		350.000			350.000

Erläuterungen:

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen sowie für sonstige Leistungen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.

Summe HGr. 6:			115.930.900	116.396.000	114.898.000
---------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	725	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	32.529.600 32.529.600	27.108.000	27.108.000
--------	-----	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	27.000.000	27.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	18.500.000	
2015 bis zu	6.000.000	18.500.000
2016 bis zu	2.500.000	6.000.000
2017 ff. bis zu		2.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	8.500.000	19.000.000			27.500.000
2014	2.025.000	6.000.000	18.500.000		26.525.000
2015		2.500.000	6.000.000	18.500.000	27.000.000
2016			2.500.000	6.000.000	8.500.000
2017 ff.				2.500.000	2.500.000
Summen	10.525.000	27.500.000	27.000.000	27.000.000	92.025.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 331 10.

Die auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden durchzuführende investive Förderung hat u.a. das Ziel:

- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau von verkehrswichtigen Straßen und Brücken,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Erscheinungsbildes in Ortsdurchfahrten,
- Schaffung sicherer Schulwege durch den Ausbau von Radwegen.

Weniger wegen der Neuaufteilung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV.

891 10	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	50.085.000 49.996.000	47.058.500	42.340.400
--------	-----	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	39.750.000	40.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	20.000.000	
2015 bis zu	15.000.000	20.000.000
2016 bis zu	4.750.000	15.000.000
2017 ff. bis zu		5.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 891 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	13.354.000	25.000.000			38.354.000
2014	5.054.000	22.000.000	20.000.000		47.054.000
2015		7.000.000	15.000.000	20.000.000	42.000.000
2016			4.750.000	15.000.000	19.750.000
2017 ff.				5.000.000	5.000.000
Summen	18.408.000	54.000.000	39.750.000	40.000.000	152.158.000

Erläuterungen:

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundesfern- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms,
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Maßnahmen sind nicht verbindlich)

Bei den Maßnahmen handelt es sich um EFRE- und landesmittelfinanzierte, die sowohl dem Titel 891 10 als auch dem Titel 891 12 zuzuordnen sind.

1. Neubaumaßnahmen:

Ifd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten	vorauss. verausgabt bis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Vorbehalten für 2015ff
		1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
L 40	Neubau Güterfelder Eck	10.126,0	5.258,0	3.158,0	1.210,0	500,0
L 40	OU Güterfelde	30.244,0	24.630,0	5.264,0	350,0	0,0
L 76	Mahlow 2.BA	13.857,0	3.271,0	9.635,0	735,0	216,0
L33	vierstreifiger Ausbau AS Marzahn-OL Hönow	5.682,0	5.028,0	560,0	31,0	63,0
Summe		59.909,0	38.187,0	18.617,0	2.326,0	779,0

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Die Maßnahmen sind nicht verbindlich)

2. Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen

Ifd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten	vorauss. verausgabt bis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Vorbehalten für 2015ff
		1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
L 21	OD Liebenwalde	1.012,0	0,0	860,0	152,0	0,0
L 40	BW Storkower Kanal bei Kummersdorf	1.500,0	0,0	750,0	750,0	0,0
L 372	OD Ziltendorf	2.123,0	1.403,0	707,0	9,0	4,0
L 16	OD Neuruppin	7.059,0	3.514,0	2.695,0	850,0	0,0
L 20	OD Schönwalde -Siedlung	2.841,0	1.274,0	1.324,0	243,0	
L 402	OD Miersdorf/Zeuthen	1.801,0	400,0	700,0	700,0	
L 26	FS Kleptw-Prenzlau, 1.+2. BA	7.248,0	6.014,0	1.234,0	0,0	0,0
L 73	OD Luckenwalde, Berkerbrücker Chaussee	614,0	0,0	614,0	0,0	
L 593	BW ü. Schwarze Elster bei Prieschka	1.400,0	0,0	700,0	700,0	
L 60	BW ü. Schwarze Elster bei München	1.250,0	0,0	0,0	800,0	450,0
Summe		26.848,0	12.605,0	9.584,0	4.204,0	454,0

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

891 11 723 Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen **5.000.000** **5.000.000** **5.000.000**
 4.800.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	4.500.000	4.500.000
davon fällig:		
2014 bis zu	3.500.000	
2015 bis zu	1.000.000	3.500.000
2016 bis zu		1.000.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.000.000	3.500.000			4.500.000
2014		1.000.000	3.500.000		4.500.000
2015			1.000.000	3.500.000	4.500.000
2016				1.000.000	1.000.000
2017 ff.					
Summen	1.000.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000	14.500.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zuführungen für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Investitionen im IT-Bereich und Beschaffung von Fahrzeugen für den Betriebsdienst zur Erledigung der Aufgaben.

Für den Verwaltungsbereich wird 2013 1 Dienst-Kfz als Ersatz beschafft.

Für den Verwaltungs- und Betriebsdienst werden im Jahr 2013 und 2014 Spezialfahrzeuge und Geräte wie u.a. beschafft:

- 13 Buschholzhacker
- 4 6t Asphalt-Thermo-Behälter auf Tandemanhänger
- 14 Radlager mit Anbaugeräten
- 24 LKW mit Streuer und Pflug
- 23 Kolonnenfahrzeuge.

Die Veranschlagung der Mittel für Investitionen deckt jedoch nicht die jährlichen Abschreibungen für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge von durchschnittlich 6 Mio Euro /Jahr. Damit ist der Landesbetrieb Straßenwesen nicht in der Lage, die notwendigen Ersatzbeschaffungen vorzunehmen.

891 12 723 Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen **9.500.000** **5.400.000** **775.500**
 13.223.579

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	530.000	
davon fällig:		
2014 bis zu	500.000	
2015 bis zu	30.000	
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 891 12

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	2.633.400	500.000			3.133.400
2014		340.000	500.000		840.000
2015			30.000		30.000
2016					
2017 ff.					
Summen	2.633.400	840.000	530.000		4.003.400

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Weniger wegen Auslaufen der EFRE-Förderperiode 2007-2013.

aus Titelgruppen:	1.351.800	1.385.600	1.420.100
Summe HGr. 8:	98.466.400	85.952.100	76.644.000

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

989 01	729	Ausgaben zur Vorfinanzierung von Investitionen an Bundesfernstraßen	0	0	0
			0		

Ausgaben dürfen im Vorgriff auf erwartete Einnahmen bei Titel 389 01 bis zur Höhe von 20 Mio. € geleistet werden.

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 20 Mio € für Investitionen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres vorübergehend geleistet werden, soweit der Bund entsprechende zusätzliche Mittelzuweisungen in Aussicht stellt. Die geleisteten Ausgaben werden noch vor Abschluss des Haushaltsjahres durch Bundesmittel ausgeglichen.

Summe HGr. 9:	0	0	0
----------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Bauliche Maßnahme an Landesstraßen, Sonderfinanzierung

Die Ausgaben der TG sind gegenseitig deckungsfähig.

518 60	723	Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen	114.800	81.000	46.400
			147.627		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	188.900				188.900
2014	114.800				114.800
2015	50.000				50.000
2016					
2017 ff.					
Summen	353.700				353.700

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme „OU Fürstenwalde“.

Gesamtkosten	7.324.110 EUR
bisher bewilligt und verausgabt	7.185.710 EUR
Ansatz 2013:	81.000 EUR
Ansatz 2014:	46.400 EUR
vorbehalten bis 2015:	11.000 EUR

Weniger wegen geringeren Zinszahlungen.

823 60	723	Investitionskosten für Sonderfinanzierungen	1.351.800	1.385.600	1.420.100
			1.318.861		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	1.486.600				1.486.600
2014	1.560.700				1.560.700
2015	650.000				650.000
2016					
2017 ff.					
Summen	3.697.300				3.697.300

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 823 60

Erläuterungen:

Veranschlagt sind anfallenden Tilgungsraten des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme „OU Fürstenwalde“.

Gesamtkosten	16.422.853 EUR
bisher bewilligt und verausgabt	13.097.053 EUR
Ansatz 2013:	1.385.600 EUR
Ansatz 2014:	1.420.100 EUR
vorbehalten bis 2015:	520.100 EUR

Mehr wegen höheren Tilgungsraten.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	1.466.600	1.466.600	1.466.500
--	------------------	------------------	------------------

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 90 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

546 90	011	Ausgaben im Zusammenhang mit intelligenten Verkehrssystemen	0	0	0
			1.617		
891 90	011	Zuschuss an den Landesbetrieb im Zusammenhang mit intelligenten Verkehrssystemen	0	0	0
			40.000		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0	0
--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.466.600	1.466.600	1.466.500
--	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	32.529.600	27.108.000	27.108.000
Gesamteinnahme		32.529.600	27.108.000	27.108.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	169.300	239.000	224.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	115.930.900	116.396.000	114.898.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	98.466.400	85.952.100	76.644.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		214.566.600	202.587.100	191.766.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-182.037.000	-175.479.100	-164.658.400

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
Erfolgsplan						
Erträge						
1		Umsatzerlöse	1.979.158	2.100.000	2.000.000	2.000.000
2		Erlöse aus Zuschüssen für laufende Aufwendungen (682 40, 682 50, 682 51)				
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für Personal (682 40)	80.425.167	81.702.400	78.500.000	76.700.000
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit (682 50)	6.913.600	7.118.500	10.786.000	11.088.000
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für betriebliche Tätigkeit (682 51)	29.730.281	26.700.000	26.700.000	26.700.000
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Land 891 10, 891 12)	63.259.579	59.585.000	52.458.500	43.115.900
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (EU)	35.686.697	28.500.000	16.000.000	2.326.400
2		Erstattungen Dritter im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung (für Personal, Betriebsdienst, Planung und Bau)	44.662.615	40.157.000	42.500.000	42.500.000
3		sonstige betriebliche Erträge	11.213.262	11.000.000	11.055.500	10.000.000
4		Zinsen und außerordentliche Beträge	0	0	0	0
5		Erträge aus der Entnahme von Rücklagen	0	0	0	0
		Summe zu	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300
		Gesamtsumme Erträge	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300
Aufwendungen						
6		Materialaufwand	9.115.807	11.500.000	10.500.000	9.000.000
7		Bezogene Leistungen	132.780.074	118.785.000	105.000.000	90.000.000
8		Personalaufwand	108.501.283	108.351.300	106.500.000	104.700.000
9		Abschreibungen	7.677.636	8.200.000	8.000.000	7.800.000
10		Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.785.320	10.026.600	10.000.000	2.930.300
11		Zinsen und außerordentliche Aufwendungen, sonstige Steuern	10.239	0	0	0
12		Abführungen an den Landeshaushalt	0	0	0	0
		Summe zu	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300
		Gesamtsumme Aufwendungen	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300
Abschluss						
		Erträge	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300
		Aufwendungen	273.870.359	256.862.900	240.000.000	214.430.300

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
Grp			2011	2012	2013	2014
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6	7
<p>Ablieferungen Zuführungen</p> <p>Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung werden vom LS weitere Leistungen erbracht. Vorbehaltlich der Bestätigung des Bundeshaushalts stehen dafür Bundesmittel für die Straßenunterhaltung und für Investitionen im Bundesfernstraßenhaushalt i.H. v. 237 Mio € zur Verfügung. Die Bewirtschaftung dieser Mittel erfolgt derzeit noch nach den Grundsätzen der Kameralistik.</p>						
<p>Finanzplan</p>						
<p>Deckungsmittel</p>						
14		Zuweisungen des Landes für Investitionen des Betriebes	6.370.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
		Zusammen	6.370.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
<p>Finanzbedarf</p>						
15		Investitionen für Verwaltung und Betrieb	6.370.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
		Zusammen	6.370.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
<p>Stellenplan/-übersicht</p>						
				Stellenanzahl		
				Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014
Planmäßige Beamte						
B4	hD	Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen	1,00	1,00	1,00	1,00
B2	hD	Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen	3,00	3,00	3,00	3,00
A16	hD	Leitender Regierungsdirektor	5,00	5,00	5,00	5,00
A15	hD	Regierungsdirektor	14,00	14,00	14,00	14,00
A14	hD	Oberregierungsrat	19,00	19,00	19,00	19,00
A13	hD	Regierungsrat	3,00	12,00	12,00	12,00
A13	gD	Regierungsoberamtsrat	39,00	39,00	39,00	39,00
A12	gD	Regierungsamtsrat	93,00	96,00	96,00	96,00
A11	gD	Regierungsamtmann	124,00	109,00	109,00	109,00
A10	gD	Regierungsoberinspektor	60,00	59,00	59,00	59,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektor	13,00	13,00	13,00	13,00
A8	mD	Regierungshauptsekretär	9,00	9,00	9,00	9,00
Zusammen:			383,00	379,00	379,00	379,00
Arbeitnehmer						
AT I			1,00	1,00	1,00	1,00
E 15			18,00	18,00	18,00	18,00
E 14			7,00	7,00	7,00	7,00
E 13			37,00	43,00	42,00	42,00

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
	E 12			0,00	65,00	65,00
	E 11			84,00	91,00	91,00
	E 10			129,00	44,00	44,00
	E 9			76,00	110,00	92,00
	E 8			239,00	382,00	382,00
	E 7			418,00	243,00	243,00
	E 6			218,00	218,00	218,00
	E 5			490,00	500,00	460,00
	E 4			75,00	9,00	9,00
	E 3			24,00	24,00	24,00
	Zusammen:			1.816,00	1.755,00	1.696,00
	Stellen Auszubildende:					
	AZUBI			67,00	67,00	67,00
	Zusammen:			67,00	67,00	67,00
	Bemerkungen					
	In o.a. Stellenplan/-übersicht ist folgendes drittmittelfinanziertes Personal veranschlagt:					
	1 Stelle E 13					
	4 Stellen E 9					
	113 Stellen E 8					
	113 Stellen E 7					
	34 Stellen E 6					
	177 Stellen E 5					
	24 Stellen E 3					
	20 Stellen AZUBI					
	466 Arbeitnehmer					
	- davon 445 für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Bund;					
	- davon 5 für den Betrieb der Verkehrsrechnerzentrale, deren Finanzierung das Land Brandenburg entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 Beschäftigten zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden;					
	- davon 16 für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Landkreis Teltow-Fläming					
	20 Auszubildende					
	- für die Straßenwärter-Ausbildung auf Bundesautobahnen -Erstattung in voller Höhe durch den Bund					
	Der Stellenplan ist verbindlich.					

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Leerstellen Altersteilzeit:					
A 15	hD	Regierungsdirektor	1,00	0,00	0,00
A 13	hD	Regierungsrat	1,00	1,00	1,00
A 13	gD	Oberamtsrat	1,00	1,00	0,00
A 12	gD	Regierungsamtsrat	1,00	2,00	1,00
A 11	gD	Regierungsamtmann	1,00	1,00	0,00
E 15			1,00	1,00	1,00
E 14			0,00	0,00	1,00
E 13			3,00	5,00	5,00
E 12			10,00	14,00	13,00
E 11			21,00	30,00	29,00
E 10			14,00	15,00	8,00
E 9			16,00	26,00	25,00
E 8			20,00	34,00	31,00
E 7			6,00	8,00	7,00
E 6			12,00	17,00	13,00
E 5			17,00	27,00	24,00
E 4			3,00	6,00	9,00
E 3			0,00	2,00	2,00
Zusammen:			128,00	190,00	170,00
Begründung der Änderungen im Stellenplan bzw. der Stellenübersicht					
Umwandlung/Umsetzung					
Abgänge					
2013	2014				
1,00	0,00	Umsetzung gemäß § 50 Abs. 1 LHO zum Kapitel 11 010/Titel 428 10			
1,00	0,00				
Abgänge infolge Einsparung gemäß PBP					
2013	2014				
2,00	0,00	A 12	Regierungsamtsrat	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
1,00	0,00	A 11	Regierungsamtmann	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
1,00	0,00	A 10	Regierungsoberinspektor	Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
2,00	1,00	E 13		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
5,00	0,00	E 11		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
6,00	0,00	E 10		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
11,00	18,00	E 9		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
1,00	0,00	E 8		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
2,00	0,00	E 6		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
8,00	40,00	E 5		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
25,00	0,00	E 4		Einsparung 2012/13 laut Personalbedarfspl.	
64,00	59,00				
65,00	59,00	Stellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt			
Stellenhöherstufung:					
sonstige Hebungen					
9,00	0,00	von A 12	nach A 13h	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
14,00	0,00	von A 11	nach A 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
9,00	0,00	von E 11	nach E 13	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
40,00	0,00	von E 11	nach E 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
25,00	0,00	von E 10	nach E 12	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
61,00	0,00	von E 10	nach E 11	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
7,00	0,00	von E 9	nach E 10	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
50,00	0,00	von E 8	nach E 9	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
192,00	0,00	von E 7	nach E 8	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
2,00	0,00	von E 7	nach E 9	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
19,00	0,00	von E 6	nach E 7	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
2,00	0,00	von E 6	nach E 8	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
23,00	0,00	von E 5	nach E 6	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	
41,00	0,00	von E 4	nach E 5	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L	

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 - EUR -	Ansatz 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Zugänge Leerstellen Altersteilzeit					
2013	2014				
1,00	0,00	A 12 Regierungsamtsrat			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	E 14			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
3,00	1,00	E 13			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
6,00	2,00	E 12			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
14,00	2,00	E 11			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
3,00	0,00	E 10			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
14,00	0,00	E 9			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
18,00	0,00	E 8			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	0,00	E 7			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
7,00	0,00	E 6			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
15,00	0,00	E 5			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
3,00	3,00	E 4			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	0,00	E 3			Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
90,00	9,00	Leerstellen Zugänge insgesamt			
Abgänge Leerstellen Altersteilzeit					
2013	2014				
1,00	0,00	A 15 Regierungsdirektor			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	A 13gD Regierungsoberamtsrat			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	A 12 Regierungsamtsrat			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	A 11 Regierungsamtmann			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	1,00	E 13			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	3,00	E 12			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
5,00	3,00	E 11			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	7,00	E 10			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	1,00	E 9			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	3,00	E 8			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	1,00	E 7			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	4,00	E 6			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
5,00	3,00	E 5			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
28,00	29,00	Leerstellen Abgänge insgesamt			
62,00	-20,00	Leerstellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt			
kw-Vermerke wegen der Umsetzung der Personalbedarfsplanung bis 2015					
davon kw-Vermerke 2013					
1,00	E 13	PBP 2013			
18,00	E 9	PBP 2013			
40,00	E 5	PBP 2013			
59,00		kw-Vermerke 2013 insgesamt			
davon kw-Vermerke 2014					
1,00	E 13	PBP 2014			
15,00	E 9	PBP 2014			
8,00	E 8	PBP 2014			
12,00	E 6	PBP 2014			
15,00	E 5	PBP 2014			
4,00	E 4	PBP 2014			
55,00		kw-Vermerke 2014 insgesamt			
davon kw-Vermerke 2015					
6,00	E 13	PBP 2015			
3,00	E 11	PBP 2015			
3,00	E 10	PBP 2015			
12,00	E 9	PBP 2015			
13,00	E 7	PBP 2015			
20,00	E 6	PBP 2015			
58,00	E 5	PBP 2015			
5,00	E 4	PBP 2015			
120,0		kw-Vermerke 2015 insgesamt			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	70.000	125.000	125.000
			125.273		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 20.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht gem. § 5 Abs. 1a Nr. 2 AEG und der Technischen Aufsicht gem. § 54 Abs. 1 Satz 3 PBefG i.V.m. § 5 Abs. 1 BOStrab.
 Weiterhin sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) veranschlagt.
 Einnahmen für die Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen sind zweckgebunden bei Titel 546 20 zu verausgaben und nicht veranschlagt.

		2013	2014
		EUR	EUR
1	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht	43.000	43.000
2	Einnahmen für die "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0	0
3	Einnahmen für die Genehmigung auf dem Gebiet der Luftfahrt	82.000	82.000
Summe		125.000	125.000

Mehr in Anpassung an das Ist 2011.

112 10	729	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
			0		
119 10	719	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			0		
119 15	719	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	5.000	5.000
			5.636		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.
 Mehr in Anpassung an das Ist 2011.

aus Titelgruppen:			300.000	240.000	240.000
Summe HGr. 1:			370.000	370.000	370.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

111 70	719	Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren	300.000	240.000	240.000
			99.021		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei der Titelgruppe 70 verwendet werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren und Auslagenerstattungen durch die Genehmigung wesentlicher Erweiterungen oder Änderungen der Anlage und des Betriebs sowie entsprechende Abnahmeprüfungen des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg gem. Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV).

Weniger nach Inbetriebnahme des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	300.000	240.000	240.000
--	----------------	----------------	----------------

TGr. 90 Verkehrssicherheit

119 90	729	Einnahmen aus Verkehrssicherheitsarbeit	0	0	0
			0		

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 90.

Erläuterungen:

Einnahmen von Erlösen aus der Verwertung von Nutzungsrechten sowie Entgelte im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0	0
--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	300.000	240.000	240.000
---	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 12	751	Fluglärmkommission	5.000 8.087	5.000	5.000
--------	-----	--------------------	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben (u. a. Reisekostenerstattung, Sachverständige) für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für den Flughafen Schönefeld (künftig Verkehrsflugafen Berlin Brandenburg) sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

536 10	742	Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung	480.000 537.930	520.000	520.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 (2) des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wahrnehmung von Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen und Obusunternehmen nach § 54 (1) PBefG i. V. m. § 5 (2) BOStrab.

Mehr auf Grund quantitativ erhöhten Prüfungsaufwandes.

537 10	719	Ausgaben für Gutachten	140.000 117.021	117.000	117.000
--------	-----	------------------------	--------------------	---------	---------

Die Ausgaben sind übertragbar.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	40.200				40.200
2014	10.200				10.200
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	50.400				50.400

Erläuterungen:

Vorgesehen sind u.a. die Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzeptes, die Erarbeitung der jährlichen Verkehrsstatistik und die Planung und Steuerung der Schieneninfrastruktur - insbesondere für den Güterverkehr in Brandenburg.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 20	742	Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 1 (2) der Eisenbahnprüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden. Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch die Einnahmen bei Titel 111 10 gedeckt.

aus Titelgruppen:	1.008.000	665.000	540.000
--------------------------	------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	1.633.000	1.307.000	1.182.000
----------------------	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	731	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung	0 0	0	0
685 20	731	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Bilgenentwässerungsverband	17.000 16.793	17.000	17.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	16.000	1.000			17.000
2014	16.000	1.500			17.500
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	32.000	2.500			34.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Verwaltung und Organisation des Bilgenentwässerungsverbandes gemäß des "Übereinkommens zur Bilgenentölung der Rhein- und Binnenschifffahrt" und zur Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten für das neue elektronische Bezahlssystem. Die Höhe der anteiligen Kosten ergibt sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(685 30)	741	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)	0 0		
aus Titelgruppen:			600.000	600.000	600.000
Summe HGr. 6:			617.000	617.000	617.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von kleineren Investitionen, im Wesentlichen Umschlagtechnik sowie Planungsleistungen als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von GA-I- und EFRE-Fördermitteln. Maßnahmen in regionalen Wachstumskernen werden vorrangig gefördert.

Die Förderung wird ab 2013 auf Grund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung eingestellt.

883 60	731	Zuweisungen an Gemeinden	20.000	0	0
			0		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		20.000			20.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		20.000			20.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung von 2012 sind in Höhe von 20.000 EUR gesperrt.

891 60	731	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	100.000	0	0
			119.999		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		100.000			100.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen		100.000			100.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung von 2012 sind in Höhe von 100.000 EUR gesperrt.

892 60	731	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 120.000 0 0

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

*Die Ausgaben sind übertragbar.
 Siehe Vermerk bei Titel 111 70.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Titelgruppe werden u.a. benötigt, um Anhörungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg sowie die Abnahmen zur Inbetriebnahme des Flughafens durchzuführen. Des Weiteren sind durch das MIL als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören u. a. Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, die Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung flugbetrieblicher oder technischer Probleme.

Darüber hinaus fallen Kosten für die Prozessführung an.

Weniger nach Inbetriebnahme des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg.

511 70	751	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0 0	0	0
518 70	751	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0	0
526 70	751	Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten	135.000 313.495	135.000	75.000
537 70	751	Gutachten	115.000 101.556	115.000	100.000
538 70	751	Ausgaben für die Datenverarbeitung	0 0	0	0
546 70	751	Vermischte Verwaltungsausgaben	50.000 9.534	50.000	25.000
547 70	751	Sonstige Dienstleistungen	200.000 180.370	100.000	75.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 500.000 400.000 275.000

TGr. 80 "Landeswasserstraßen"

Erläuterungen:

Die gesetzliche Grundlage bildet das Brandenburgische Wassergesetz vom 14. Februar 2005 und die darauf beruhende Landdesschiffahrtsverordnung.

Veranschlagt sind die Mittel für die bauliche Unterhaltung und verkehrstechnische Ausrüstung der schiffbaren Landesgewässer zur Gewährleistung von Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffverkehrs:

- Ausbaggerungen
- Hindernisbeseitigung
- Ufersicherungsmaßnahmen
- Verkehrszeichen (Schilder, Bojen)

Die Förderung wird ab 2013 auf Grund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung eingestellt.

521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	243.000 295.337	0	0
--------	-----	--	--------------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	
812 80	731	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die schiffbaren Landesgewässer	54.000 33.833	0	0
<u>Nachrichtlich: Summe TGr. 80</u>			297.000	0	0

TGr. 90 Verkehrssicherheit

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel im Wesentlichen für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten der Verkehrserziehung und -aufklärung, zur Unterstützung der Arbeit der Landesverkehrswacht sowie für die Schul- und Spielwegsicherung und die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. Dies trägt dem Ziel der Landesregierung Rechnung, insbesondere die Zahl der Verkehrstoten um jährlich 5% senken zu wollen. Derzeit liegt Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Mittel für Projektförderungen dienen im Wesentlichen der Verstetigung etablierter und erfolgreicher Vorhaben in der Fläche des Landes. Die Höhe der institutionellen Förderung der Landesverkehrswacht aus Titel 685 90 richtet sich nach dem jährlichen Wirtschaftsplan.

536 90	729	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	265.000 277.787	265.000	265.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	180.000	65.000			245.000
2014					
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	180.000	65.000			245.000

685 90	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	600.000 596.560	600.000	600.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	300.000	300.000
davon fällig:		
2014 bis zu	300.000	
2015 bis zu		300.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 685 90

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	265.100	300.000			565.100
2014			300.000		300.000
2015				300.000	300.000
2016					
2017 ff.					
Summen	265.100	300.000	300.000	300.000	1.165.100

883 90	729	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	450.000	450.000	450.000
			450.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	150.000	150.000
davon fällig:		
2014 bis zu	150.000	
2015 bis zu		150.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		150.000			150.000
2014			150.000		150.000
2015				150.000	150.000
2016					
2017 ff.					
Summen		150.000	150.000	150.000	450.000

891 90	729	Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrs-	0	0	0
		sicherheitsarbeit	0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **1.315.000** **1.315.000** **1.315.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **2.232.000** **1.715.000** **1.590.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	370.000	370.000	370.000
Gesamteinnahme		370.000	370.000	370.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.633.000	1.307.000	1.182.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	617.000	617.000	617.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	624.000	450.000	450.000
Gesamtausgabe		2.874.000	2.374.000	2.249.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.504.000	-2.004.000	-1.879.500

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	742	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0
119 10	742	Sonstige Einnahmen	0 0	0	0
119 15	742	Rückflüsse aus Zuwendungen	170.000 11.153	170.000	170.000

Summe HGr. 1:	170.000	170.000	170.000
---------------	---------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	742	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung (ohne Investitionen)	403.730.000 397.352.470	409.800.000	415.960.000
--------	-----	---	----------------------------	-------------	-------------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 633 60, 632 10, 682 20 des Kapitels 11 500 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Vermerk zu den Ausgaben.

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 12. Dezember 2007, liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern.

Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Summe HGr. 2:	403.730.000	409.800.000	415.960.000
---------------	-------------	-------------	-------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)	21.686.400 21.686.400	27.108.000	27.108.000
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 500.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel für den ÖPNV.

Siehe Erläuterungen bei Titelgruppe 60 und Titelgruppe 70.

331 20	742	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Umsetzung der Regionalisierung	800.000 1.200.000	800.000	800.000
--------	-----	--	----------------------	---------	---------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 883 10, 891 10 und 892 10 verwendet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 20

Erläuterungen:

Siehe Vermerk zu den Ausgaben.

Summe HGr. 3:	22.486.400	27.908.000	27.908.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Bei den Ausgaben des Kapitels handelt es sich vorwiegend um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen. Sie sind nach § 19 LHO übertragbar.

1. Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 632 10, 682 20.

2. Mehrausgaben bei 883 60 und TG 70 dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	742	Ausgaben für Gutachten	300.000	200.000	200.000
			115.783		

(§17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	88.600	100.000			188.600
2014		100.000			100.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen	88.600	200.000			288.600

Erläuterungen:

Gutachten zu Fragen der ÖPNV-Planung und Entwicklung in Umsetzung des Landesnahverkehrsplanes sowie zur Fortentwicklung landesspezifischer Ausgestaltung des Rechtsrahmes im ÖPNV.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 5:	300.000	200.000	200.000
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10	742	Kostenbeteiligung Seilbahnen	1.000	1.000	1.000
			536		

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Entsprechend dem Beschluss der GKVS vom 7./8.10.2009 erfolgt eine Kostenbeteiligung der Länder bei der Finanzierung der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Seilbahnen. Die Aufteilung der Kosten (Sachkosten) erfolgt auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels.

682 10	742	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller	292.069.000	249.900.000	235.600.000
			273.081.534		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Bei Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen für Verkehrsleistungen im Rahmen von Übergangsverträgen mit dem bisherigen Betreiber der Berliner S-Bahn im Jahr 2013 sind die VE in 2014 in gleicher Höhe gesperrt.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 682 10

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	826.020.000	460.400.000
davon fällig:		
2014 bis zu	520.000	
2015 bis zu	800.000	
2016 bis zu	3.500.000	400.000
2017 ff. bis zu	821.200.000	460.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	238.176.445				238.176.445
2014	219.462.645		520.000		219.982.645
2015	264.773.000		800.000		265.573.000
2016	263.379.900		3.500.000	400.000	267.279.900
2017 ff.	1.935.224.800		821.200.000	460.000.000	3.216.424.800
Summen	2.921.016.790		826.020.000	460.400.000	4.207.436.790

Erläuterungen:

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV- Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008, die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV - Verkehrsleistungen.

682 20	742	Ausgleichszahlungen an Infrastrukturunternehmen	200.000	200.000	200.000
			1.092.200		

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Finanzierung von Maßnahmen im besonderem Landesinteresse.

683 10	742	Betriebskostenausgleich an private SPNV - Leistungsersteller	60.600.000	100.000.000	100.000.000
			53.228.035		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	99.146.800				99.146.800
2014	99.942.900				99.942.900
2015	56.400.000				56.400.000
2016	57.600.000				57.600.000
2017 ff.	348.900.000				348.900.000
Summen	661.989.700				661.989.700

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 683 10

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 682 10.

683 20	742	Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH	4.760.000	5.386.000	5.386.000
			4.672.068		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen.

Im Finanzierungsanteil des Landes sind die für die Erfüllung der klassischen Verbundaufgaben notwendigen Mittel enthalten. Darüber hinaus erfüllt die VBB GmbH Aufgaben im Rahmen des Infrastrukturmanagements und der Geschäftsbesorgung.

Mehr aufgrund der 3 % igen Erhöhung der Gesellschafteranteile zur Finanzierung der Kernaufgaben sowie der Mehraufwendungen im Vertragscontrolling Regionalverkehr.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(683 30)	742	Mobilitätsticket Brandenburg	0		
			0		

(§17, Abs. 3 LHO)

Ab 2011 umgesetzt nach Titelgruppe 80 (Ist 2009 : 0 €, Ansatz 2010 : 0 €)

aus Titelgruppen:			73.000.000	75.500.000	75.500.000
--------------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 6:			430.630.000	430.987.000	416.687.000
----------------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	742	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	50.000	0	0
			82.499		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

891 10	742	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	750.000	800.000	800.000
			-584.074		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
Betrag:	1.000.000	700.000
davon fällig:		
2014 bis zu	500.000	
2015 bis zu	500.000	200.000
2016 bis zu		500.000
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 891 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	325.951	300.000			625.951
2014			500.000		500.000
2015			500.000	200.000	700.000
2016				500.000	500.000
2017 ff.					
Summen	325.951	300.000	1.000.000	700.000	2.325.951

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

892 10	742	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

aus Titelgruppen:	21.686.400	27.108.000	27.108.000
Summe HGr. 8:	22.486.400	27.908.000	27.908.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Finanzierung des übrigen ÖPNV (üÖPNV)

(§ 17 (3) LHO)

Erläuterungen:

Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger des üÖPNV gem. § 3 (3) ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes pauschalierte Zuweisungen. Diese beinhalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs. Die Aufgabenträger verwenden diese Mittel konsumtiv als auch investiv.

633 60	741	Förderung der Aufgabenträger	73.000.000	73.000.000	73.000.000
			73.844.074		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	73.000.000	73.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	73.000.000	
2015 bis zu		73.000.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		73.000.000			73.000.000
2014			73.000.000		73.000.000
2015				73.000.000	73.000.000
2016					
2017 ff.					
Summen		73.000.000	73.000.000	73.000.000	219.000.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung Titelgruppe 60.

883 60	741	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen	10.000.000	10.000.000	10.000.000
			10.000.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	10.000.000	10.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	10.000.000	
2015 bis zu		10.000.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 883 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		10.000.000			10.000.000
2014			10.000.000		10.000.000
2015				10.000.000	10.000.000
2016					
2017 ff.					
Summen		10.000.000	10.000.000	10.000.000	30.000.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(671 60) 741	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG	0
		0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **83.000.000 83.000.000 83.000.000**

TGr. 70 Investitionen für den ÖPNV gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)

(§17 Abs. 3 LHO)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 60.

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse für den SPNV und üÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes und der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (RiLi ÖPNV-Invest).

883 70	741 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2.686.400	6.400.000	6.400.000
		2.548.429		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	500.000	
davon fällig:		
2014 bis zu	500.000	
2015 bis zu		
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 883 70

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	3.144.800	1.000.000			4.144.800
2014	375.200	500.000	500.000		1.375.200
2015		500.000			500.000
2016					
2017 ff.					
Summen	3.520.000	2.000.000	500.000		6.020.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

891 70	741	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	9.000.000	10.708.000	10.708.000
			8.074.340		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	6.800.000	7.500.000
davon fällig:		
2014 bis zu	5.800.000	
2015 bis zu	1.000.000	6.500.000
2016 bis zu		1.000.000
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013	6.109.800	500.000			6.609.800
2014	1.799.400	3.000.000	5.800.000		10.599.400
2015		3.000.000	1.000.000	6.500.000	10.500.000
2016				1.000.000	1.000.000
2017 ff.					
Summen	7.909.200	6.500.000	6.800.000	7.500.000	28.709.200

892 70	741	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **11.686.400** **17.108.000** **17.108.000**

TGr. 80 Mobilitätsticket Brandenburg

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial schwächer gestellter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot, bis zu 2,5 Mio. € jährlich.
 Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

633 80	741	Zuweisungen an die Aufgabenträger	0	2.000.000	2.000.000
			1.995.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	2.000.000	2.000.000
davon fällig:		
2014 bis zu	2.000.000	
2015 bis zu		2.000.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			2.000.000		2.000.000
2015				2.000.000	2.000.000
2016					
2017 ff.					
Summen			2.000.000	2.000.000	4.000.000

682 80	742	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen	0	470.000	470.000
			475.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	470.000	470.000
davon fällig:		
2014 bis zu	470.000	
2015 bis zu		470.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 682 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			470.000		470.000
2015				470.000	470.000
2016					
2017 ff.					
Summen			470.000	470.000	940.000

683 80	742	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen	0	30.000	30.000
			30.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	30.000	30.000
davon fällig:		
2014 bis zu	30.000	
2015 bis zu		30.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			30.000		30.000
2015				30.000	30.000
2016					
2017 ff.					
Summen			30.000	30.000	60.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **0** **2.500.000** **2.500.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **94.686.400** **102.608.000** **102.608.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	170.000	170.000	170.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	403.730.000	409.800.000	415.960.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	22.486.400	27.908.000	27.908.000
Gesamteinnahme		426.386.400	437.878.000	444.038.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	300.000	200.000	200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	430.630.000	430.987.000	416.687.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	22.486.400	27.908.000	27.908.000
Gesamtausgabe		453.416.400	459.095.000	444.795.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-27.030.000	-21.217.000	-757.000

Haushaltsübersicht 2013

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2013	2014	2015	2016	2017 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
11 020	Allgemeine Bewilligungen										
613 13	Zuweisung für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten und des Gutachters für Lärmschutz		321,6	107,2	107,2	107,2					
671 10	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER		3.400,0	1.700,0	1.700,0						
11 025	Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)										
	Titel aus Titelgruppe 62										
683 62	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		18.331,1	7.651,1	10.680,0						
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		79.402,2	41.215,6	38.186,6						
	Titel aus Titelgruppe 80										
683 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		29.168,2	26.397,1	2.771,1						
892 80	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		91.322,9	59.665,1	31.657,8						
	Titel aus Titelgruppe 81										
683 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		8.401,8	4.312,6	4.089,2						
892 81	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		19.074,2	11.039,4	8.034,8						
	Titel aus Titelgruppe 84										
892 84	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		1.800,0	600,0	1.200,0						
11 032	Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft										
683 10	Ausbildungsförderung in der Landwirtschaft		200,0	200,0							
685 18	Förderung der beruflichen Bildung		90,0	90,0							
	Titel aus Titelgruppe 83										
541 83	Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung		680,0	680,0							
	Titel aus Titelgruppe 89										
687 89	Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen		1.034,5	585,2	449,3						
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung										
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.737,8	2.782,5	3.351,6	2.793,0	2.810,7				
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.737,8	2.782,5	3.351,6	2.793,0	2.810,7				
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)		1.293,6	339,1	409,5	340,2	204,8				

Haushaltsübersicht 2013

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen				
			durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)		1.293,6	339,1	409,5	340,2	204,8
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)		2.716,4	713,0	858,9	715,1	429,4
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)		2.716,4	713,0	858,9	715,1	429,4
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)		14.352,6	3.766,4	4.537,1	3.781,1	2.268,0
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)		14.352,6	3.766,4	4.537,1	3.781,1	2.268,0
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)		3.345,3	877,8	1.057,4	880,9	529,2
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)		3.345,3	877,8	1.057,4	880,9	529,2
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)		1.927,8	506,1	609,0	508,2	304,5
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)		1.927,8	506,1	609,0	508,2	304,5
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen						
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln		250,0	100,0	150,0		
893 13	Zuweisungen zur Wohnraumförderung		31.000,0		31.000,0		
11 200	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg						
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		100,0	100,0			
531 10	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation		20,0	20,0			
535 10	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung		30,0	30,0			
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung		70,0	30,0	40,0		
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen		50,0	30,0	20,0		
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)		1.750,0	300,0	400,0	150,0	900,0
	Titel aus Titelgruppe 61						
893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		10,0	10,0			
11 460	Straßen- und Brückenbau						
682 20	Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg		250,0				250,0
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit		21.000,0	15.000,0	5.000,0	1.000,0	

Haushaltsübersicht 2013

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2013	2014	2015	2016	2017 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
883 10	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)		27.000,0	18.500,0	6.000,0	2.500,0					
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		39.750,0	20.000,0	15.000,0	4.750,0					
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen		4.500,0	3.500,0	1.000,0						
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen		530,0	500,0	30,0						
11 470	Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV - Titel aus Titelgruppe 90										
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.		300,0	300,0							
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit		150,0	150,0							
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs										
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller		826.020,0	520,0	800,0	3.500,0	821.200,0				
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		1.000,0	500,0	500,0						
	Titel aus Titelgruppe 60										
633 60	Förderung der Aufgabenträger		73.000,0	73.000,0							
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen		10.000,0	10.000,0							
	Titel aus Titelgruppe 70										
883 70	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden		500,0	500,0							
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		6.800,0	5.800,0	1.000,0						
	Titel aus Titelgruppe 80										
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger		2.000,0	2.000,0							
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen		470,0	470,0							
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen		30,0	30,0							
	Zusammen		1.370.553,5	323.603,1	181.463,0	30.044,2	835.443,2				

Haushaltsübersicht 2014

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
11 020	Allgemeine Bewilligungen						
613 13	Zuweisung für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten und des Gutachters für Lärmschutz		321,6				
671 10	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER		3.400,0				
11 025	Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013)						
	Titel aus Titelgruppe 62						
683 62	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		18.331,1				
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		79.402,2				
	Titel aus Titelgruppe 80						
683 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		29.168,2				
892 80	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		91.322,9				
	Titel aus Titelgruppe 81						
683 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		8.401,8				
892 81	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		19.074,2				
	Titel aus Titelgruppe 84						
892 84	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		1.800,0				
11 032	Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft						
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten			225,0	75,0	75,0	75,0
683 10	Ausbildungsförderung in der Landwirtschaft		200,0	200,0	200,0		
685 18	Förderung der beruflichen Bildung		90,0	90,0	90,0		
	Titel aus Titelgruppe 83						
541 83	Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung		680,0	680,0	680,0		
	Titel aus Titelgruppe 89						
687 89	Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen		1.034,5				
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung						
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.737,8	11.737,8	2.782,5	3.351,6	5.603,7
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.737,8	11.737,8	2.782,5	3.351,6	5.603,7

Haushaltsübersicht 2014

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2013	2014	2015	2016	2017 ff.
Titel		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)	1.293,6	1.293,6	339,1	409,5	545,0
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)	1.293,6	1.293,6	339,1	409,5	545,0
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	2.716,4	2.716,4	713,0	858,9	1.144,5
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	2.716,4	2.716,4	713,0	858,9	1.144,5
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	14.352,6	14.352,6	3.766,4	4.537,1	6.049,1
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	14.352,6	14.352,6	3.766,4	4.537,1	6.049,1
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	3.345,3	3.345,3	877,8	1.057,4	1.410,1
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)	3.345,3	3.345,3	877,8	1.057,4	1.410,1
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)	1.927,8	1.927,8	506,1	609,0	812,7
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)	1.927,8	1.927,8	506,1	609,0	812,7
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen					
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln	250,0	250,0	100,0	150,0	
893 13	Zuweisungen zur Wohnraumförderung	31.000,0	31.000,0	16.000,0	15.000,0	
11 200	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg					
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0	100,0		
531 10	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	20,0	20,0	20,0		
535 10	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung	30,0	30,0	30,0		
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung	70,0	70,0	30,0	40,0	
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen	50,0	50,0	30,0	20,0	
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)	1.750,0	400,0	150,0	250,0	
	Titel aus Titelgruppe 61					
893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	10,0				
11 460	Straßen- und Brückenbau					
682 20	Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg	250,0				
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	21.000,0	21.000,0	15.000,0	5.000,0	1.000,0

Haushaltsübersicht 2014

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
883 10	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)		27.000,0	27.000,0	18.500,0	6.000,0	2.500,0
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		39.750,0	40.000,0	20.000,0	15.000,0	5.000,0
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen		4.500,0	4.500,0	3.500,0	1.000,0	
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen		530,0				
11 470	Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV - Titel aus Titelgruppe 90						
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.		300,0	300,0	300,0		
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit		150,0	150,0	150,0		
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs						
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller		826.020,0	460.400,0		400,0	460.000,0
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		1.000,0	700,0	200,0	500,0	
	Titel aus Titelgruppe 60						
633 60	Förderung der Aufgabenträger		73.000,0	73.000,0	73.000,0		
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen		10.000,0	10.000,0	10.000,0		
	Titel aus Titelgruppe 70						
883 70	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden		500,0				
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		6.800,0	7.500,0	6.500,0	1.000,0	
	Titel aus Titelgruppe 80						
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger		2.000,0	2.000,0	2.000,0		
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen		470,0	470,0	470,0		
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen		30,0	30,0	30,0		
	Zusammen		1.370.553,5	750.912,0	185.124,8	66.082,0	499.705,2

Übersicht über Planstellen und Stellen 2013

für Beamte und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmer

	Kapitel							Ges.	
	11010	11020	11080	11101	11400	11460			
Planmäßige Beamte und Richter									
Besoldungsordnung B									
B9 hD	1,00								1,00
B6 hD	2,00								2,00
B5 hD	4,00								4,00
B4 hD			1,00	1,00		1,00			3,00
B3 hD					1,00				1,00
B2 hD	23,00		1,00	1,00	1,00	3,00			29,00
Summe	30,00		2,00	2,00	2,00	4,00			40,00
Besoldungsordnung A									
A16 hD	24,00		7,00	4,00	2,00	5,00			42,00
A15 hD	41,00		10,00	4,00	7,00	14,00			76,00
A14 hD	33,00		75,00	11,00	8,00	19,00			146,00
A13 hD	3,00		20,00	13,00		12,00			48,00
A13 gD	40,00			1,00	13,00	39,00			93,00
A12 gD	31,00		41,00	8,00	14,00	96,00			190,00
A11 gD	6,00		177,00	24,00	33,00	109,00			349,00
A10 gD	4,00		204,00	28,00	13,00	59,00			308,00
A9 gD			13,00						13,00
A9 mD	8,00		1,00	2,00		13,00			24,00
A8 mD				2,00		9,00			11,00
A7 mD				1,00					1,00
Summe	190,00		548,00	98,00	90,00	375,00			1.301,00
hD	131,00		114,00	34,00	19,00	54,00			352,00
gD	81,00		435,00	61,00	73,00	303,00			953,00
mD	8,00		1,00	5,00		22,00			36,00
Summe 2013	220,00		550,00	100,00	92,00	379,00			1.341,00
Summe 2012	223,00		559,00	102,00	92,00	383,00			1.359,00
Beamte im Vorbereitungsdienst									
A13 hD	6,00								6,00
Summe	6,00								6,00
hD	6,00								6,00
Summe 2013	6,00								6,00
Summe 2012	8,00								8,00
Arbeitnehmer									
AT I	7,00			1,00	1,00	1,00			10,00
E 15	15,00		6,00	12,00	4,00	18,00			55,00
E 14	15,00		26,00	16,00	16,00	7,00			80,00
E 13	5,00			7,00	11,00	43,00			66,00
E 12	32,00		3,00	15,00	3,00	65,00			118,00
E 11	34,00		27,00	49,00	17,00	91,00			218,00
E 10	2,00		140,00	47,00	4,00	44,00			237,00
E 9	26,00		59,00	82,00	25,00	110,00			302,00
E 8	19,00		169,00	4,00	15,00	382,00			589,00
E 7			25,00			243,00			268,00
E 6	16,00		187,00	45,00	20,00	218,00			486,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2014

für Beamte und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmer

	Kapitel							Ges.	
	11010	11020	11080	11101	11400	11460			
Planmäßige Beamte und Richter									
Besoldungsordnung B									
B9 hD	1,00								1,00
B6 hD	2,00								2,00
B5 hD	4,00								4,00
B4 hD			1,00	1,00		1,00			3,00
B3 hD					1,00				1,00
B2 hD	23,00		1,00	1,00	1,00	3,00			29,00
Summe	30,00		2,00	2,00	2,00	4,00			40,00
Besoldungsordnung A									
A16 hD	24,00		6,00	4,00	2,00	5,00			41,00
A15 hD	41,00		10,00	4,00	7,00	14,00			76,00
A14 hD	33,00		73,00	11,00	8,00	19,00			144,00
A13 hD	3,00		20,00	13,00		12,00			48,00
A13 gD	40,00			1,00	13,00	39,00			93,00
A12 gD	31,00		40,00	8,00	14,00	96,00			189,00
A11 gD	6,00		172,00	24,00	33,00	109,00			344,00
A10 gD	4,00		199,00	28,00	13,00	59,00			303,00
A9 gD			13,00						13,00
A9 mD	8,00		1,00	2,00		13,00			24,00
A8 mD				2,00		9,00			11,00
A7 mD				1,00					1,00
Summe	190,00		534,00	98,00	90,00	375,00			1.287,00
hD	131,00		111,00	34,00	19,00	54,00			349,00
gD	81,00		424,00	61,00	73,00	303,00			942,00
mD	8,00		1,00	5,00		22,00			36,00
Summe 2014	220,00		536,00	100,00	92,00	379,00			1.327,00
Summe 2013	220,00		550,00	100,00	92,00	379,00			1.341,00
Beamte im Vorbereitungsdienst									
A13 hD	6,00								6,00
Summe	6,00								6,00
hD	6,00								6,00
Summe 2014	6,00								6,00
Summe 2013	6,00								6,00
Arbeitnehmer									
AT I	7,00			1,00	1,00	1,00			10,00
E 15	15,00		6,00	12,00	4,00	18,00			55,00
E 14	14,00		24,00	16,00	16,00	7,00			77,00
E 13	4,00			7,00	11,00	42,00			64,00
E 12	32,00		3,00	15,00	3,00	65,00			118,00
E 11	31,00		27,00	49,00	17,00	91,00			215,00
E 10	2,00		140,00	47,00	4,00	44,00			237,00
E 9	26,00		59,00	82,00	24,00	92,00			283,00
E 8	17,00		164,00	4,00	15,00	382,00			582,00
E 7			23,00			243,00			266,00
E 6	13,00		177,00	45,00	18,00	218,00			471,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2014

für Beamte und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmer

	Kapitel									Ges.
	11010	11020	11080	11101	11400	11460				
Summe 2014	56,00	110,00		25,00						191,00
Summe 2013	56,00	108,00		25,00						189,00
Leerstellen 2014	59,00	139,00		30,00						228,00
Leerstellen 2013	59,00	134,00		30,00						223,00

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
11 010 geleast										1			1		
11 101 geleast	52 40	50 29	49 28	1						107	101	101	160 40	151 29	150 28
11 400 geleast	12 2	13 1	13 1							2	2	2	14 2	15 1	15 1
Zus. geleast	64 42	63 30	62 29	1						110	103	103	175 42	166 30	165 29